



35. Sitzung

Mittwoch, 15. Juni 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin		Dr. Kurt Duwe FDP	2372
Abwicklung der Tagesordnung	2363	Frank Schmitt SPD	2373, 2381
		André Trepoll CDU	2374
		Anna Gallina GRÜNE	2375
		Stephan Jersch DIE LINKE	2376, 2382
Aktuelle Stunde	2363	Dr. Joachim Körner AfD	2377
Fraktion DIE LINKE:		Dora Heyenn fraktionslos	2378
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	2378
		Michael Kruse FDP	2379
		Dr. Jens Wolf CDU	2380
		Farid Müller GRÜNE	2382
Rot-Grün versagt sozial total: Obdachlose werden verdrängt und geräumt statt menschen- würdig untergebracht!		AfD-Fraktion:	
Cansu Özdemir DIE LINKE	2363, 2370	Zuwanderung aus Maghreb- staaten endlich stoppen – Rot- grüner Senat muss Freitag im Bundesrat der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten zu- stimmen	
Ksenija Bekeris SPD	2364, 2371	(Fortführung am 16.06.2016)	
Franziska Grunwaldt CDU	2365		
Mareike Engels GRÜNE	2366		
Jennyfer Dutschke FDP	2367		
Detlef Ehlebracht AfD	2368		
Dr. Ludwig Flocken fraktionslos	2369		
Dr. Melanie Leonhard, Senatorin	2369		
FDP-Fraktion:		SPD-Fraktion:	
Kundenzentren: Rot-Grün lässt Bürger im Regen stehen		Brexit: Auch Hamburg sagt: Please don't go!	
mit		(Fortführung am 16.06.2016)	
CDU-Fraktion:		GRÜNE Fraktion:	
Servicewüste statt Smart City – Terminqual und Wartehorror in Hamburgs Kundenzentren		Horner Geest und Friedhof Ohlsdorf: Hamburgs Bürgerin-	

nen und Bürger gestalten die grüne Metropole mit		Maßnahmen zur Verbesserung des Ganztages an Hamburgs Schulen – Konsens mit den Initiatoren der Volksinitiative "Guter Ganztag"!	
(Fortführung am 16.06.2016)		– Drs 21/4866 –	2390
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Barbara Duden SPD	2390
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde		Richard Seelmaecker CDU	2391, 2400
– Drs 21/1466 –	2382	Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	2392
und		Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	2393, 2403
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Daniel Oetzel FDP	2395, 2403
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung		Dr. Alexander Wolf AfD	2397
– Drs 21/2316 –	2383	Ties Rabe, Senator	2398
Ergebnis	2389	Dr. Andreas Dressel SPD	2399
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	2401
Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen		Beschlüsse	2404
– Drs 21/4680 –	2383	Antrag der CDU-Fraktion:	
Annkathrin Kammeyer SPD	2383	Erhalt der besonders geschützten Wohngebiete in Hamburg – Keine Teiländerung der Baustufenpläne	
Carsten Ovens CDU	2384	– Drs 21/4664 –	2405
Dr. Carola Timm GRÜNE	2385	dazu	
Martin Dolzer DIE LINKE	2386	Antrag der AfD-Fraktion:	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	2387	Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 21/4664), Erhalt der besonders geschützten Wohngebiete in Hamburg (zweiter Halbsatz entfällt)	
Dr. Jörn Kruse AfD	2387	– Drs 21/4853 –	2405
Beschluss	2389	und	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:	
Ganztagsangebote in Hamburg		Zeitgemäßes Planrecht schaffen, Bürgerbeteiligung sicherstellen	
– Drs 21/4679 –	2390	– Drs 21/4854 –	2405
dazu		Birgit Stöver CDU	2405
Antrag der CDU-Fraktion:		Uwe Lohmann SPD	2407
Guter Ganztag an Hamburgs GBS – Externe Evaluation erforderlich		Olaf Duge GRÜNE	2408
– Drs 21/4846 –	2390	Heike Sudmann DIE LINKE	2409
und		Jens Meyer FDP	2409
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Detlef Ehlebracht AfD	2410
		Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin	2411
		Jörg Hamann CDU	2412
		Beschlüsse	2413

Antrag der Fraktionen der GRÜNEN
und der SPD:

**Deutsch als Zweitsprache
(DaZ) in der Lehrerbildung ver-
ankern**

– Drs 21/4696 –

2413

Beschluss

2413

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Die Quartiers- und Stadtteilbei-
räte absichern und verstetigen!**

– Drs 21/4692 –

2413

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und
der GRÜNEN:

**Quartiers- und Stadtteilbeiräte
langfristig sichern und stärken!**

– Drs 21/4855 –

2413

Heike Sudmann DIE LINKE

2414, 2416,
2420

Dirk Kienscherf SPD

2415, 2421

Dr. Jens Wolf CDU

2417

Olaf Duge GRÜNE

2418, 2421

Dr. Kurt Duwe FDP

2419

Detlef Ehlebracht AfD

2419

Beschlüsse

2421

Antrag der FDP-Fraktion:

**Aufweichung des Meldewesens
von Gewaltvorfällen in Schulen
zurücknehmen**

– Drs 21/4627 –

2422

dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

**Meldepflicht von Gewaltvorfäl-
len an Schulen**

– Drs 21/4844 –

2422

Beschlüsse

2422

Antrag der AfD-Fraktion:

**Gemeinsame Beflaggung des
Rathauses mit der Landes- und
Bundesflagge zu den Sitzun-
gen der Hamburgischen Bür-
gerschaft**

– Drs 21/4691 –

2422

Dr. Alexander Wolf AfD

2422, 2426

Olaf Steinbiß SPD

2423

Carsten Ovens CDU

2423

Farid Müller GRÜNE

2424

Christiane Schneider DIE LINKE

2424

Michael Kruse FDP

2425

Dirk Nockemann AfD

2425

Beschluss

2426

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die heutige Tagesordnung einsteigen, möchte ich in unser aller Namen herzliche Geburtstagsglückwünsche an unsere Kollegin Barbara Duden richten. Liebe Frau Duden, alles, alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind erwartungsgemäß sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Rot-Grün versagt sozial total: Obdachlose werden verdrängt und geräumt statt menschenwürdig untergebracht!

von der FDP-Fraktion

Kundenzentren: Rot-Grün lässt Bürger im Regen stehen

von der AfD-Fraktion

Zuwanderung aus Maghrebstaaten endlich stoppen – Rot-grüner Senat muss Freitag im Bundesrat der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten zustimmen

von der SPD-Fraktion

Brexit: Auch Hamburg sagt: Please don't go!

von der CDU-Fraktion

Servicewüste statt Smart City – Terminqual und Wartehorror in Hamburgs Kundenzentren

und von der GRÜNEN Fraktion

Horner Geest und Friedhof Ohlsdorf: Hamburgs Bürgerinnen und Bürger gestalten die grüne Metropole mit

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und fünfte Thema gemeinsam debattieren zu wollen.

Ich rufe das erste Thema auf. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Özdemir, bitte, Sie haben es.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren der rot-grünen Koalition! Mit der Räumung einer Gruppe von obdachlosen Menschen am Nobistor am 9. Juni haben Sie einmal wieder gezeigt, für was für eine beschämende Sozialpolitik Sie eigentlich stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Während Frau Fegebank 2014 die erste Räumung am Nobistor noch hart kritisierte und eine nachhaltige Lösung forderte, tragen heute die GRÜNEN diese menschenunwürdige Verdrängungspolitik stillschweigend mit. Frau Fegebank, damals noch engagierte Sozialpolitikerin, die regelmäßig mit dem Mitternachtsbus mitfuhr und die Senatspolitik skandalisierte, hat heute für dieses Thema nichts weiter als Ignoranz übrig.

(Beifall bei der LINKEN)

In ihrer neuen glitzernden Welt haben die Obdachlosen anscheinend keinen Platz mehr.

Natürlich war die Situation am Nobistor nicht ganz unproblematisch, sie war auch nicht ganz einfach, und selbstverständlich kann es auch zu Problemen zwischen den Obdachlosen und anderen Teilen der Bevölkerung kommen. Aber hier sind eben nicht die Obdachlosen das Problem, sondern die Sozialpolitik des Senats.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben bis heute kein nachhaltiges Konzept vorgelegt. Sie werkeln seit Jahren an irgendwelchen Papieren, die entweder nicht umgesetzt werden oder überhaupt nicht zustande kommen. Das ist mal wieder die Taktik, die Sie so oft versuchen, anzuwenden: die Betroffenen und die Organisationen hinzuhalten und das Problem auszusitzen. Dabei ignorieren Sie seit Jahren, wie sich die gesundheitliche Situation der Obdachlosen verschlechtert, wie überlastet die Tagesaufenthaltsstätten sind, wie wenig Plätze es in den Notunterkünften gibt, wie die Reintegration nur schwächelnd läuft. Die Verelendung auf der Straße hat sich in den letzten Jahren verschlimmert. Menschen verelenden, sie sterben, sogar vor ihrem 40. Lebensjahr, auf den Straßen Hamburgs. Und Sie machen einfach die Augen zu und träumen weiter. Keine Meldeadresse, deshalb können die Menschen auch nicht arbeiten – das ist auch ein Problem, das seit Jahren nicht gelöst ist –; ein Teufelskreis.

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hängen sich richtig rein, geben sich unglaublich viel Mühe, aber trotzdem hören Sie ihre Hilferufe nicht, und auch ihre Kritik ignorieren Sie einfach und lassen sie weiter im Regen stehen. Das ist nicht nur Ignoranz, das ist auch unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen Sie sich andere Städte an, es gibt genug Beispiele. Eines dieser Beispiele ist Düsseldorf. Die Stadt mietet Wohnungen extra für Obdachlose an und lässt sie als Untermieter einziehen, bis sie sogar in die Mietverträge mit einsteigen können. In Salt Lake City – übrigens mit einer konservativen Regierung – konnte die Zahl der Obdachlosen binnen zehn Jahren um 78 Prozent gesenkt werden. Sie haben dort nämlich errechnet, dass Polizei und Noteinsätze sowie die Gesundheitskosten der

(Cansu Özdemir)

Stadt viel teurer kommen als die Unterbringung in kleinen Apartments.

(Dirk Kienscherf SPD: Nun wollen wir mal nicht Äpfel mit Birnen vergleichen!)

– Es geht hier nicht um Äpfel und Birnen, es geht darum, dass Sie Ihre Verantwortung seit Jahren nicht tragen und das weiterhin ignorieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber diese Regierung lässt lieber Zäune bauen und verdrängt die Menschen aus dem Stadtbild. Die Menschen sind schon so verzweifelt, dass sie versuchen, in den Büschen zu schlafen. Rothenburgsort ist ein Beispiel dafür. Sie verstecken sich natürlich, weil sie Angst haben, auch von dort verdrängt zu werden. Die Unterkünfte sind voll, es gibt keinen bezahlbaren Wohnraum, und sichtbar auf der Straße dürfen sie auch nicht sein. Ja, wohin sollen die Menschen dann gehen? Sie müssen doch auch einmal eine Perspektive aufzeigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir unterscheiden nicht zwischen osteuropäischen Obdachlosen und deutschen Obdachlosen. Sie müssen nicht so tun, als würden Sie sich seit Jahren um die deutschen Obdachlosen kümmern und die osteuropäischen Obdachlosen außen vor lassen, weil diese keinen Anspruch auf eine öffentliche Unterbringung haben. Obdachlosigkeit ist ein europäisches Problem, und solange es Armut gibt, werden Menschen auch zu uns nach Hamburg kommen. Sie machen es sich ziemlich einfach, wenn Sie einfach dabei zuschauen, wie die Menschen auf der Straße verelenden. Ich finde es unglaublich, dass Sie gegen die osteuropäischen Obdachlosen vorgehen, aber nicht gegen diejenigen, die sie als billige Arbeitskräfte benutzen,

(Beifall bei der LINKEN)

dass Sie die Schwächsten der Stadt ohne mit der Wimper zu zucken verdrängen, sie räumen, weil sie keine starke Lobby haben – und das wissen Sie genau –, aber sich nicht mit den Starken anlegen.

Die Lösung darf nicht Verdrängung und Räumung sein,

(Dirk Kienscherf SPD: Sondern?)

die Lösung muss heißen, langfristige Perspektiven schaffen. Die Lösung muss heißen, Unterkünfte schaffen, und zwar menschenwürdige Unterkünfte. Und die Lösung muss heißen, dass die Menschen eine Chance haben auf ein würdevolles Leben in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen über ein schwieriges, aber nicht neues Thema; ein Thema, das wir uns alle nicht einfach machen und bei dem es keine einfachen Antworten gibt. Die Menschen, über die wir sprechen, aber mit denen wir auch immer wieder sprechen, haben ihr Dach über dem Kopf verloren. Es ist ein steter Aushandlungsprozess um gute Lösungen. Die Effekthascherei, die Sie betrieben haben, liebe LINKE, hilft niemandem.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der öffentliche Raum gehört allen. Das bedeutet aber auch, dass alle Rücksicht nehmen müssen. Hamburg ist eine tolerante Stadt, und das soll auch so bleiben. Ein dauerhaftes Aufstellen von Zelten in Parks und eine Verfestigung kann aber nicht geduldet werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Den Räumungen gehen Aufforderungen voraus. Eine Räumung findet immer begleitet durch Beratung und den Verweis an Beratung statt. Das ist keine einfache Situation, da will und da kann ich auch gar nichts beschönigen.

Wir sprechen immer wieder über das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit, zum Beispiel auch in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses, in der wir das Winternotprogramm auswerten werden. Dazu möchte ich Ihnen einige Punkte nennen. Allen obdachlosen Menschen ist im vergangenen Winter unabhängig von ihrem Rechtsstatus ein Erfrierungsschutz angeboten worden. Wir sind dabei mit 890 Plätzen gestartet. Die Plätze wurden dann noch einmal aufgestockt auf 1 040. Das war eine Leistung, die wir da erbracht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frauen wurden Übernachtungsstandorte räumlich getrennt von Männern angeboten, und auch Transgender haben ein Angebot beim Jakob-Junker-Haus gefunden. Erkrankte Wohnungslose sind im Pik As untergekommen und wurden dort rund um die Uhr betreut. Und wir haben es geschafft, 135 Menschen eine Unterkunft zu vermitteln, aus dem Winternotprogramm und aus der Obdachlosigkeit heraus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

All das können Sie nachlesen in der Drucksache 21/4641, die heute auf der Tagesordnung steht. Genauso können Sie darin lesen, dass die von der rot-grünen Koalition beantragten zusätzlichen Notübernachtungsplätze geschaffen wurden. Diese Notübernachtungsplätze stehen allen für sieben Tage offen. In diesem Zeitraum müssen die Sozialversicherungsansprüche geklärt werden, aber dieses Angebot gilt – auch nach dem Winternotprogramm – für alle.

(Ksenija Bekeris)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insgesamt wurde die Unterbringungskapazität im letzten Jahr von 2 513 auf 3 095 Plätze für Wohnungslose ausgeweitet. f & w fördern und wohnen behält die Zielgruppe der Wohnungs- und Obdachlosen neben den Flüchtlingen im Blick. Das ist gut so und dabei hat f & w fördern und wohnen sicher die Unterstützung von allen aus dem Haus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Verknüpft werden die Angebote immer mit Beratungsangeboten. Besonders im Winternotprogramm sind plata und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unterwegs. Sie klären die Sozialversicherungsansprüche, sie klären die Perspektive bei uns, und ja, der Rat kann sein, ins Heimatland zurückzukehren, wovon viele Menschen auch freiwillig Gebrauch machen. Es wird von einem großen Vertrauen der Wohnungslosen zu den Beraterinnen und Beratern berichtet. Das ist gut für die Menschen, deren Probleme sich hier angenommen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das sind niedrighschwellige Beratungsangebote. Den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern von plata, von f & w fördern und wohnen, den Kirchengemeinden und all denen, die hier eine wichtige Arbeit leisten, gilt unser Dank für über 1 000 Beratungsgespräche in den letzten Monaten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch über die Tagesaufenthaltsmöglichkeiten im Winternotprogramm und deren Öffnungszeiten und Kapazitäten wurde gesprochen. Dort wurde nachgesteuert, und die Beratungen dazu gehen weiter, denn wir sprechen natürlich schon über dieses Jahr und den kommenden Winter. Lassen Sie uns auch da gemeinsam zu konstruktiven Lösungen kommen.

Ich sagte es bereits, Hamburg muss sich für das Engagement für die obdachlosen Menschen nicht verstecken. Die Stadt und die Hamburgerinnen und Hamburger leisten hier sehr viel. Das liegt auch daran, dass wir einen breiten solidarischen Konsens darüber haben, dass es richtig ist, sich für die Menschen zu engagieren und sie nicht ihrem Schicksal zu überlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hier wurde einiges vermengt von der LINKEN. Diese ganze Problematik ist nicht einfach. Einig sind wir uns natürlich alle, dass wir den obdachlosen Menschen in unserer Stadt verpflichtet sind. Aber so

schön, wie Frau Bekeris es geschildert hat, ist es eben leider auch nicht.

(*Kazim Abaci* SPD: Hat sie gar nicht!)

– Doch. Sie schilderte, was wieder alles erreicht worden sei und wie toll alles laufe.

Wir haben gegenüber den obdachlosen Menschen, die in unserer Stadt leben, unstreitig eine besondere soziale Verantwortung. Aber die haben wir auch gegenüber den normalen Bewohnern in unserer Stadt. Diese haben ein Recht auf ein sauberes und sicheres Lebensumfeld. Grünanlagen sind nun einmal nicht zum Campen gedacht. Das Campen im Stadtgebiet ist nach der Verordnung zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen schlichtweg verboten, und diese Verbote gelten nun einmal für jeden. Deshalb war die Räumung konsequent.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner* AfD und *Dr. Ludwig Flocken* fraktionslos)

Und deshalb muss es gerade in den zentral gelegenen Parks, die sehr beliebt sind, natürlich auch regelmäßige Kontrollen geben. Es geht doch darum, dass ein solches Camp gar nicht erst entsteht. Und so ein Camp entsteht nicht über Nacht, sondern das geht in Altona schon seit mehreren Wochen. Hier fehlt uns wieder einmal der Bezirksliche Ordnungsdienst, denn genau der ist dafür da, solche Parks abzugehen – Problemstellen abzugehen, seine ureigene Aufgabe – und dafür zu sorgen, dass es gar nicht erst so weit kommt, bevor es zu Bürgerbeschwerden kommt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner* AfD und *Dr. Ludwig Flocken* fraktionslos)

Natürlich haben wir auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den aus Osteuropa stammenden Obdachlosen, die einen großen Teil der Camper ausmachen. Das Beratungsangebot für diese Menschen muss daher dringend ausgeweitet werden, zum Beispiel durch Streetworker, die jetzt schon eine hervorragende Arbeit machen, aber es sind eben noch zu wenige. Diesbezüglich wird es im Rahmen des Winternotprogramms morgen einen Antrag vonseiten der CDU-Fraktion geben.

Zum Schluss noch einmal das riesige Problem: Woran liegt es? Es ist eben nicht so toll in den öffentlichen Unterbringungen, davor dürfen wir und auch die liebe SPD-Fraktion nicht die Augen verschließen. Warum platzen die denn aus allen Nähten? Warum werden, gerade im Pik As, immer noch Menschen in den Notunterkünften abgewiesen? Ganz einfach, weil es mit der Vermittlung in den regulären Wohnraum überhaupt nicht klappt. Hier muss der Senat weiter aktiv ansetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Mareike Engels GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren erleben wir die Entwicklung, dass immer mehr Menschen aus osteuropäischen EU-Ländern nach Hamburg kommen und hier ihr Glück auf dem Arbeitsmarkt versuchen. Viele schaffen dies auch. Andere werden aber durch falsche Versprechen nach Hamburg gelockt, ausgebeutet und landen in der Obdachlosigkeit. Sie sind es, die vor allem von den Räumungen betroffen sind. Es ist dabei mitnichten so, dass die Stadt ihnen gar keine Angebote macht. Es gibt mehrere Beratungsstellen für osteuropäische Obdachlose. Zur gesundheitlichen Versorgung gibt es die Clearingstelle, die Schwerpunktpraxen und die Krankenstube. Es gibt außerdem die Möglichkeit, für kurze Zeit im Pik As unterzukommen. Danach werden Betroffene mit Hotelgutscheinen versorgt für den Fall, dass sie in die Beratung gehen. Der Senat übernimmt hier also durchaus Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch die Ausweitung des Winternotprogramms ist eine Reaktion auf die zunehmenden Obdachlosenzahlen. Ich will noch einmal festhalten, dass die Koalition sich bei der Weiterführung des Winternotprogramms einig ist. Auch in Zukunft sollen allen Menschen unabhängig vom Rechtsstatus Plätze in ausreichender Anzahl bereitgestellt werden. Hinter diesen Standard werden und wollen wir nicht zurückfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die rot-grüne Koalition hat außerdem 100 weitere Plätze in den Übernachtungsstätten für Obdachlose geschaffen und den Anteil der Plätze für Wohnungslose in der öffentlichen Unterbringung in den letzten Monaten stetig ausgebaut.

Sie können sich sicher sein, uns liegt es am Herzen, dass alle Menschen in unserer Stadt ein Dach über dem Kopf haben und menschenwürdig untergebracht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb müssen wir unser Augenmerk noch stärker auf die Gruppe der Osteuropäerinnen und Osteuropäer lenken und für sie und am besten auch mit ihnen nach Lösungen suchen. Dabei gilt: Sie sind ebenso unterstützungsbedürftig wie deutsche Obdachlose, da dürfen wir nicht nach der Herkunft unterscheiden. Ihre Problemlagen sind aber durchaus andere.

Es ist allgemein klar: Wir haben ein zunehmendes sozialpolitisches Problem, für das wir noch nicht in vollem Umfang angemessene Lösungsvorschläge haben. Obdachlosencamps in der Stadt zu räumen, ohne den Betroffenen eine konkrete Alternativen

für ihre Lebenssituation anzubieten, stellt in diesem Kontext für niemanden eine adäquate Lösung dar, zumindest bin ich bis zur Rede von Frau Grunwaldt davon ausgegangen. Sozialpolitisch sind Räumungen immer schwierig und stellen keine Antwort auf die prekären Lebenslagen der Menschen dar, auch wenn der Wunsch vor Ort, dass es zu keiner Verfestigung der Situation kommt, durchaus nachvollziehbar ist. Räumungen sind aber auch rein praktisch eine schwierige Lösung. Das sehen wir rund um das Nobistor, wo sich nach wenigen Stunden die Betroffenen wieder einfänden. Denn wo sollen sie auch sonst hin?

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Zeitgleich ist auch nicht gut, wie sie in den öffentlichen Parks campieren, weder für die Betroffenen noch für die Anwohnerinnen und Anwohner. Deshalb müssen wir mit den verschiedenen Akteuren und den Betroffenen ins Gespräch kommen und gucken, welche Lösungen wir kurzfristig finden können, und dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse in den Blick nehmen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Dies kann zur Entspannung der Lage im Sinne aller Beteiligten beitragen.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Neben kurzfristigen Alternativen müssen wir aber vor allem an längerfristigen Lösungsideen arbeiten. Dabei kann uns ein besserer Einblick in die veränderten Lebenslagen von Obdachlosen in Hamburg helfen, weswegen sich einer der vier beschlossenen Lebenslagenberichte der Gruppe der Wohnungs- und Obdachlosen widmen wird. Das halte ich für einen wichtigen Schritt, denn für gute Lösungsvorschläge hinsichtlich der sich stark verändernden Lage brauchen wir ein besseres Verständnis der Probleme und Motivationslagen der Obdachlosen.

Wichtig wird es sein, noch stärker daran zu arbeiten, dass osteuropäische Arbeitsmigrantinnen und -migranten nicht weiter ausgebeutet werden. Hier gibt es zwischen Stadt, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften schon einen guten Dialog, den wir sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch intensivieren sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vielleicht lassen sich auch geeignete Wege finden, die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, was die Verbesserung der Wohnsituation der Arbeiterinnen und Arbeiter angeht. Denn ich denke, dass wir über andere Formen des Wohnens für diese Zielgruppe nachdenken müssen; sie sind weder richtig in dem klassischen System der Wohnungslosenhilfe aufgehoben noch finden sie schnell Fuß auf dem Wohnungsmarkt. Früher gab es Ledigenwohnheime und Wanderarbeiterübernachtungen.

(Mareike Engels)

In bestimmter Form gibt es das auch heute noch, aber nicht immer zu angemessenen Bedingungen.

Zum Schluss lässt sich also sagen, dass wir hinsichtlich der prekären Situation, in der diese Menschen leben, nicht wegschauen dürfen. Es ist grundsätzlich klar, dass wir unsere Angebote auf veränderte Problemlagen anpassen müssen. Das tun wir stetig. Wir sollten daher weiterhin gemeinschaftlich daran arbeiten, nach politischen Lösungen zu suchen, und uns dabei nicht vor kreativen Ansätzen scheuen. In diesem Sinne – danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Räumung des illegalen Obdachlosencamps zwischen Nobistor und Königstraße löst die Probleme der Obdachlosigkeit in dieser Stadt nicht, ebenso wenig das Aufstellen von Zäunen am Isebekkanal. Dennoch war die Räumung des Camps legitim. Wir erwarten von den Behörden zu Recht, dass sie geltendes Recht durchsetzen. Campen in öffentlichen Grünanlagen ist in Hamburg nun einmal verboten. In diesem Fall hat zusätzlich das Umfeld erhebliche Beeinträchtigung durch den Aufenthalt der Camper erfahren. Viele Anwohner beklagten die Vermüllung, erheblichen Lärm und hinterlassene Exkremamente in unmittelbarer Nähe zu ihren Wohnungen. Aber auch Fälle von aggressiver Bettelei haben das Sicherheitsgefühl der Anwohner vor Ort eingeschränkt. Die Räumung war also folglich richtig und der Tenor der Debattenanmeldung der LINKEN zumindest in dieser Hinsicht überzeugend.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Oft oder meistens zeigen die Behörden in dieser Hinsicht im Umgang mit Obdachlosen viel Kulanz. Aber wenn das Umfeld so stark beeinträchtigt wird wie in diesem Fall, ist Handeln der Behörden erforderlich. Es gibt in Hamburg Alternativen zu den öffentlichen Grünanlagen, auch für Obdachlose. Das Pik As, das Haus Bethlehem, das Haus Jona oder die Bahnhofsmision, um einige Beispiele zu nennen, sind solche Alternativen. Die Camper in Altona wollten der Berichterstattung zufolge dort nicht unterkommen.

Obdachlosigkeit sollte man vorsichtig differenzieren dürfen, ohne dass hier von links gleich wieder eine Diskriminierungsdebatte eröffnet wird. Es gibt Menschen, die aufgrund persönlicher Schicksalsschläge verschuldet oder unverschuldet ihre Wohnung verloren haben und auf der Straße leben

müssen. Diese Schicksale sind schlimm und sie können jeden von uns treffen. Wir sehen, dass es in diesem Land zu unserer Verpflichtung gehört, diese Menschen zu unterstützen. Für sie gibt es verschiedenste Angebote der Hilfe zur Selbsthilfe, die niedrigschwellig sind und auf unterschiedliche Problemlagen abstellen, von Suchtberatung über Schuldenberatung bis hin zu einer Lotsenberatung durch den Dschungel unterschiedlicher Sozialleistungen und Angebote. Auch öffentliche Unterbringung gehört dazu.

Es gibt die Menschen, die das Leben auf der Straße für sich als individuellen Lebensentwurf gefunden haben, weil sie Staat und Kapitalismus ablehnen oder über ein solches Leben Freiheit und Unabhängigkeit definieren. Diese Menschen haben eine Entscheidung getroffen, die wir respektieren sollten, solange sie sich an geltendes Recht halten. Für sie muss aber auch gelten, dass sie Angebote vorfinden, wenn sie dem Leben auf der Straße den Rücken kehren wollen.

Eine andere Gruppe, und über die ist hier schon gesprochen worden, stellen sogenannte Armutsmigranten dar, die vornehmlich aus dem osteuropäischen Ausland stammen und an Zahl kontinuierlich zunehmen. Auch zwischen Nobistor und Königstraße lebten auf der Grünanlage vorwiegend Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Viele der sogenannten Armutsmigranten fielen und fallen scheinbar immer wieder durch aggressive Bettelei auf. Passanten und Anwohner fühlen sich belästigt und in ihrer Sicherheit beeinträchtigt. Wir hatten kürzlich über diese systematischen Bettelbanden in der Innenstadt debattiert; ich muss das hier nicht alles wiederholen.

Die Zahl der Platzverweise durch die Polizei hat zugenommen, aber auch verschiedenste Zeitungen berichteten im letzten Monat vermehrt über die Sorgen von Anwohnern und des Einzelhandels. Auch, so schrieb es eine Hamburger Tageszeitung, heimische Obdachlose leiden unter dieser Gruppierung, weil sie mit ihnen über einen Kamm geschert und in ein negatives Licht gedrängt werden. Natürlich zählen nicht alle Obdachlosen aus osteuropäischen Staaten zu organisierten Bettelbanden. Es gibt auch unter ihnen Menschen, die auf der Suche nach Gelegenheitsjobs ihr Glück in Deutschland versuchen wollten und als Tagelöhner ohne Bleibe in Unterkünften des Winternotprogramms nächtigen mussten. Doch auch wenn für die Bürger vieler osteuropäischer Staaten inzwischen das Recht auf Freizügigkeit gilt, ein Anspruch auf Sozialleistungen und Wohnraum lässt sich dadurch nicht zwangsläufig in jedem Fall ableiten.

Selbstverständlich leisten wir Hilfe, und es gibt immer mehr, das man tun kann. Wir dürfen aber nicht tatenlos zusehen, wie sich Menschen in prekären Lebensverhältnissen einrichten oder auch selbst

(Jennyfer Dutschke)

noch dahin gehende Anreize setzen, wie die LINKEN es immer wieder fordern. Wir dürfen ebenfalls nicht wegschauen, wenn Tagelöhner am Ende des Arbeitstags durch die skrupellosen Machenschaften ihrer Auftraggeber in Hamburg auf der Straße oder vor Obdachlosennotunterkünften abgesetzt werden, um Übernachtungskosten zu sparen. Hier müssen wir Beratungsangebote ausbauen und auch die Rückkehrprogramme einmal evaluieren und sehen, wie hier Anpassungen vorgenommen werden können.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dutschke, Ihre Redezeit ist abgelaufen. – Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Titel lautet: "Rot-Grün versagt sozial total: Obdachlose werden verdrängt und geräumt statt menschenwürdig untergebracht!" Das ist starker Tobak und ich würde es in der Form nicht unterschreiben, weil es sachlich einfach so nicht zutreffend ist.

Richtig ist, dass Rot-Grün sich bei der herrschenden Obdachlosigkeit auf die Behandlung von Symptomen konzentriert und die Ursachen unzureichend bekämpft. Es bleibt festzuhalten, dass im Großen und Ganzen die Notunterbringung bisher immer gereicht hat – es ist zwar immer Spitz auf Knopf und manchmal auch nur rechnerisch – und hinsichtlich der Unterbringung in den Notunterkünften auch noch etwas getan werden kann. Jetzt sollen 100 neue Plätze hinzukommen.

Das ist eine Maßnahme, die zwar auch wieder nicht die Ursache bekämpft, in deren Folge aber gesagt werden kann, dass immerhin etwas gemacht worden sei. Ob das ausreicht als Notversorgung, bleibt dahingestellt, das wird die Zeit zeigen. Auch die Ausführungen von Frau Bekeris beschäftigten sich im Wesentlichen mit der Notversorgung und mit der Verwaltung derselbigen und nicht mit der Ursachenbekämpfung.

Was ich nicht bestätigen kann, ist das generelle Räumen von Platte machenden Obdachlosen. Klar nimmt DIE LINKE die Räumung des Nobistors zum Anlass zu suggerieren, es würde immer und überall geräumt werden. In der Nähe unserer Fraktion leben seit Monaten zwei bis drei Obdachlose in einem Hauseingang, bedauerlicherweise. Dort wird nicht geräumt. Die Obdachlosen, die ich abends in der Innenstadt antreffe und die sich an den bekannten Plätzen ein Quartier für die Nacht suchen, werden nicht geweckt und nicht geräumt. Es ist einfach falsch, das so darzustellen. Unabhängig von der Räumung am Nobistor und in typischer Manier machen die LINKEN diese Unterscheidung jedoch nicht. Das Strickmuster ist hier, wie so oft,

immer dasselbe: Man nehme eine schutzbedürftige Gruppe, eine Minderheit – hier die Obdachlosen –, und vermische sie mit diversen anderen Gruppen, die völlig andere Hintergründe haben und deswegen zu Recht auch eine andere Unterstützung erhalten müssten, tue aber so, als ob diese heterogene Zusammensetzung aus verschiedenen Gruppen ein monolithischer Block sei. Man glaubt damit, diesen Block unangreifbar zu machen.

(Arno Münster SPD: Das ist das System der AfD!)

So dürfe man auch keine – aus Sicht der LINKEN bösen – Maßnahmen gegen diesen Block ergreifen, zum Beispiel die Räumung von Zeltanlagen in Parkanlagen. Das richtet sich nach Logik der LINKEN dann immer gleich gegen alle Obdachlosen. Das ist auch nicht zutreffend. Es stimmt nur in der Vorstellung der LINKEN von ihrem monolithischen Block, der in der Realität ein Gebilde von völlig verschiedenen Gruppen darstellt. Es ist genau wie in der Flüchtlingsdebatte: Bloß nicht differenzieren,

(Martina Friederichs SPD: Machen Sie das mal!)

denn Differenzierung ist Diskriminierung. Mit dieser Vorgehensweise tut man niemandem einen Gefallen, insbesondere nicht den tatsächlich Betroffenen, nämlich den Obdachlosen, für die die LINKEN vorgeben, sich einzusetzen, die tatsächlich aber nur als Feigenblatt benutzt werden, um dahinter ihre ideologisch geprägte Weltanschauung zu verbreiten.

Aber letztlich muss immer differenziert werden, auch bei dieser Thematik. Ich habe von den klassischen Obdachlosen gesprochen, hier lebend, in ihrem Quartier bekannt und aus diversen Gründen wohnungslos geworden. Ich rede nicht von EU-Bürgern, die per Auto oder auf eine andere Weise hier ankamen, verantwortungsloserweise zum Teil auch gleich mit Familie samt kleinen Kindern, und jetzt irgendwo wild campieren, womöglich bereits in kleineren Zeltstädten, vorzugsweise in Parkanlagen, auf Spielplätzen oder anderen Plätzen, die eigentlich der Naherholung und Freizeitgestaltung dienen sollten und die in kürzester Zeit zu einem Lagerplatz mit Toilettenfunktion umfunktioniert werden. Es steht außer Frage, dass das auf keinen Fall zugelassen werden kann und hier – zumal es, wie schon erwähnt, eine entsprechende Gesetzgebung gibt – geräumt werden muss. Wir hoffen, dass die Bezirksämter dies auch weiterhin tun und dabei kompromisslos bleiben.

Ich rede auch nicht von Menschen, die außerhalb der EU lebten, im vergangenen Jahr im Zuge des Zustroms nach Deutschland gekommen sind und jetzt an allen Registrierungen vorbei illegal hier leben. Auch das gibt es bei uns in Hamburg: illegal Lebende, die hier auf der Straße leben, die einen Asylantrag zu stellen hätten, um sich in einem Asy-

(Detlef Ehlebracht)

lantenheim zu befinden. Auch diese Menschen sind keine Obdachlosen im klassischen Sinne und müssen in einem anderen Verfahren, mit anderen Maßnahmen und anderer Zielsetzung verfolgt werden.

Diese Form der Vermengung schadet den klassischen Obdachlosen, werden sie doch in dem Wettrennen dieser verschiedenen Gruppen um die Verbesserung ihrer Lebenssituation noch weiter als bisher auf der Strecke bleiben.

(Glocke)

Letzter Satz: Unter dem Strich bleibt tatsächlich der Umstand, dass für die Obdachlosen im Sinne meiner Definition nicht genügend Wohnraum geschaffen wird, und das seit zig Jahren. Und das ist beschämend. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt der fraktionslose Abgeordnete Dr. Flocken.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Das wäre doch einmal eine gute Gelegenheit gewesen, den Unterschied aufzuzeigen zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Zwar drängen die Strukturen und vor allen Dingen die Umsätze der Helferinnen- und Helferindustrie Zweifel auf an der Uneigennützigkeit vieler Protagonisten, aber lassen wir diese Zweifel einmal beiseite. Nehmen wir an, dass alle Beteiligten im guten Willen handeln, den Schwächsten zu helfen. Das Ergebnis zeigt aber, wie Frau Özdemir schon ganz zu Anfang gesagt hat: Es gibt immer mehr Elend – Elend, nicht nur Armut. Der Staat kann es nicht. Wenn er es versucht, wird es immer schlimmer. Der Staat ist Teil des Problems, nicht der Lösung.

Dem Patienten geht es immer schlechter, und was sagen die Parteien? DIE LINKE sagt, er brauche immer mehr von der gleichen Medikation. Die Koalition sagt, einfach weiter so. Die CDU will ein anderes Medikament. Die AfD will das Medikament nicht für alle. Machen Sie – auch rechtlich – den Weg frei für diejenigen, die sich dieser Aufgabe traditionellerweise angenommen haben, nämlich Kirchen, Bürgervereine, humanistische Vereinigungen, die Heilsarmee, Stiftungen, reiche Einzelpersonen oder in dieser Zeit auch diejenigen, die sich auf die mohammedanische Zakat berufen. Alle diese hätten doch einmal Gelegenheit zu zeigen, dass sie ihre sozialen Redensarten ernst meinen, wenn der Staat sich hier zurücknehmen würde.

Mildtätigkeit kann nur freiwillig sein. Staatliche Tätigkeit beinhaltet immer eine Form von Zwang, und sei es nur beim Erheben von Steuern. Aufgabe des Staats ist es, Freiheit und Demokratie zu schützen. – Vielen Dank.

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Leonhard.

Senatorin Dr. Melanie Leonhard: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte zeigt deutlich, dass es den klassischen Obdachlosen nicht gibt – wenigstens darüber besteht Einigkeit – und es auch das eine Rezept im Umgang mit Wohnungslosigkeit und mit von Wohnungslosigkeit Bedrohten nicht geben kann; Ausweis dessen sind auch die Dinge, die wir in Hamburg tun, um dieser Zielgruppe gerecht zu werden. Da gibt es zum einen diejenigen, die hier aus unterschiedlichsten Gründen auf der Straße leben, langfristig oder kurzfristig, und bei denen es uns gelingt, sie über Beratung in die Systeme der öffentlichen Unterbringung und schließlich in eigenen Wohnraum zu bringen, wie es im Winternotprogramm in zahllosen Beispielen gelungen ist. Das werden immer mehr. Die Fachstellen für Wohnungsnotfälle leisten an dieser Stelle Großartiges, ebenso Teile der Straßensozialarbeit, und da kann man nicht behaupten, dass Hamburg nichts mache.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So ist es trotz des enorm angespannten Wohnungsmarkts – und zumindest über diesen Fakt besteht Konsens in diesem Hause – im vergangenen Jahr gelungen, wieder mehr Menschen aus der Wohnungslosigkeit in eigenen Wohnraum zu vermitteln, in mehr Fällen Wohnraum zu sichern und die Zahl derjenigen zu steigern, die es im Winternotprogramm durch Beratung geschafft haben, eine feste Bleibe zu finden, sei es bei uns in staatlicher öffentlicher Unterbringung oder in einer eigenen Bleibe – und das angesichts des hohen Drucks, den wir in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung haben. Auch hier kann man nicht sagen, Hamburg mache an dieser Stelle nichts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir uns vorgenommen – und auch erreicht, das zeigen die Zahlen der letzten Jahre eindeutig –, die Zahl der Wohnungslosen in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung kontinuierlich zu steigern. So ist es uns gelungen, die Plätze von 2 400 im Jahr 2014 auf fast 3 000 im vergangenen Jahr zu steigern und den Anteil weiter wachsen zu lassen, trotz des enormen Bedarfs, den wir für die Flüchtlinge haben. Das ist eine Leistung an sich. Das sucht in anderen Kommunen seinesgleichen, das muss man klar sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber bei aller Beratung und bei aller Notwendigkeit aufsuchender Sozialarbeit gibt es vor Ort manchmal Situationen, die so nicht bleiben können, wo das friedliche Zusammenleben in Nachbarschaften gefährdet ist und man an einem bestimmten Punkt einer guten Lösung auch nicht mehr Zeit geben

(Senatorin Dr. Melanie Leonhard)

kann, und dann passieren solche Sachen wie am Nobistor. Das ist nicht Ziel unserer Sozialpolitik, es kommt aber vor und wird immer gut durch Beratungsangebote begleitet. Man muss dazu sagen: Auch an dieser Stelle ist es gelungen, einzelnen über dieses Vorgehen den Weg in die Beratungsangebote der Stadt zu weisen. Insofern wird das vielleicht auch immer mal wieder passieren müssen in nächster Zeit.

Darüber hinaus möchte ich noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das sowohl Frau Bekeris als auch Frau Dutschke angesprochen haben und das man in der notwendigen Ernsthaftigkeit auch ansprechen muss in einer Metropole wie Hamburg. Wir haben einen zunehmenden Anteil von Menschen, die bei uns schließlich – ihr Ziel ist das nicht gewesen – auf der Straße landen. Das sind solche, die sich im Rahmen der EU-Freizügigkeit hier eigentlich eine berufliche Perspektive erhofft haben und sie dann doch nicht erreichen. Für diese Menschen brauchen wir andere Hilfskonzepte und andere Strategien, allein schon wegen der gesetzlichen Grundlage – übrigens erst wieder vor wenigen Tagen vom Europäischen Gerichtshof in einer Weise bestätigt worden –, in deren Rahmen wir uns zu bewegen haben. Es sind überwiegend Menschen aus osteuropäischen Ländern, in vielen Bereichen als Freizügigkeitsgescheiterte bezeichnet, die hier eigentlich keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, sofern sie hier nicht eine längere Zeit einer Berufstätigkeit nachgegangen sind.

Wir versuchen – und dabei ist Hamburg bundesweit ziemlich führend –, diese Menschen durch Beratungsangebote zu erreichen, die sich direkt auf ihre Zielgruppe beziehen. Da ist zum einen die Beratungsstelle für Arbeitnehmerfreizügigkeit, die konkret Betroffenen hilft, wenn ihre Gehaltszahlungen ausstehen, wenn es unsichere Arbeitsvertragsverhältnisse gibt, wenn die Arbeitgeber, die sie hierhergelockt haben, nicht das halten, was sie versprechen. Hier können wir in vielen, vielen Einzelfällen zusammen mit Gewerkschaften und sozialen Trägern helfen. Das ist das Erste, bevor es ganz prekär wird. Wenn es dann ganz prekär geworden ist und die Menschen auf der Straße leben, erreichen wir sie durch unsere mehrsprachigen Beratungsangebote, insbesondere durch platta, aber auch durch die hoffnungsorte und vieles mehr. Und dann geht es nun einmal in erster Linie um die Frage, wie eine Rückkehr ins Heimatland mit unserer Unterstützung so organisiert werden kann, dass sie für diejenigen funktioniert und sie vor Ort nicht ins Bodenlose fallen. Das ist unser Ansatz, den wir an dieser Stelle wählen – und wir müssen ihn auch wählen; er ist sachgerecht und er ist vernünftig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist einiges dazu gesagt worden, welche Möglichkeiten bestehen, wenn Beratung und Entschei-

dungsfindung Zeit brauchen: die sieben möglichen Übernachtungen im Pik As und die Möglichkeit, einen Zustand auch einmal über eine Hotelübernachtung zu überbrücken. Diese Möglichkeit besteht. Aber man muss eben auch bereit sein, sich dieser Perspektive zu öffnen.

Was wir nicht machen können, ist, durch staatliche Angebote an dieser Stelle den einen Hilfe leisten zu wollen – was richtig ist und gute Motive hat –, aber auf der anderen Seite für Arbeitgeber, die die Situation dieser Menschen ausnutzen, weitere Anreize zu schaffen, indem wir im großen Maße Übernachtungskapazitäten zur Verfügung stellen. Das ist schwierig. Das können wir nicht machen. Vor diesem Hintergrund werden wir weiter darauf setzen, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind, ihnen Beratungsangebote machen und versuchen, ihnen auf diese Weise zu helfen, wieder auf die Füße zu kommen. Das ist vernünftige Sozialpolitik und so werden wir das auch weiterhin machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE bekommt erneut das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hören uns seit 2011 von der SPD immer die gleichen Reden zu diesem Thema an.

(Dirk Kienscherf SPD: Das Beratungsangebot wird immer weiter ausgeweitet!)

Es hat sich in Ihren Reden nichts geändert. Sie zählen immer wieder auf, welche Angebote es in der Stadt gibt. Alles ist total schön und gut, es gibt keine Probleme auf der Straße und die Unterkünfte sind nicht überlastet.

(Dirk Kienscherf SPD: Du musst mal zuhören!)

– Ich habe genau zugehört und gebe gerade das wieder, was Sie eben gesagt haben.

Von Senatorin Leonhard hätte ich erwartet, dass Sie nicht das gleiche Armutzeugnis vorlegt, wie Herr Scheele es damals bei diesem Thema getan hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sprechen hier die ganze Zeit von Beratung. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter machen eine sehr gute Arbeit und beraten sehr kompetent, aber das Problem dabei ist doch, dass sie gar nicht die Möglichkeit haben, die Menschen wieder in Wohnraum zu integrieren. Sie haben nicht die Möglichkeit, den Menschen gesundheitlich weiterzuhelfen. Und wenn Sie mir jetzt mit der Krankenkasse ankommen, dann kann ich Ihnen einmal erzählen, wie das in der Praxis aussieht. Da kommen kranke Obdachlose, noch keine 40 Jahre alt, die

(Cansu Özdemir)

vielleicht eine Grippe haben oder Sonstiges. Sie werden versorgt und gehen dann wieder, können sich aber nicht erholen, sodass die Krankheit immer schlimmer wird, bis es dann so weit kommt, dass sie in jungen Jahren auf der Straße sterben. Sie können gern mit Herrn Dr. Püschel vom UKE sprechen und sich die Fälle anhören.

Sie sprechen immer davon, dass es ausreichend Plätze in den Notunterkünften gebe. Überlegen Sie doch einmal: Wir haben 2 000 Obdachlose – das ist die Zahl, von der die Diakonie spricht –, und auch der Stand von 2009 war, dass es viel zu wenig Unterkunftsplätze in dieser Stadt gibt. Das ist doch eine logische Folgerung.

Ich kann einfach nicht nachvollziehen, warum Sie zu jeder Jahreszeit mit dem Winternotprogramm ankommen und es in den höchsten Tönen loben, obwohl Sie dieses Jahr nicht einmal den Mumm dazu hatten, das Winternotprogramm auch tagsüber zu öffnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Projekt plata versucht, auf der Straße aufsuchende Sozialarbeit zu machen und zu beraten. Doch das Einzige, was plata anbieten kann, ist die Rückfahrkarte nach Polen oder in ein anderes osteuropäisches Land. Aber das löst das Problem nicht, weil viele Menschen – und über die reden wir, nicht über die, die zurückfahren – eben nicht zurückfahren, keine Perspektive haben, dann ausgebeutet werden und in Zuständen leben müssen, die nicht menschwürdig sind. Hierfür müssen Sie endlich ein Konzept vorlegen. Wir haben 2012 und 2013 heftige Debatten darüber geführt, vor allem, als die Menschen das Winternotprogramm aufsuchten und sichtbar wurden. Bis jetzt haben Sie nichts vorgelegt, kein Problem gelöst, also können Sie sich auch nicht ausruhen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Richtung CDU möchte ich nur noch sagen: Mir war klar, dass Sie damit ankommen, dass der Ordnungsdienst dort konsequente Arbeit geleistet hat. Aber glauben Sie wirklich, dass das Problem damit gelöst ist?

(*Joachim Lenders CDU: Ja!*)

Sie wissen doch genau, dass sich die Menschen einen anderen Platz zum Schlafen suchen werden. Sie wissen auch genau, dass das kein ordnungspolitisches Problem ist, sondern ein sozialpolitisches Problem, das langfristig gelöst werden muss und nicht gelöst ist, wenn der Ordnungsdienst kommt, die Menschen räumt und sie nicht wissen, wohin sie gehen möchten.

Wir können deutlich sagen, das haben wir auch aus der Debatte erkennen können, dass Sie weiterhin kein Interesse haben, endlich ein Konzept vorzulegen – ein Konzept, das Sie auch umsetzen –, sondern sich weiter auf Ihren immer wieder

vorgetragenen Angeboten ausruhen werden. Und das ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt noch einmal Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Vielen Dank. – Liebe LINKE, Sie werden sich diese Rede noch ein weiteres Mal anhören müssen. Ich werde Ihnen immer wieder sagen, was Hamburg in diesem Zusammenhang alles tut, vielleicht kommt es dann bei Ihnen an. Erkennen Sie an, dass wir Kapazität und Plätze ausgebaut haben, dass wir die Öffnungszeiten und die Kapazitäten der Tagesaufenthaltsstätten ausgebaut haben. Das sage ich Ihnen jetzt einfach noch einmal.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Grunwaldt, ich freue mich, dass die CDU von sozialpolitischer Seite aus den Wohnungsbau des Senats unterstützt. Wir brauchen im Endeffekt mehr Wohnraum, da haben Sie recht; das war der Dreh, den Sie am Ende noch gemacht haben. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau. Da sehe ich Sie dann an unserer Seite, dass Sie es unterstützen, dass wir jetzt statt 2 000 Sozialwohnungen 3 000 bauen wollen. Das finde ich gut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Frau Dutschke hat eine Evaluation der Beratung zur Rückkehr angesprochen. In diesem Jahr sind es 346 Personen, die freiwillig zurückgekehrt sind. Diese Beratungen, das sagte ich bereits, finden in der Muttersprache statt. Das ist sehr wichtig für die Menschen. Es ist wichtig, dass sie sehen, dass die einzelnen Beratungsstellen wissen, was in ihrem Land vorgeht, dass die Beratenden aus ihrem Land kommen und sie ihnen vertrauen können, und dass es dann für sie eine Perspektive ist, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Von der AfD habe ich gehört, Sie wollten etwas über die Ursachen von Obdachlosigkeit sagen. Sie waren in einigen Punkten sogar relativ differenziert, sind dann aber doch nicht zurück zu den Ursachen gekommen. Zwei, drei Sachen wie Armut oder Arbeitslosigkeit hätten Ihnen einfallen können. Das können Sie an anderer Stelle noch einmal nacharbeiten; mal sehen, was dazu von Ihnen in den Ausschüssen kommt.

Ich möchte noch einmal auf die Beratungsstelle für die freizügigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen kommen. Wenn Sie die Presse verfolgen, wissen Sie, dass das die Beratungsstelle ist, die immer wieder Skandale aufdeckt, auch bei großen Firmen. Ich finde das richtig und ich finde das gut. Es zeigt, dass wir in Hamburg nicht akzeptieren, wie einige Arbeitgeberinnen und Arbeit-

(Ksenija Bekeris)

geber die Menschen ausbeuten. Deshalb ist es gut, dass wir diese Beratungsstelle haben und dass wir sie weiter unterstützen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Beratungsstelle arbeitet gut mit weiteren Beratungsstellen rund um das Thema Menschenhandel zusammen. Auch dieses Themas müssen wir uns annehmen; auch das nimmt zu. Machen wir uns daran.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Thema.

Dann rufe ich das zweite und das fünfte Thema der Aktuellen Stunde auf, für die uns noch 40 Minuten bleiben, angemeldet von der FDP-Fraktion

Kundenzentren: Rot-Grün lässt Bürger im Regen stehen

und der CDU-Fraktion

Servicewüste statt Smart City – Terminalqual und Wartehorror in Hamburgs Kundenzentren

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion, bitte.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg ist in mancher Hinsicht noch besser als Berlin, bei diesem Thema gerade eben so: Kundenzentren und die Möglichkeit der Bürger, schnell und kundenfreundlich bedient zu werden.

Leider ist dieses Thema nicht neu, sondern schon etwas älter. Seit mehreren Jahren werden immer wieder Schriftliche Kleine Anfragen aus diesem Haus gestellt, auf die sehr schöne Antworten gegeben werden. Und jedes Mal denkt man, so langsam könnten Senat und Bezirke das in den Griff bekommen. Dem ist aber nicht so. Wenn Sie Ihren Pass verlängern müssen, gibt es das schöne Problem: Sie gehen ins Kundenzentrum – es gibt neben der Möglichkeit, einen Termin zu beantragen, den Sie dann vielleicht in zwei Monaten bekommen, auch noch die Möglichkeit, spontan im Bezirksamt aufzutauchen –, und Sie sind im Glücksspiel. Wenn Sie gewonnen haben, haben Sie den Terminjackpot geknackt, und wenn Sie nach acht Stunden immer noch keine Bedienung hatten, dann haben Sie eben ein Freilos erwischt. Das ist ein Skandal. Das muss dringend geändert werden.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Das ist auch deshalb wichtig, weil viele Bürger sich immer noch als Bittsteller in den Kundenzentren fühlen. Das sollte eigentlich anders sein.

Ich sehe einige gelangweilte Gesichter bei der SPD-Fraktion. Ja, dieses Thema ist alt, aber wenn Sie dieses Problem endlich gelöst hätten, bräuchten wir es auch nicht zur Aktuellen Stunde anmelden.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner* und *Dr. Jörn Kruse, beide AfD*)

Es ist einiges getan worden; es wurden jetzt 40 weitere Stellen genehmigt. Das hat einige Zeit gedauert und wird leider auch noch einige Zeit dauern, weil man dachte, man könne alles behördenintern ausschreiben. Ich denke, man sollte diese Stellen nicht restriktiv ausschreiben – dazu ist man jetzt auch endlich gekommen –, sondern auch versuchen, Leute zu gewinnen, die außerhalb des öffentlichen Diensts stehen. Es ist nicht immer so, dass Behördenleute die besten Leute sind, um kundenfreundlich am Schalter mit den Bürgern umzugehen; ich sage das einmal so.

(*Wolfgang Rose SPD:* Vorsichtig! Ganz vorsichtig! – Zuruf: Das ist eine steile These!)

– Ja, das eine steile These. Aber ich war auch schon einmal im öffentlichen Dienst, deshalb kann ich aus eigener Erfahrung sprechen. Es gibt eben solche und solche. Und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat noch nie geschadet.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Richtig!)

Ein wichtiger Punkt ist nicht nur mehr Personal, sondern die Abstimmung der Arbeitszeiten, nämlich darauf zu schauen, welche Vorgänge von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in welcher Zeit erledigt werden können, und das dann vernünftig zu planen. Da sehe ich immer noch ein großes Manko in dieser Stadt. Wir haben seit fast zwei Jahren dieses Problem. Es wird in den Bezirksämtern versucht, das hinzubekommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind natürlich auch genervt, dass das alles nicht so läuft, wie es eigentlich sein sollte.

Ich kann nur appellieren, dass der Senat und die Bezirksämter endlich Nägel mit Köpfen machen und das Problem anpacken. Wir können hier viel und über wichtige Themen reden, aber wenn wir es nicht schaffen, dass die Bürger, wenn sie schon einmal ein Problem haben und zu ihrer Verwaltung gehen, dort nicht nur freundlich, sondern auch zügig behandelt werden, dann haben wir ein sehr großes Problem. Ich hoffe, dass wir das endlich gelöst bekommen, und ich hoffe, dass es in den nächsten Wochen gelöst werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Schmitt von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Frank Schmitt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Keine freien Termine oder lange Wartezeiten auf einen Termin im Kundenzentrum, beim Versuch, ohne Termin als Spontankunde bedient zu werden, abgewiesen zu werden oder erst nach langer Wartezeit sein Anliegen bearbeitet zu bekommen – bedauerlicherweise kennt fast jeder jemanden in dieser Stadt, der davon einen Leidensbericht abgeben kann, entweder in seinem Umfeld oder er musste gar selbst diese Erfahrung in den zurückliegenden Monaten machen. Das ist sehr bedauerlich und da gibt es auch überhaupt nichts schönzureden. Das muss verbessert werden und das wollen wir verbessern.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Die Finanzbehörde und die Bezirke haben bereits konkrete Schritte eingeleitet, um Abhilfe zu schaffen. Und es sei auch gesagt: Wer einen Termin hat – und das sind nach wie vor nicht wenige –, muss nicht warten.

(Zurufe)

Wer seinen Pass oder Personalausweis nur abholen will, muss nicht warten. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU – *Michael Kruse FDP:* Sie müssen ihn vorher beantragen!)

– Zum Abholen nicht.

Ursache für die geringe Anzahl freier Termine ist die hohe Nachfrage von Dienstleistungen

(Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

– hören Sie doch zu – bei gleichzeitig einer großen Zahl zu besetzender Stellen. Und es sind nicht etwa Stellen abgebaut worden in den Kundenzentren, sondern sie sind im Wesentlichen durch Personalfluktuation vakant geworden.

(*Michael Kruse FDP:* Sie haben Ihre Mitarbeiter vergrault! Herzlichen Glückwunsch!)

Dieses Problem der vakanten Stellen werden wir lösen durch Personalverstärkung. Hier sind bereits richtige und wichtige Schritte eingeleitet worden. Zwei davon möchte ich hervorheben.

Es sind rund 50 Vollzeitstellen öffentlich ausgeschrieben worden. Es gibt knapp 800 Bewerbungen. Die Auswahl- und Einstellungsverfahren laufen und die freien Stellen sollen sobald wie möglich nachbesetzt werden, soweit sie nicht bereits besetzt sind. Im März hatten wir eine Stellenvakanz von 43 Stellen in den Kundenzentren, jetzt sind es noch 28.

Zweitens sollen temporär 110 Prozent der freien Stellen besetzt werden, damit die Rückstände abgebaut werden können. Auch das Angebot der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf freiwilliger Basis ihre Arbeitszeit aufzustocken, wird zu einer Entlastung der angespannten Situation führen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Hier gilt unser Dank den motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kundenzentren, deren Einsatz ich an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben möchte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Maßnahmen werden zu einer Verbesserung der Personalsituation in den Kundenzentren führen. Allerdings, auch das sei gesagt, wird es einige Wochen brauchen, bis die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollständig eingestellt, eingelernt und in ihre neuen Arbeitsplätze eingewiesen sind, bevor es dann zu einer deutlichen, spürbaren Entlastung kommen wird. Durch die Ausweitung des Terminangebots können zeitnahe Termine vergeben werden. Das heißt, es muss niemand acht Stunden warten, wie Herr Duwe gesagt hat, sondern dann kann der Kunde auch eingeladen werden, am nächsten Tag mit geringerer Wartezeit noch einmal zu kommen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Außerdem werden zusätzliche Termine kurzfristig und fortwährend in das Online-Reservierungssystem eingepflegt. Dies ist möglich durch eine größere Effizienz bei den An- und Ummeldungen. Zudem werden mehr Dienstleistungen angeboten, die ohne Termin in jedem Kundenzentrum für sogenannte Schnellkunden möglich sind.

Eine weitere Maßnahme, die zur Verbesserung der Situation in den Kundenzentren dient, ist die Unterstützung der Kundenzentren zum Beispiel durch den Einsatz von Hilfskräften und die Entlastung des angestammten Personals von Backoffice-Aufgaben. So übernehmen zurzeit 20 freiwillig teillabgeordnete Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter die Postverteilung einschließlich der Sortierung der an die Meldebehörde gerichteten Post- und Meldeauskünfte und entlasten so die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kundenzentren.

(*Michael Kruse FDP:* Erzählen Sie das mal den Leuten, die vor der Tür stehen!)

Wir werden uns nach einer angemessenen Zeit die Maßnahmen, die getroffen wurden, ansehen und auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Außerdem müssen wir überlegen, wie wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kundenzentren halten, und gegebenenfalls auch, wie wir die Fluktuation aufhalten können.

(Frank Schmitt)

Liebe Bürgerinnen und Bürger! In diesem Zusammenhang möchte ich eine persönliche Bitte an Sie richten: Bitte lassen Sie Ihren Ärger und Frust nicht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kundenzentren aus.

(Beifall bei der SPD, der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Michael Kruse FDP*: Nein, beim Senat! – Glocke)

Sie geben ihr Bestes und versuchen mit aller Kraft, die anfallenden Aufgaben zu erledigen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Das rote Licht bedeutet, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

Frank Schmitt SPD (fortfahrend): Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Schmitt, natürlich lasse ich meinen Frust bei Ihnen ab, das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie tragen ja auch die Verantwortung für diese katastrophalen Zustände.

Am Wochenende war wieder einmal Jubelparteitag der SPD.

(*Martina Friederichs SPD*: War gut!)

Alle loben sich, Probleme gibt es nicht, man geht glücklich nach Hause. Der Bürgermeister hat eine lange, lange Rede zur Hoffnungsstadt Hamburg gehalten. Man fragt sich natürlich: Was kann er damit gemeint haben? Wir wissen es: Es ist die Hoffnung auf einen Termin in einem Kundenzentrum. Das kann er gemeint haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse FDP*)

Denn natürlich: In allen Dingen ist Hoffen besser als Verzweifeln. Das ist also jetzt das Motto. Hoffen und Verzweifeln. Terminchaos und Wartehorror an den Hamburger Kundenzentren. Die Hoffnung stirbt zuletzt. In den Warteräumen der Hamburger Kundenzentren stirbt sie jeden Tag, und sie stirbt, weil Sie Ihr Versprechen gebrochen haben. 2014 haben Sie sich noch groß für die Einführung der Online-Terminvergabe feiern lassen. Eine teure Plakatkampagne, die da lautete: "Tschüs, Wartezeit!",

(Heiterkeit bei der CDU)

kam noch obendrauf, Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben viel versprochen. Niemand sollte mehr unnötig warten. Heute ist der Terminwahnsinn traurige Realität in den Kundenzentren. Die Menschen warten Monate auf einen Termin, und wer einen hat, darf sich nicht wundern, wenn er dann doch vor verschlossenen Türen steht. Von Hoffnung ist da nicht viel zu spüren.

Wir haben eben gehört, wer die Verantwortung dafür trägt: der Bürger wegen der großen Nachfrage, weil er seinen Personalausweis ja freiwillig verlängern will.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das ist eine hervorragende Argumentation.

Wir haben chaotische Zustände dort, lange Warteschlangen, und selbst die Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld, Sterbeurkunden und viele andere Dienstleistungen der Stadt lassen teilweise mehrere Wochen auf sich warten. Das muss man sich einmal vorstellen: In Hamburg müssen Familien, die einen Trauerfall zu beklagen haben, inzwischen zum Teil wochenlang auf die für die Beerdigung notwendige Sterbeurkunde warten. Das ist nicht nur grotesk, das ist unwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Die Hinterbliebenen können die Trauerfeier nicht organisieren, können nicht Abschied nehmen, nicht loslassen. Das ist den Menschen nicht zumutbar, und ich finde, das ist auch einer Stadt wie Hamburg nicht zumutbar.

Hamburg ist für seine Bürger unter Ihrer Regierung, unter Rot-Grün, zu einer Servicewüste gekommen. Soll das denn die moderne Verwaltung des 21. Jahrhunderts sein, die moderne Smart City, die Scholz vollmundig versprochen hat? Sie scheitern schon am analogen Standardgeschäft, von der digitalen Zukunft mal ganz abgesehen; das werden Sie auch nicht schaffen.

(Beifall bei der CDU und bei *Jennyfer Dutschke FDP*)

Sie haben es gesagt: Die Leidtragenden dieser Situation sind natürlich die zu Recht verärgerten Bürger. Und es sind die überlasteten Mitarbeiter in den Bezirksämtern, die diesen planlosen Personalabbau, den sie Ihnen zu verdanken haben, ausbaden müssen. Das ist eben auch Zeugnis einer falschen Personalpolitik. Und daran sieht man auch, was es bedeutet, dass Sie die Bezirksämter sozusagen glattgezogen haben, dass Sie überall die unabhängigen Bezirksamtsleiter ausgetauscht haben. So bekommen Sie keine Warnsignale mehr, weil dort nur noch mundtote Sozialdemokraten sitzen, die nicht mehr auf diese Dinge hinweisen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

(André Trepoll)

Sie müssen den Menschen in Hamburg einmal erklären, wie die wachsende Stadt mit immer mehr Einwohnern und immer mehr Wohnungen mit einer schrumpfenden Verwaltung in Einklang gebracht werden soll. Mir erschließt sich das nicht, und ich hätte dazu durchaus einmal von den Bezirksamtsleitern klare Worte erwartet, für die Bürger vor Ort und natürlich auch für die eigenen Mitarbeiter.

Viele Bürger kommen wahrscheinlich nur einmal im Jahr mit der Verwaltung in Kontakt. So fängt Politikverdrossenheit im Kleinen an. Wie sollen wir den Menschen erklären, wir schaffen das mit der Integration und den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, die vor uns stehen, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, die einfachsten Verwaltungsdienstleistungen zu organisieren? Deshalb darf man das nicht als kleines Thema abtun. Das ist Ihre ureigene Verantwortung. Vielleicht fangen Sie damit an, das A-Team zur Bearbeitung der Anträge als Sachbearbeiter zu schicken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Da könnten Sie loslegen und der Stadt einen weiteren Dienst erweisen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gallina von der GRÜNEN Fraktion.

Anna Gallina GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst feststellen, dass ich mit der derzeitigen Situation in den Kundenzentren nicht zufrieden bin. Auch ich halte sie für untragbar. Aber ich möchte auch ganz klar sagen: Eine Verbesserung dieser Situation hat für uns Priorität.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Michael Westenberger CDU)

Herr Trepoll, Sie haben es richtig beschrieben: Die Kundenzentren sind der Ort, wo Staat und Bürgerinnen und Bürger unmittelbar aufeinandertreffen, manchmal nur einmal im Jahr. Der Staat definiert sich über sein Staatsvolk, und im Kundenzentrum wird der Staatsbürger oder die Staatsbürgerin mit dem Ausweis der Staatsangehörigkeit ausgestattet, hier wird die Wohnadresse registriert. Wenn dieser Austausch gestört ist, dann ist das zu Recht extrem frustrierend für die Bürgerinnen und Bürger, die stundenlang warten müssen, mit ihren Anliegen wieder nach Hause geschickt werden oder hundertmal die Termin-Website neu laden. Aber

(Birgit Stöver CDU: Jetzt kommt das Aber!)

auch Sie haben keine konkreten Vorschläge gemacht, wie Sie meinen, dass sich dieses Problem kurzfristig lösen lassen sollte. Also stelle ich fest, auch die CDU ist in der Hoffnungsstadt Hamburg

angekommen. Auch Sie hoffen, dass wir das regeln werden. Und ich kann Sie beruhigen: Sie können nicht nur hoffen, Sie können darauf vertrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn wir lassen die Menschen nicht im Regen stehen.

(Joachim Lenders CDU: Nein! Auf keinen Fall!)

Die Finanzbehörde hat sich eingeschaltet und treibt die Neueinstellungen massiv voran. Mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kasse Hamburg sind die Kundenzentren im Backoffice entlastet worden. Dass Sie dieses Thema jetzt anmelden, kommt insofern ein bisschen spät; vielleicht ist es vorher an Ihnen vorbeigegangen.

(Jörg Hamann CDU: Haben wir doch wiederholt gemacht!)

Inzwischen ist, das ist bereits angesprochen worden, das Prinzip der internen Ausschreibung aufgegeben worden und wir suchen händeringend auf dem freien Arbeitsmarkt nach geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Aber es ist doch auch klar, dass es Leute sein sollen, die dann bitte auch die nächsten Jahre in diesem Bereich für uns tätig sind, und dass es Menschen sein sollen, die auch unseren Anforderungen entsprechen.

Ich weiß genau, wie überlastet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kundenzentren sind. Ich habe dort in der letzten Zeit selbst Termine wahrgenommen, ohne Wartezeit.

(Zurufe von der CDU)

Es ist so; auch wenn andere dieses Glück nicht hatten, ich hatte es. Die gereizte Stimmung, mit der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auseinandersetzen müssen, ist tatsächlich ein Problem, auch wenn ich die Gereiztheit der Kunden verstehen kann. Aber hier jetzt noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahezu zu diffamieren, geht gar nicht, und das möchte ich entschieden zurückweisen.

(Joachim Lenders CDU: Wer hat das denn gemacht? Was für ein Blödsinn!)

– Zu der Frage Kundenfreundlichkeit und so weiter haben wir ja zu Beginn einiges gehört.

Ich finde, das geht gar nicht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine hohe Belastung, sie sind sehr kundenorientiert, sie sind sehr freundlich und sie sind sehr geduldig. Das jedenfalls ist meine Erfahrung, und ich danke ihnen an dieser Stelle sehr herzlich dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nun ist es, wie so oft, so, dass sich ein Problem nicht von heute auf morgen lösen lässt. Damit ha-

(Anna Gallina)

ben Sie als Opposition immer ein besonders großes Problem.

(Birgit Stöver CDU: Seit 2014!)

Das ist ein bisschen komplexer. Man muss Stellen tatsächlich erst ausschreiben, dann muss man die Leute auch einarbeiten. So ist das.

(Zuruf von André Trepoll CDU)

Und es gehört zur Wahrheit dazu, dass wir in diesem Sommer mit dem zusätzlichen Sommeransturm, den es immer wieder gibt, nicht alle Wartezeiten werden abschaffen können.

Aber weil das eine Schlüsselbeziehung ist zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern, möchte ich auch an die Bezirksämter und die Personalvertretungen ein Stück weit appellieren, in Zukunft auch unkonventionelle Schritte zu gehen.

(Jörg Hamann CDU: Aha! Was heißt das denn?)

Denn vielfach sind die ehemaligen Kundenzentrumsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter noch im Hause. Sie können tage- oder stundenweise an das Kundenzentrum ausgeliehen werden, um den Druck dort etwas zu lindern.

(Birgit Stöver CDU: Sie können auch Schülerpraktikanten nehmen!)

Wenn Kolleginnen und Kollegen Teilzeitstellen haben und Zeit und Lust haben, mit freiwilligen Überstunden auszuhelfen, sollte auch das unbürokratisch möglich sein.

Damit das neue System der Terminvergabe funktioniert, muss meines Erachtens perspektivisch dreierlei stattfinden: Es müssen natürlich ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden, um den Stau abzuarbeiten.

(Dennis Gladiator CDU: Das Thema ist doch nicht neu!)

Hier sind wir auf einem guten Weg; Herr Schmitt hat das beschrieben. Die Software muss aber auch so programmiert werden, dass man beispielsweise mit einer einzigen Abfrage erkennen kann, welche freien Termine es in der Stadt gibt.

(Michael Kruse FDP: Wer hat denn die Programmierung beauftragt?)

Wozu haben wir schließlich die freie Wahl beim Kundenzentrum? Und ich plädiere dafür zu überlegen, ob es Kundenzentren geben kann, die sich ausschließlich ohne Termine um Spontankunden kümmern – mit einer vertretbaren Wartezeit, aber der Verlässlichkeit, das Anliegen bearbeitet zu bekommen – und so die anderen Einrichtungen entlasten.

Schließlich habe ich noch einen Appell, was die Öffnungszeiten betrifft: Ich glaube, es wäre gut, wenn wir perspektivisch dazu kämen, dass sich die

Öffnungszeiten mehr an den neuen Lebens- und Arbeitsrealitäten der Menschen in dieser Stadt orientieren.

(Birgit Stöver CDU: An wen appellieren Sie? An den Senat oder an wen?)

Es gibt wenige Öffnungszeiten, die bereits um 18 Uhr enden.

(Glocke)

Wenn wir dort ein Stückchen weiterkommen, helfen wir den Hamburgerinnen und Hamburgern weiter. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Worüber reden wir? Wir reden über Pflichtleistungen des Staats, die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt wahrnehmen müssen, nichts anderes. Und dass die Kundenzentren Schnittstellen zu den Bürgerinnen und Bürgern, zu den Menschen in dieser Stadt sind, ist bereits erwähnt worden.

Wenn ich die Argumentation des Kollegen Schmitt so höre, dann kann ich nur sagen: Die Zustände in den Kundenzentren sind nicht erst seit gestern eigentlich unhaltbar, sie werden nur immer unhaltbarer in dieser Stadt, ohne dass Rot-Grün irgendetwas zur Lösung beitragen würde.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

Wir hören von Ihrer Seite nur Gummi, an dem man wirklich nichts festmachen kann.

(Dirk Kienscherf SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

– Zuhören hilft jetzt auch nicht mehr. Taten müssen her, Taten, die auch wirklich etwas bewirken, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und da sind Sie seit Jahren im Obligo.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht umsonst lesen wir im Koalitionsvertrag von Rot-Grün zu Kundenzentren nichts. Es wird von Effizienzsteigerung geredet und davon, dass die Akzeptanz der Bevölkerung dafür notwendig sei. Die Zustände hätten es bedurft, dass viel früher und viel konkretere Maßnahmen erwähnt worden wären. Gemessen an Ihren eigenen Ansprüchen – und da nehme ich die GRÜNEN besonders in die Pflicht, als Oppositionspartei bis zur letzten Legislaturperiode – sehen wir hier ein Totalversagen Ihrer Politik im Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern.

(Stephan Jersch)

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Sie wissen schon, dass wir uns gerade mit dem "Guten Ganzttag" geeinigt haben?)

Sie haben von 2012 auf 2016 die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – kaum ein Thema ist in dieser Bürgerschaft so gut abgefragt worden wie die Kundenzentren – von 256 auf 212 reduziert. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand, in den die Bezirke durch die SPD-Regierungen der letzten Legislaturperioden mit den Projekten Bezirke 2020 und OptiKuz hineingetrieben worden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bezirke und letztendlich der Senat müssen hier einen Offenbarungseid leisten, wenn man den Prüfbericht des Rechnungshofs in dem entsprechenden Bereich dazu liest: fehlerhafte Berechnung, voreiliger Personalabbau. Dort haben Sie die Bezirke hingetrieben und die Bevölkerung letztendlich in Geiselhaft genommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wenn Sie Kundenzentren in den Bezirken temporär schließen, dann führt das natürlich auch nicht zu Bürgernähe, das kann man eindeutig sagen. Der Senat ist hier wirklich verantwortlich. Er hat mit seiner Politik eine – und da möchte ich der Kollegin Gallina dann doch widersprechen – Schlechtwetterzone an Bürgernähe geschaffen. Nichts anderes haben wir hier.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht ganz kurz, weil Sie anscheinend nur Modebegriffe verstehen: Was Sie hier machen, ist das Kundenzentrum 4.0. Es wird immer weniger greifbar für die Bürgerinnen und Bürger. Mein Versuch, gestern eine Terminvergabe anzustoßen, hat dazu geführt, dass ich in zwei Kundenzentren online nicht einen einzigen Termin angeboten bekommen habe.

(*Katja Suding FDP*: Das wäre Ihnen in den Zentren auch so ergangen!)

Das ist der Zustand, und er lässt sich leicht ändern: Wir brauchen genügend Personal.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt, wir brauchen nicht Ihre Notpflaster an Personal, sondern wirklich ausreichend Personal. Wir brauchen breit aufgestellte Kundenzentren in der Fläche. Und das heißt nicht die Berücksichtigung der Analysen des Rechnungshofs, der eine Kritik des Standortkonzepts verlangt; wir brauchen wieder Kundenzentren, die an die Bürgerinnen und Bürger heranrücken.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen natürlich eine Einsatzreserve an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Kundenzentren, denn der Sommer-Run auf die Ausweise ist

genauso überraschend wie Weihnachten jedes Jahr.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Und wir brauchen natürlich die funktionierende Online-Terminvergabe, als zusätzliche Institution. Zusätzlich – nicht umsonst hat der Sozialverband festgestellt, dass zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahre offline sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie das beherrigen, dann können wir sehr schnell zu einem besseren Zustand in den Kundenzentren kommen. Ich zweifle allerdings mittlerweile an Ihrer Lernfähigkeit. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Körner von der AfD-Fraktion.

Dr. Joachim Körner AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Klagen über die Kundenzentren sind rapide gestiegen. In einer einzigen Sitzung des Eingabenausschusses wurden mehr als ein Dutzend Beschwerden vorgetragen. Es sei praktisch nicht möglich, in akzeptabler Frist einen Termin zu erhalten. Termine werden 60 Tage im Voraus angeboten, sind aber über Nacht bereits vergeben. So groß sei der Andrang.

Mit Recht sind die Bürger empört. Sie bezahlen Jahr für Jahr immer mehr Steuern, aber die Gegenleistungen werden immer geringer. Und was sagen die Verantwortlichen aus den Bezirksämtern? Es sei das Ziel, Dienstleistungen ohne größere Wartezeiten und mit hoher Servicequalität anzubieten. Leider seien sie nahezu komplett ausgebucht. Die Gründe lägen unter anderem in saisonal erhöhter Nachfrage und erheblichen Vakanzan. Personalauswahl und Einarbeitung benötigten Zeit, kurzfristige Wirkung sei nicht zu erwarten. Diese Menschen merken gar nicht, wie sie sich damit lächerlich machen. Ein Eisverkäufer, der im Hochsommer kein Eis vorrätig hat, geht pleite. Und wenn er dann sagt, sein Ziel sei, hochwertiges Eis anzubieten, die Nachfrage sei saisonal sehr hoch, Leute anzuwerben, einzustellen und einzuarbeiten benötigte Zeit, dann lachen sich die Leute kaputt.

(Beifall bei der AfD und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Dass die Nachfrage im Sommer höher ist, das weiß doch jeder. Ebenso, dass man rechtzeitig für Personal sorgen muss. Wenn nicht ausreichend Termine zur Verfügung stehen, ist das eine eklantante Fehlleistung. Manche Menschen nennen das Staatsversagen. Ich finde, das ist eine viel zu unpräzise Bezeichnung. Es ist ein Versagen der verantwortlichen Politiker, und das ist etwas, das die

(Dr. Joachim Körner)

Bürger meist feststellen, wenn etwas schief läuft bei uns im Staate. Elbphilharmonie, HSH Nordbank, Berliner Flughafen, Bruch der Euro-Verträge, Bruch des Stabilitätspakts, Bruch der Abkommen von Dublin und Schengen und vieles andere mehr – fast immer, wenn etwas schief läuft, ist es ein Versagen der verantwortlichen Politiker beziehungsweise der politischen Klasse.

(*Farid Müller GRÜNE*: Da gehören Sie jetzt auch zu!)

Ich hoffe, dass die Bürger aufwachen und den verantwortlichen Politikern bei der nächsten Wahl die angemessene Quittung erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt die fraktionslose Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Gallina, Sie haben eben den Satz gesagt: Ich habe Glück gehabt, einen Termin im Kundenzentrum zu bekommen. Ich finde, dieser Satz sagt doch wirklich sehr, sehr viel.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mein Mitarbeiter wollte vor einiger Zeit zwei Reisepässe beantragen und hat über die Online-Terminvergabe versucht, einen Termin zu bekommen. Das Ergebnis war, dass die Kundenzentren Billstedt, Bramfeld, Finkenwerder, Mitte, Walddörfer, Wandsbek und Wilhelmsburg mitgeteilt haben, sie hätten zurzeit keine Termine, und alle anderen Kundenzentren haben gesagt, sie hätten in zwei Monaten einen Termin. Mein Mitarbeiter muss entweder seinen Urlaub streichen in diesem Jahr oder sein Urlaubsziel ändern, das ist wohl das Einzige, was bleibt.

(Zurufe von der SPD)

Das Personal im Kundenzentrum hat es wirklich nicht leicht. Wir wissen, dass der Krankenstand relativ hoch ist mit 11 Prozent. Wir wissen, es gibt eine sehr hohe Fluktuation. Aber wen wundert das? Die Belastung des Personals im Kundenzentrum ist sehr hoch, sowohl zeitlich als auch psychisch. Und was ist die Ursache? Wenn der Senat bei seinen 0,88 Prozent Steigerungen bleibt, dann führt das unweigerlich zu Personalabbau, und das bei Steuereinnahmen auf Rekordniveau. Das kann man überhaupt nicht nachvollziehen. Und wenn Sie vor einem Vierteljahr gesagt haben, Sie wollten 40 neue Stellen ausschreiben, dann wird es Zeit, dass die dort ankommen. Mir ist zu Ohren gekommen, dass durchaus Menschen, die die Qualifikation und auch die Laufbahn haben, in Kundenzentren, bei denen sie sich bewerben, abgelehnt wer-

den. Also so hoch kann die Priorität nicht sein, wie Sie gesagt haben, Frau Gallina. Sie ist einfach nicht hoch genug.

Die Ämter heißen jetzt Kundenzentren. Ich sage Ihnen: So, wie es jetzt in Hamburg passiert, behandelt man keine Kunden.

(Beifall bei der CDU, der LINKEN, der FDP und *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um es gleich klar zu sagen: Die Lage in den Kundenzentren ist nicht so, wie sie sein sollte und wie wir sie in letzter Zeit auch schon gewohnt waren. Ich teile die Kritik in vielen Punkten, ich verstehe auch die Verärgerung vieler Bürgerinnen und Bürger. Was ich nicht verstehe, ist das fröhliche Schenkelklopfen in den Reihen der CDU-Fraktion während der Debatte heute, denn wir haben ein echtes Problem, und das müssen wir angehen.

(*Dennis Gladiator CDU*: Ja, dann machen Sie mal!)

Das bezieht sich nicht auf Kunden, die einen Termin haben oder eine einfache Angelegenheit haben und dafür in der Regel nur kurz warten müssen. Das Problem haben wir Ihnen in Schriftlichen Kleinen Anfragen schon berichtet: Wir können in den letzten Wochen nicht ausreichend Termine anbieten,

(*Ralf Niedmers CDU*: Und Schuld hat die Opposition?)

um der Nachfrage gerecht zu werden, die im Frühjahr und in den Wochen vor den Sommerferien immer besonders hoch ist. Bürgerinnen und Bürger, die deshalb ohne Termin in die Kundenzentren kommen, weil sie dringend einen neuen Personalausweis oder Reisepass benötigen, müssen unzumutbar lange warten oder sogar an einem anderen Tag wiederkommen. Das ist ein schlechter Zustand, den wir sobald wie möglich beenden müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Ursache ist aber nicht schlechte Organisation in den Kundenzentren selbst, auch nicht das Online-Terminmanagement an sich, sondern schlicht zu wenig Personal, das Termine machen und Dienstleistungen bearbeiten kann. Dies wiederum liegt ausdrücklich nicht an einem übermäßigen Sparkurs in den Kundenzentren oder in den Bezirksämtern, denn das Personal in den Bezirksämtern ist in den letzten Jahren – anders, als oft behauptet wird – insgesamt nicht abgebaut worden. Insbesondere hat es in den Kundenzentren auch keine Stellenstreichungen gegeben, im Gegenteil

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

bewegt sich die Anzahl der Stellen in den Kundenzentren seit 2008 stabil zwischen 200 und 220 Stellen; da haben Sie eben falsche Zahlen genannt, Herr Jersch. Was sich allerdings in den letzten Monaten geändert hat, ist die zunehmende Zahl unbesetzter Stellen, mit einem Höchststand von über 40 Vakanzanfang April dieses Jahres. Dies lag an einer verstärkten Personalfuktuation, das heißt, aus unterschiedlichen Gründen haben sich vermehrt Beschäftigte der Kundenzentren auf andere Stellen in der Hamburger Verwaltung beworben, während umgekehrt zu wenig Personen aus anderen Bereichen in die Kundenzentren gewechselt sind.

Als diese Entwicklung deutlich wurde, haben der Senat und die Bezirksamtsleitungen entschieden, freie Stellen nicht nur intern, sondern eben auch sofort extern auszuschreiben, also zusätzliches Personal von außen einzustellen; Herr Duwe hatte zu Recht darauf hingewiesen. Damit das schneller geht, haben wir die Ausschreibungen für die verschiedenen Bezirksämter zentral zusammengefasst und auch Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Stellenausschreibungen der Innenbehörde angesprochen. Mittlerweile sind für alle freien und absehbar frei werdenden Stellen Personen ausgewählt, die ihre Tätigkeit in den Kundenzentren beginnen, sobald es ihnen möglich ist. Die Zahl der unbesetzten Stelle ist bereits von über 40 auf unter 30 zurückgegangen. Auch die verbliebenen freien Stellen werden jetzt neu besetzt, so dass wir in den kommenden Wochen schrittweise eine nahezu vollständige Besetzung aller Stellen erreichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dies wird leider nicht zu einer sofortigen spürbaren Entlastung führen, weil das neue Personal, wie es immer so ist, zunächst geschult und eingearbeitet werden muss. Ziel der Bezirksämter ist es aber dennoch nach dieser Durststrecke, den eingetretenen Rückstau an Terminnachfragen zügig abzubauen. Bis dahin werden die Kundenzentren weiterhin versuchen, vor allem die dringenden Dienstleistungen so gut wie möglich zu bearbeiten.

Ich habe mit den Bezirksamtsleitungen und den für die Kundenzentren zuständigen Mitarbeitern in den Bezirken vereinbart, dass wir durch ein besseres System der Termin- und Personalplanung künftig frühzeitig erkennen und vermeiden, dass Stellenvakanzan und lange Terminvorlaufzeiten gerade in den nachfragestarken Monaten auftreten.

(Dennis Gladiator CDU: Das haben wir schon mal gehört!)

Wir haben mittlerweile die schnellsten Finanzämter Deutschlands, jetzt wollen wir auch mit den Kundenzentren aufholen.

Zusammengefasst hat es das "Hamburger Abendblatt" am Wochenende in der Überschrift: Die Ter-

minvergabe muss schneller werden, alles andere funktioniert. Genau das wollen der Senat und die Bezirke gemeinsam erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist aufgebraucht, aber nach Paragraf 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung haben die Fraktionen jetzt das Anrecht auf noch jeweils eine Rederunde. Ich habe bis jetzt die Wortmeldung von Herrn Kruse von der FDP-Fraktion. Sie haben das Wort.

Michael Kruse FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja eine ganz spannende Nummer, die Sie hier fahren: Dank Herrn Schmitt wissen wir jetzt sogar, wie die Namen der Mitarbeiter in den Poststellen der Bezirksämter sind, er stellt sich hier hin, als wäre gar nichts, und der Finanzsenator erzählt das glatte Gegenteil.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben seit drei Jahren dieses Problem an der Backe, seit drei Jahren kann man Ihnen beim Versagen zusehen. Die Chronik dieses Versagens zieht sich durch die SPD-geführten Behörden und ist fast so lang wie die Schlangen vor den Hamburger Kundenzentren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Alles begann mit einer klugen Idee. Es war eine kluge Idee zu sagen, wir verkürzen die Wartezeiten und machen das mit einer Terminvergabe. Nur was hat der Senat gemacht? Wenn Hamburg Innovation braucht, was macht dieser Senat dann? Dann ruft er Dataport an. Und damit nahm das Schicksal seinen Lauf. Smart City, Smart Olaf, Smart Peter – peinliche Provinzposen mit einfacher Technik. Willkommen in der digitalen Diaspora, dem Hamburger Senat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Im Jahr 2014, vor den Bezirksversammlungswahlen, haben Sie unseren Antrag mit beschlossen, liebe SPD. Vielleicht schauen Sie noch einmal in die 20. Wahlperiode zurück. Damals war das Ziel, Termine beim Kundenzentrum auch weiterhin zu erhalten, auch ohne vorherige Anmeldung. Ihr Ziel haben Sie damit nicht nur nicht erreicht, sondern Sie haben es sogar ins Gegenteil verkehrt. Wer einen Termin hat, wartet erst einmal zwei Monate, und wer keinen hat, der wartet den ganzen Tag, wenn er morgens vor der Tür steht. Über zwei Jahre und dieser Senat schafft es nicht, eine Terminvergabe einzurichten – und dahinter, Herr Tschentscher, steckt Ihr Versagen. Sie steuern die öffentlichen Unternehmen nicht richtig. Sie sind für Dataport verantwortlich. Sie kaufen bei Dataport Leistungen ein, und Sie wissen nicht einmal, ob Sie

(Michael Kruse)

diese Leistungen dann auch bekommen. Ich habe nachgefragt, was eigentlich die Service-Level-Agreements sind, also die Leistungen, die Data-Port zur Verfügung stellt – weiße Seiten, seitenweise leere Seiten. Wir wissen gar nicht, ob wir die Leistungen bekommen. Wir schmeißen denen Millionen hinterher und wissen gar nicht, ob wir die Leistungen bekommen. In diesem Bereich bekommen wir sie regelmäßig nicht, das haben wir zuletzt im vergangenen Sommer gesehen. So wenig Controlling kennen wir bisher eigentlich nur von der HPA bei Infrastrukturprojekten.

Was ist also seit unserem Antrag 2014 passiert? Nichts. Über zwei Jahre, und die Situation hat sich sogar noch verschlechtert. Selbst die Live-Onlineanzeige der Wartezeit haben Sie abgeschafft. Jetzt weiß man nicht einmal mehr, wie lange man warten muss, wenn man einmal ohne Termin ins Amt muss. Herzlichen Glückwunsch, das ist Innovation unter Ihrem rot-grünen Senat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es gibt wirklich schwierige Aufgaben in dieser Stadt: die HSH Nordbank, die Flüchtlingskrise, die Zukunft des Hafens. Dies ist keine schwierige Aufgabe, dies ist der real existierende Dilettantismus der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU* und *Dr. Joachim Körner AfD*)

Und was hat der Senat getan, um den Hamburgern zu helfen? Frau Heyenn, diese Frage haben Sie auch aufgeworfen. Zweieinhalb Monate vor Beginn der Sommerferien gibt der Senat eine Pressemitteilung raus und weist darauf hin, dass die Ferienzeit vor der Tür stehe. Das tut sie zwar gar nicht, aber was tatsächlich vor der Tür steht, ist der Zeitpunkt, zu dem man vor den Ferien keinen Termin mehr bekommt. Das ist das, was der Senat meinte. Bei einem Sechs-Wochen-Vorgang müssen Sie mittlerweile vier Monate vor Reiseantritt an die Verlängerung denken. Das bedeutet, noch bevor Sie eine Auslandsreise buchen, müssen Sie als Hamburger ein Ausweisdokument von König Olafs Gnaden bei den Behörden erbetteln. Dieser Senat verschwendet das Geld der Hamburger bei seinen Beteiligungen und er verschwendet die Zeit der Hamburger, die vor den Kundenzentren versauern. Ihre 40 Stellen mehr nützen auch nichts, wenn in einzelnen Bezirken die Stellen vakant sind – bis zu 50 Prozent der Planstellen in den Kundenzentren. Da brauchen Sie nicht mehr Stellen, sondern mehr Besetzung.

Meine Damen und Herren! Selbst Lorient wäre an der Darstellung dieser grotesken Abläufe gescheitert. Und wenn Sie wissen wollen, was die Hamburger über Ihre Arbeit denken, dann machen Sie einen Tag den Job eines Sachbearbeiters im Kundenzentrum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Jetzt bekommt Herr Dr. Wolf von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Jens Wolf CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bis auf Senator Tschentscher sind wir uns einig: Wir haben in dieser Stadt einen Kundenzentren-Kollaps. Und wenn uns die SPD sagt, es sei doch gar nicht so schlimm, wenn man zum Amt gegangen sei, dort acht Stunden gesessen habe und nach Hause geschickt worden sei, man könne am nächsten Tag wiederkommen und dann bekomme man relativ schnell einen Termin,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das hat keiner gesagt!)

dann ist das purer Hohn in dieser Situation.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dirk Kienscherf SPD:* Das ist die Unwahrheit, was Sie hier erzählen!)

Es ist genug mit dem Kundenzentren-Kollaps. Und verantwortlich dafür sind nicht die Bürgerinnen und Bürger, die Ausweispapiere und ähnliche Dienstleistungen nachfragen, verantwortlich sind auch nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, verantwortlich dafür ist allein dieser Senat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Woran liegt denn das? Dieser Senat hat immer mehr Aufgaben auf die Bezirksämter übertragen. Das ist an sich gut, denn das führt zu einer bürgernahen Verwaltung. Was dabei allerdings nicht geklappt hat, ist, dass die Stellen, die dafür zuständig sind, diese Aufgaben zu erfüllen, in den Landesbehörden geblieben sind und nicht auf die Bezirke übertragen wurden. Darin liegt der Grundfehler dieser ganzen Geschichte.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Grund ist, dass die Bezirksämter erhebliche Beiträge zur Haushaltskonsolidierung leisten mussten. Die unbesetzten Stellen sind heute noch das Zeichen dieser Beiträge, die die Ämter leisten mussten. Und wenn jetzt die Stellen Stück für Stück wieder aufgefüllt werden, dann ist das okay und es ist auch richtig, aber es reicht immer noch nicht, denn es fehlen Stellen, um die gesamten Aufgaben zu erfüllen.

Herr Tschentscher, nun sagen Sie doch einmal ehrlich: Sie haben gesagt, es seien sukzessive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Kundenzentren weggegangen und die Stellen seien unbesetzt geblieben. Ja, haben Sie das denn nicht gemerkt? Ist das alles auf einmal passiert? Auf einmal haben Sie die Augen geöffnet und schwups waren die Mitarbeiter nicht mehr da? Nein, Herr Tschentscher, das können Sie mir nicht erzählen. Das liegt

(Dr. Jens Wolf)

daran, dass Sie das nicht überprüfen, dass Sie kein richtiges Controlling haben in Ihren Ämtern und dass Sie erst dann aufwachen, wenn der Bürgerprotest nicht mehr aushaltbar ist.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Dann haben Sie uns vollmundig die Digitalisierung der Ämter versprochen. Schön, man kann Termine digital bekommen. Nur was bekommen Sie, wenn es keine Termine gibt? Dann hilft Ihnen auch ein digitales Portal nicht mehr, wenn dieses Portal Ihnen sagt, es gebe keinen Termin. Das ist hier einfach ein Ansatz am falschen Ende.

Und es kommt noch viel schlimmer. Es ist nicht nur angekündigt worden, dass eine verstärkte Nachfrage nach Terminen in den Sommermonaten aufkommen werde, es ist auch angekündigt worden, dass einige Kundenzentren während der Sommermonate tageweise oder sogar ganz schließen. Was soll das denn in diesem Zusammenhang?

Auch das Thema "Gesamte Schließung von Kundenzentren" ist noch nicht tot. Das haben die Bürgerinnen und Bürger einstweilen verhindert. Aber wer weiß, Herr Tschentscher, vielleicht kommen Sie damit auch noch einmal um die Ecke? So ganz aufgegeben haben Sie das Thema immer noch nicht.

Und wenn man sich dann noch überlegt, dass einige Mitarbeiter in einem Kundenzentrum einen Betriebsausflug gemacht haben und dann Herr Schreiber um die Ecke kommt und sagt, das sei bescheuert – meine Damen und Herren, das Einzige, was hier bescheuert ist, ist, dass der Senat nicht in der Lage ist, die Terminvergabe in den Kundenzentren vernünftig zu regeln. Das ist bescheuert, und nicht, dass Mitarbeiter mal raus wollen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich müssen die Mitarbeiter mal raus, denn auch der Krankenstand in den Kundenzentren ist einer der Gründe, warum derzeit die Stellen nicht besetzt sind. Und warum sind diese Mitarbeiter krank? Weil sie einfach so stark belastet sind von dieser Situation. Der Senat macht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kundenzentren krank. Und wenn die dann mal raus wollen, kann ich das vollkommen verstehen. Wir müssen hier einmal eine Lanze brechen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nämlich einen sehr guten Job machen.

(Beifall bei der CDU und *Jens Meyer FDP*)

Wenn SPD und GRÜNE jetzt sagen, das müsse sich ändern, dann sagen wir:

(Glocke)

Übernehmen Sie die Verantwortung und lösen Sie das Problem, und zwar so schnell wie möglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow* und *Dr. Wieland Schinnenburg*, beide *FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schmitt von der SPD-Fraktion.

Frank Schmitt SPD: Herr Wolf, ein bisschen erinnert das an Rudi Carrell. Schuld daran ist allein die SPD, wie Sie das darstellen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP* und *Dr. Joachim Körner AfD* – Zurufe von der CDU: Ja!)

Ich glaube, wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie, dass weder ich noch der Senator versucht haben, irgendwas an der Situation zu beschönigen.

(*André Trepoll CDU*: Das hat sich eben anders angehört!)

Wir haben deutlich gemacht, dass die Situation mit der Terminvergabe in den Kundenzentren unbefriedigend ist. Das ist so. Und der Senator und ich haben auch dargestellt, welche konkreten Maßnahmen eingeleitet wurden, um die Situation zu verbessern. Aber daran scheinen Sie überhaupt kein Interesse zu haben. Sie pöbeln hier die ganze Zeit dazwischen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Offensichtlich sind Sie an einer Verbesserung der Situation überhaupt nicht interessiert. Sie beweisen doch, dass nicht jede Besserwisserei ein Verbesserungsvorschlag ist, denn konkret haben Sie überhaupt nichts gesagt, was man tun könne, um die Situation zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Insofern: Wir haben die Schwierigkeit bei den Kundenzentren erkannt. Wir sorgen für die Personalverstärkung.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Schmitt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Wolf?

Frank Schmitt SPD: Nein, Herr Wolf war gerade dran.

(Zuruf von der CDU: Deshalb will er ja eine Zwischenfrage stellen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Tut mir leid.

Frank Schmitt SPD (fortfahrend): Wir sorgen für die Personalverstärkung. Wir werden die Terminvergabe ausweiten. Wir unterstützen die Kundenzentren doch.

(*André Trepoll CDU*: Das haben Sie alles schon einmal versprochen!)

Das sind alles konkrete Maßnahmen, die eingeleitet sind. Jetzt geben Sie uns, geben Sie den Maßnahmen auch noch die Zeit, bis sie greifen,

(*André Trepoll CDU*: Wir warten seit drei Jahren!)

und dann bin ich zuversichtlich, dass das gelingen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Kruse, ich lausche gern Ihren Reden,

(Beifall bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

finde aber, dass Sie immer, je mehr Sie sich hineinsteigern, einen Tick zu viel Sahne drauflegen. Ein Tick zu viel, sodass ich sagen würde: Eigentlich war es ganz gut in der Beschreibung, aber immer zu viel Sahne obendrauf, was die Wirkung ein bisschen schmälert.

(*André Trepoll CDU*: Habe ich das besser gemacht?)

– Nichterwähnung kann also auch helfen, Herr Trepoll.

Der Kollege Schmitt hat es doch eben deutlich gemacht: Keiner der Regierungsvertreter hat gesagt, dass es kein Problem gebe, sondern wir haben das Problem genauso gesehen wie Sie.

(Zurufe von der CDU)

Der Unterschied ist, Herr Wolf: Die Verantwortung liegt tatsächlich bei uns und bei den Bezirksamtsleitern, nicht bei Ihnen. Das ist der eine Unterschied. Und der zweite Unterschied ist, dass wir auch sehr konkret gesagt haben, wo die Ursache liegt, nämlich in den unbesetzten Stellen, die jetzt aber besetzt werden. Das ist die eigentliche Ursache des Problems. Die wird jetzt behoben, der Senator hat es gesagt. Und dann reicht es nicht mehr, als Opposition in diesem Parlament nur Verstärker von Frust zu sein, dann muss man sich auch einmal auf die Vorschläge, die wir für die Lösung des Problems liefern, einlassen oder selbst welche bringen. Ich habe nichts von Ihnen gehört, gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann sich jetzt über die einzelnen Punkte sicherlich unterhalten. Ich möchte an dieser Stelle nur den Rechnungshof zitieren, Herr Senator, der in seinem Bericht kritisiert, dass Stand Dezember 2014 bereits 25 Vollzeitäquivalente in den Kundenzentren eingespart worden seien,

(*Dennis Gladiator CDU*: Das hat er jetzt erst gemerkt!)

ohne dass es eine vernünftige Evaluierung des Ergebnisses gegeben hätte. Da ist die Realität dann doch eine andere, als sie hier in der Regierungskoalition gern gesehen wird.

Und was die Feststellung von Herrn Schmitt angeht, man möge ihm Zeit geben: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viel Zeit brauchen Sie denn noch? Ich weiß nicht, ob wir uns in einem Zeitdehnungsfeld befinden; es ist schon lange klar, was gemacht werden muss, und da wird Handeln von Ihnen erwartet. Es kann nicht – und das betone ich ausdrücklich – die Lösung sein, dass das Spardiktat des Senats, dass das Spardiktat der Regierungskoalition gegenüber den Bezirken weiter zur Verstümmelung bezirklicher Angebote führt, denn damit entfremden wir die Bürgerinnen und Bürger von der Politik dieses Staates, dieses Landes, und dahin wollen wir alle nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, deswegen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass hier jetzt auch einmal Geld in die Hand genommen wird und die Bezirke entlastet und nicht weiter mit irgendwelchen Diktaten dazu gezwungen werden, ihre Angebote weiter einzuschränken. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Sie werden darauf gewartet haben: Wir kommen zu den Punkten 2 und 3 unserer Tagesordnung, den Deputationswahlen.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –]

(Vizepräsidentin Barbara Duden)**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:****Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung****– Drs 21/2316 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die beiden Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Beide Wahlzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt und ich werde sie im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Wir kommen zu Punkt 47 der Tagesordnung, Drucksache 21/4680, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:**Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen****– Drs 21/4680 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Kammeyer von der SPD-Fraktion bekommt es.

Annkathrin Kammeyer SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Wer in Deutschland promoviert, macht fast immer Karriere. Es sei denn, er bleibt in der Wissenschaft."

Das schrieb "Die Zeit" im April 2013 in einer Reportage unter dem Titel "Prekariat statt Professur". Auch wenn diese Überschrift erst einmal ein bisschen reißerisch klingen mag, steckt doch viel Wahrheit dahinter. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler hangeln sich in der Phase nach der Promotion oft von einer befristeten Stelle zur nächsten. Auch wenn sie dann mit Ende 30 habilitieren, dauert es oft noch Jahre, bis sie eine Professur finden – wenn ihnen das überhaupt

gelingt. Falls nicht, steht man als hochqualifizierter Nachwuchswissenschaftler mit Anfang 40 ohne unbefristeten Job und mit der Aussicht, sich bis zur Rente mit Vertretungen und befristeten Lehraufträgen herumzuschlagen, da.

Dass ausgerechnet diejenigen, die nach sehr erfolgreichem Studienabschluss so hervorragend promoviert haben, dass Ihnen angeboten wird, weiter in der Wissenschaft zu arbeiten, mit derartigen Existenzsorgen konfrontiert sind, tut dem Wissenschaftsstandort Deutschland nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aus meinem Freundeskreis weiß ich, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Lust hätten, in der Wissenschaft zu bleiben, und dafür auch hervorragend geeignet wären, ihre Entscheidung aufgrund dieser Unsicherheiten immer wieder infrage stellen.

Die Wissenschaft wird immer ein hartes Geschäft bleiben und nie der leichteste Weg in den Berufseinstieg für junge Promovierte werden. Auch am Umstand, dass es immer mehr Interessentinnen und Interessenten als Professuren geben wird, wird sich von heute auf morgen nichts ändern. Wir als Politik können aber dafür sorgen, dass Karrieren auch im Wissenschaftsbereich planbarer werden. Wir können Rahmenbedingungen schaffen, die trotz der besonderen Gegebenheiten des Wissenschaftsbetriebs junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermuntern, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.

Ich bin froh darüber, dass über das Grundanliegen der Debatte, nämlich der Verbesserung der Situation von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, in Deutschland weitestgehend parteiübergreifende Einigkeit vorherrscht. Mit dem auf Bundesebene verabschiedeten Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das bereits von uns initiierte wichtige Reformen enthält, zum Beispiel ein Verbot willkürlicher Befristungen und die Stärkung des Rechts auf Vertragsverlängerung für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kindern, wurde ein wichtiger Schritt gegangen. Gleichzeitig lässt dieses Gesetz aber dringend notwendige Anpassungen wie die Aufhebung der Tarifsperre außen vor.

Ich bin über den Umstand sehr glücklich, dass Hamburg als Ergänzung zu diesem Gesetz in Kooperation mit den Hochschulen einen eigenen Code of Conduct zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entwicklungsperspektiven junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Hamburg eingeführt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Code of Conduct enthält freiwillige Selbstverpflichtungen der Uni Hamburg, der TUHH, der HCU und der HAW, die mit der Stadt auf Vereinba-

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 2389 zu finden.

(Annkathrin Kammeyer)

rungsbasis Aufgaben für die Hochschulen ausgehandelt haben, welche zur positiven Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchsbereichs in Hamburg beitragen sollen. Einzelne hervorzuhebende Punkte des Code of Conduct sind zum Beispiel die Verpflichtung der Hochschulen zur angemessenen Vergütung von Lehraufträgen oder die Sicherheit von Juniorprofessuren, bei erfolgsversprechender Prognose in die zweite Phase der Beschäftigung aufgenommen zu werden.

Für den ausgehandelten Code of Conduct erhielt Hamburg bundesweit positive Rückmeldungen. Auch die Gewerkschaften begrüßen seine Implementierung ausdrücklich. Nun geht es darum, den Code of Conduct zu evaluieren und vor allen auch die freiwilligen Selbstverpflichtungen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Mit unserem Antrag heute fordern wir den Senat auf, darüber Bericht zu erstatten, inwiefern der Code of Conduct in Hinblick auf die Befristung von Arbeitsverhältnissen bereits erste Wirkung zeigt, welche Möglichkeiten zur Durchsetzung es bei Verstößen gibt und wie Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler über den Inhalt des Code of Conduct informiert wurden.

Rot-Grün bleibt dran an der Verbesserung der Situation der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in Hamburg und setzt sich im Rahmen der Möglichkeiten der Hamburger Landespolitik dafür ein, dass talentierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Wissenschaftsbetrieb angemessene Bedingungen vorfinden und der Forschung und dem Wissenschaftsstandort Hamburg somit nicht verloren gehen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag und erwarte mit Spannung die Ergebnisse des von uns geforderten Senatsberichts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Kammeyer, als wir uns letztes Jahr nach der Sommerpause schon einmal über das Thema unterhielten, stiegen Sie wenigstens mit Kartoffelbrei oder Kartoffelpuffer ein. Das war irgendwie noch etwas unterhaltsamer zur Mittagszeit. Jetzt versuchen Sie, das Ganze fachlich darzustellen. Mir bleibt in dieser Diskussion nach Ihrer Rede nur eine einzige, zentrale Frage: Wer regiert eigentlich seit mehreren Jahren in Hamburg? Wer regiert seit mehreren Jahren im Bund? Sie haben in den letzten Jahren nichts dazu beigetragen, die Probleme, die Sie ansprechen, zu ändern, bis auf Willensbekundungen und diesen kleinen Code of Conduct, den Sie jetzt erneut beantragen. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Sie können gleich sprechen, Herr Dr. Tode.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Trotzdem, Herr Ovens, sollten Sie abwarten, dass ich Sie frage, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Tode zulassen.

Carsten Ovens CDU: Ich führe erst einmal meinen Punkt aus, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann leider nein.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ja oder nein!)

Carsten Ovens CDU (fortfahrend): Ich habe eine klare Antwort gegeben. Sie haben sie auch verstanden, Frau Kollegin.

Ihr Antrag, Frau Kammeyer, ist natürlich gut und er ist folgerichtig. Viel mehr Gutes gibt es zu diesem Antrag aber nicht zu sagen, denn wir haben hier in diesem Hause an genau dieser Stelle bereits am 3. September einen inhaltlich fast identischen Antrag von Ihnen gehabt. Wir haben dazu bereits diskutiert. Wir haben gemeinsam, auch mit Unterstützung der CDU, beschlossen, dass der Senat über Sachstand und Fortschritt bei der Einführung und Umsetzung des Code of Conduct bis zum 30. November 2015 berichten soll. Das haben wir gemeinsam im letzten Jahr auf den Weg gebracht.

Jetzt verstehe ich natürlich, dass Sie bei der eklatanten Mangelleistung von Wissenschaftssenatorin Fegebank Ihren eigenen Senat rügen wollen – das ist Ihr gutes Recht, das können Sie tun –, aber dass Sie uns detailliert ausgeführt vorlegen, was Sie bereits letztes Jahr schon einmal beantragt haben, ist schon ein bisschen grotesk. In mehreren Unterpunkten sagen Sie jetzt: Okay, die Senatorin hat es offensichtlich bis zu dem Stichtag im vergangenen Jahr – den Sie selbst vorgeschlagen und beantragt haben – nicht geschafft, also geben wir ihr einfach noch einmal ein Jahr und einen Monat mehr Zeit. Nun möge also die Wissenschaftsbehörde bis zum 31. Dezember 2016 berichten, wie es denn um den Fortschritt und die Einführung der Umsetzung beim Code of Conduct steht.

Also wirklich, Frau Kammeyer: Ich hätte da ehrlich gesagt mehr erwartet nach fast einem Jahr. Dass Sie jetzt einfach denselben Antrag noch einmal stellen, nur etwas detaillierter, das zeigt, wie wenig Ihnen die Wissenschaftspolitik am Herzen liegt, wie wenig Ihr eigener Senat dazu tut. Das ist einfach nur ein Armutszeugnis für die Hamburger Wissenschaftspolitik von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU)

(Carsten Ovens)

Seien wir doch einmal ehrlich: Wir sind ja dafür. Wir stimmen Ihrem Antrag heute auch erneut zu,

(Dr. Monika Schaal SPD: Ja, und was soll das Gestänkere dann?)

in der Hoffnung, dass die Wissenschaftssenatorin sich dann tatsächlich endlich einmal bewegt. Aber, Frau Kammeyer, wer A sagt, der muss auch B sagen. Und wenn Sie sagen, Sie wollen einen fairen Umgang mit Nachwuchswissenschaftlern, Sie wollen einen fairen Umgang an den Hochschulen, nun, dann versuchen Sie doch auch einmal politisch einen fairen Umgang mit den Hochschulen. Sorgen Sie einfach für eine auskömmliche Grundlagenfinanzierung. Sorgen Sie einfach dafür, dass Sie die Universitäten und Hochschulen nicht mit Almosen abspeisen, so wie es Ihre Senatorin gerade heute wieder verkündet hat. Es hätten 150 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode sein können, jetzt sind es 8 Millionen Euro pro Jahr, die insgesamt ankommen aus den BAföG-Millionen. Hätten Sie diese 150 Millionen Euro tatsächlich eingesetzt, dann wäre es auch möglich, diesen Code of Conduct vernünftig umzusetzen.

(Annkathrin Kammeyer SPD: Du hast bisher kein Wort zum Thema gesagt!)

Dann wäre es auch möglich, Stellen zu entfristen. Dann wäre nämlich auch etwas mehr Budget für die Hochschulen da.

Also, Frau Kammeyer, leisten Sie endlich einmal einen richtigen wissenschaftspolitischen Beitrag. Beenden Sie endlich die Mangelfinanzierung. Beenden Sie endlich die Unterfinanzierung der Hamburger Hochschulen. Da sind wir auch an Ihrer Seite, so wie wir diesem Luft- und Schaufensterantrag heute zustimmen werden. Aber bitte kommen Sie nicht in einem Jahr mit der erneuten Forderung an den Senat, einen Bericht abzuliefern zu etwas, was er offensichtlich nicht umsetzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP und Dr. Ludwig Flocken fraktionslos)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich komme erst einmal zurück zum Thema dieses Antrags, zum Code of Conduct.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich leite inzwischen so gut wie jede Debatte zum Thema Wissenschaft mit diesem Satz ein, weil Sie immer abdriften zu dieser Finanzierungsdebatte,

(Carsten Ovens CDU: Die bleibt ja auch mangelhaft!)

die längst schon geführt worden ist.

Und noch ganz kurz: Das mit den Kartoffeln, Herr Ovens, war nicht zum Thema Code of Conduct, sondern im letzten Jahr, als es um unsere 40 Millionen Euro ging, die wir zusätzlich in die Universitäten investieren.

(Carsten Ovens CDU: 14 Monate haben Sie dazu gebraucht!)

Das zeigt, wie wichtig wir das nehmen und wie wichtig wir auch die Hochschulpolitik nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und gerade weil wir diese Inhalte so wichtig nehmen, auch das Thema wissenschaftlicher Nachwuchs – denn da ist viel zu tun –, haben wir zunächst einen Antrag allgemeinerer Natur gestellt und dann einen zur Umsetzung der dort genannten Maßnahmen. Denn es ist so, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Dauerbefristungen an den Universitäten nach wie vor ein großes Problem sind. Das hat Frau Kammeyer eben sehr anschaulich dargestellt, auch anhand von sehr plausiblen Beispielen. Dem kann ich mich nur anschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Inzwischen, das hat sich nämlich auch geändert seit letztem Herbst, gibt es auf Bundesebene ein Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Das beseitigt nicht alle Missstände. In Hamburg haben wir sehr viel frühzeitiger reagiert mit dem Code of Conduct. Das ist ein freiwilliger Verhaltenskodex, den Antrag dazu haben wir im vergangenen Jahr beschlossen.

Zur Erinnerung: Es ist eben so, dass gerade beim Mittelbau prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen. Es fehlt an Planungssicherheit, es fehlt an Karriereperspektiven. Das ist für junge Menschen teilweise eine persönliche Katastrophe. Hinzu kommt das Problem mit Teilzeitstellen bei Vollzeitaufgaben, gerade bei Promotionsstellen. Dort sind die Aufgaben oft so umfangreich, dass kaum noch Zeit für die Promotion bleibt. Selbstverständlich ist es so, dass solche Rahmenbedingungen qualifizierten Nachwuchschrecken. Viele gehen dann ins Ausland oder in die Privatwirtschaft, wo sie bessere Bedingungen vorfinden. Auch für die Hochschulen ist diese Situation unbefriedigend. Es geht hoch qualifizierter Nachwuchs verloren. Das sind alles Zustände, wo wir reagieren müssen. Die Probleme hat Hamburg längst erkannt.

Ich will jetzt nur noch einmal beispielhaft kurz ein paar Maßnahmen aus diesem Code of Conduct benennen: keine sachgrundlosen Befristungen bei Daueraufgaben, fester Arbeitsanteil für die Promotion, Vertragsverlängerung bei Habilitation nach positiver Bewertung. Auch ein sehr wichtiger Punkt: Bei Drittmittelbefristung sind die Arbeitsverträge an die Dauer der Befristung anzupassen. Und natürlich: Anrechnung von Eltern- und Betreu-

(Dr. Carola Timm)

ungszeiten sowie angemessene Vergütung von Lehraufträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das sind alles keine Kleinigkeiten. Damit wollen wir etwas bewirken und etwas verändern. Allerdings handelt es sich hier nicht um eine gesetzliche Vorschrift, sondern um eine freiwillige Selbstverpflichtung. Das ist der Grund, warum die Evaluation so wichtig ist, um eben die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überprüfen, im Blick zu behalten, vielleicht auch zu hinterfragen. Deshalb haben wir in diesem Antrag sehr konkrete zu evaluierende Fragestellungen aufgeführt, unter anderem nach der Anzahl von Befristungen und nach Handlungsfeldern bei der Personalentwicklung. Auf diese Weise wird ein neuer Sachstand über die konkrete Umsetzung ermittelt. Wir wollen eine wirksame Umsetzung, und dafür ist dieser Antrag ein wichtiger Schritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE: Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin!

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Ich mag Placebo recht gern; das ist eine Band, die ganz gute Musik macht. Aber dieser Antrag ist auch ein bisschen ein Placebo-Antrag. Alles, was darin steht, ist richtig. Der Code of Conduct zu der Beschäftigung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern ist positiv; alles super. Nur verstehe ich nicht, warum wir das hier diskutieren und Sie es dem Senat erneut als Bericht aufgeben müssen. Es wäre für mich eine Selbstverständlichkeit, das regelmäßig zu evaluieren, und es wäre wirklich viel wichtiger – und da gebe ich Herrn Ovens recht –, die Hochschulen auszufinanzieren. Denn es nützt nichts, wenn wir uns etwas vornehmen, das dann evaluieren, es aber nicht umgesetzt werden kann, weil die Hochschulen eben nicht vernünftig ausfinanziert sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dora Hejenn [fraktionslos])

Genau deshalb möchte ich noch etwas über die reale Situation an den Hochschulen sagen. Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Vertragslaufzeiten, unsichere Berufsperspektiven und unberechenbare Karrierewege – das ist die Realität für die meisten Beschäftigten und insbesondere für die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler an den Universitäten, und so darf es einfach nicht weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind dabei mit mehreren wachsenden Anforderungen konfrontiert: steigende Studierendenzahlen, eine Reform der Studiengänge, die eigentlich nicht adäquat ist, die autonome Steuerung der Einrichtungen und die zunehmende Bedeutung der Drittmittelförderung, die wir ohnehin – in diesem Ausmaß und auch generell – nicht für den richtigen Weg für eine Ausfinanzierung halten. Unter diesen Rahmenbedingungen müssen dann die Beschäftigten sehr oft in prekären Formen mit Arbeitsverträgen, die eigentlich unhaltbar sind, arbeiten. Das ist kein Anreiz, in die Hochschulen zu gehen. Für diejenigen, die es wollen, oder diejenigen, die es dann doch tun, bedingt es, dass sie nicht vernünftig arbeiten können, dass sie Lehre und Forschung nicht vernünftig gestalten können.

Gleichzeitig ist es ein Riesenproblem, dass immer mehr Lehre durch nicht fest beschäftigte Kräfte getätigt wird. Dagegen müssen wir uns auch stellen, und da hilft die Evaluation gar nichts, sondern da hilft wirklich nur die Ausfinanzierung. Das werden wir hier auch immer wieder betonen. Darin sind sich alle Oppositionsparteien einig. Da können Sie sich von Rot-Grün auch auf den Kopf stellen, das ist ein Faktum; das ist so. Die Ausfinanzierung ist das zentrale Moment, wenn wir den Code of Conduct – den wir begrüßen – umsetzen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dora Hejenn [fraktionslos])

Es ist doch so, dass wir an den Hochschulen neben Stellen zur Qualifikation und Professuren und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können, benötigen. Die gibt es aber nicht in ausreichender Zahl. Denn nur so lassen sich die Daueraufgaben, die wir haben in Forschung und Lehre, umsetzen. Das ist wirklich ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Deshalb habe ich mit diesem Placebo begonnen. Ich finde es richtig. Wir evaluieren das. Es hilft uns aber nichts, wenn wir keinen Weg finden, wie wir da herauskommen.

Viele Hochschulen lassen unter großem finanziellen Druck einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre – ich habe es schon gesagt – von Lehrbeauftragten umsetzen. Das kann so nicht weitergehen. Mit der Ausbeutung von Dumping-Lehrkräften muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dora Hejenn [fraktionslos])

Sie sagen dann oft, wir sollten doch sagen, wie Sie das machen sollten. Die Debatte hatten wir im September schon; die Debatte haben wir immer wieder. Ich glaube, Herr Ovens hat in diesem Punkt nicht die gleiche Meinung, deshalb lacht er schon so. Ich kann es nur wiederholen – Sie wie-

(Martin Dolzer)

derholen ja auch gebetsmühlenartig in ähnlichen Debatten Ihre Argumente –: Vermögensteuer wäre eine Möglichkeit, oder endlich die unsägliche Schuldenbremse aufheben. Dann kommen wir zusammen und dann können wir auch den Code of Conduct, den wir durchaus begrüßen, umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächstes erhält nun das Wort Herr Dr. Wieland Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas länger in diesem Parlament und habe einen Grundsatz kennengelernt: Wenn ein Senator in Schwierigkeiten ist, dann ist es Aufgabe der Regierungsfractionen, ihm irgendwie zu helfen. Das scheint bei Timm und Tode und jetzt auch bei Frau Kammeyer so nicht der Fall zu sein, die machen es gerade umgekehrt. Frau Fegebank hat nun wirklich sehr große Probleme; man könnte auch sagen, sie versagt völlig. Bleiben wir bei den großen Problemen. Sie kennen die Stichworte: Sie hat Hamburg wissenschaftspolitisch völlig isoliert, Stichwort Exzellenzinitiative. Sie peitscht ein umstrittenes Kapazitätsgesetz durch die Bürgerschaft und bricht reihenweise grüne Wahlversprechen, Stichwort mangelnde Ausfinanzierung der Hochschulen, mangelnde Weiterleitung der BAföG-Millionen.

(*Birgit Stöver CDU:* Deswegen glänzt sie ja auch durch Abwesenheit!)

In einer solchen Situation sollte man annehmen, dass dann Timm und Tode und Kammeyer kommen, einen schönen Antrag stellen und irgendetwas machen, um der Senatorin zu helfen. Üblicherweise macht man es so, dass man dann positive Leistungen der betreffenden Senatorin erwähnt. Nun ist sicher bei Frau Fegebank dieser Punkt schwierig – außer den Ampelmännchen fällt uns nicht viel dazu ein –, aber man kann wenigstens schweigen. Was machen Sie stattdessen? Sie legen diesen Antrag vor, den man nicht einmal genau lesen muss um festzustellen, dass er nichts anderes ist als Kritik, die kaum verpackt wurde.

Die Regierungsfractionen fordern einen ausführlichen Bericht bezüglich des Code of Conduct. Das kann doch nur eines heißen: Sie sind bisher mit den Leistungen der Regierung unzufrieden. Wenn wir einen Antrag stellen, in dem wir einen Bericht über Leistungen fordern, sind wir irgendwie unzufrieden. Wenn Sie es machen, kann es nur das Gleiche heißen. Jetzt kommt es aber: Vor nicht einmal drei Monaten hat Frau Fegebank mit der Drucksache 21/3629 einen solchen Bericht über mehrere Seiten bereits vorgelegt. Wenn Sie nur drei Monate später einen neuen Bericht fordern, kann das nur heißen, dass Sie mit dem Bericht der

Senatorin völlig unzufrieden waren – übrigens genauso wie wir, aber Sie sind die Regierungsfractionen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Und dann lese ich im Einführungstext – wörtliches Zitat –:

"[Es] muss gewährleistet sein, dass die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Hochschulen sich stetig im Tagesgeschäft wiederfinden."

– Zitatende.

Wenn Sie so etwas fordern, kann das doch nur heißen, dass Sie glauben, dass das bisher nicht der Fall ist, und Sie vor allem auch glauben, dass die zuständige Senatorin nicht darauf geachtet hat, dass es umgesetzt wird. Ein wunderbares Beispiel von Oppositionsarbeit. Frau Timm, Herr Tode und Frau Kammeyer, herzlich willkommen in der Opposition. Das haben Sie gut gemacht. Wir hätten es nicht besser machen können.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD* und *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Sie kennen mich: Einen ganz kleinen, minimalen Kritikpunkt an dem Antrag habe ich dann doch anzubieten, und zwar die lange Frist. Sie geben dem Senat über ein halbes Jahr Zeit, diesen Bericht vorzulegen. Es wurde schon ausreichend beschrieben, wie schlecht die Situation der prekären Arbeitsverhältnisse ist, und da bin ich in der Tat der Meinung, Sie müssten mehr zeitlichen Druck machen. Wir finden diese Frist viel zu lang. Um das schneller zu machen, um das Ergebnis schneller zu bekommen, habe ich mir erlaubt, eine Schriftliche Kleine Anfrage mit genau Ihren Fragen zu stellen. Wie Sie wissen, ist die Antwortfrist dann acht Tage und nicht sechs Monate. Mit anderen Worten: Wir als bessere Opposition machen ein bisschen schneller als Sie. In acht Tagen können wir die Antwort auf Ihren Antrag liefern.

(*Dr. Sven Tode SPD:* Das schreiben Sie ab!)

Vielen Dank. Willkommen in der Opposition.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag geht in die richtige Richtung, das will ich – wieder einmal der letzte Redner, wie üblich – gleich am Anfang sagen. Die Frage des wissenschaftlichen Nachwuchses ist in der Tat eine immanent wichtige Frage für Universitäten, in Hamburg und anderswo.

(Dr. Jörn Kruse)

Generell gilt, dass schon die normale Beschäftigung miserabel bezahlt ist, wenn man berücksichtigt, dass man die jeweils Besten eines Jahrgangs braucht und diese dann im Regelfall mit halben Stellen abspeist, während sie woanders normalerweise sehr viel mehr verdienen könnten. Warum machen sie das trotzdem? Sind sie so dumm? Nein, Sie machen das, weil sie einen Titel wollen. Man könnte auch sagen: Der Staat verkauft gewissermaßen seine Titel, indem er die Leute, die diesen Titel erwerben wollen, miserabel schlecht bezahlt.

Über das hinaus, was normal ist, nämlich eine halbe Stelle für jemanden, der promovieren will, gibt es zweifellos prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Universitäten. Das ist heute verschiedentlich gesagt worden, und das zu leugnen, wäre absurd; die gibt es in der Tat. Aber es ist häufig nicht so einfach zu identifizieren, wie manche meiner Vorredner es suggeriert haben. Denn ob es prekär ist, hängt sehr von der Situation des Betroffenen ab, davon, in welcher Lage er ist. Das kann man noch nicht einmal daraus ableiten, wie lange seine Vertragslaufzeit ist. Ob es für ihn prekär ist, hängt von seinen anderen Einkommensmöglichkeiten, Perspektiven, Stipendien und so weiter ab, die man dafür berücksichtigen müsste.

Ich hatte gesagt, der Antrag geht in die richtige Richtung, er ist grundsätzlich okay. Ich könnte auch sagen: Es ist so gut wie alles gut gemeint – und das ist schon einmal ein Lob für diese Veranstaltung. Aber grundsätzlich ist es immer so bei diesem Thema, dass gut gemeint nicht immer auch gut ist. Das ist grundsätzlich so in diesem Zusammenhang und soll kein Vorwurf sein an die Regierungsfractionen, weil jede Regelung in diesem Fall eine bürokratische Regelung ist und eine solche immer in Gefahr ist, dem dynamischen Charakter von Forschung und Lehre nicht gerecht werden zu können. Hier läuft es nämlich in der Regel anders, als man es in einem normalen Arbeitsverhältnis, als Maler zum Beispiel, machen kann. Das sind häufig sehr unkalkulierbare Situationen, und denen muss man auch gerecht werden können. Der wissenschaftliche Nachwuchs ist nämlich immer beides, Forscher und Lehrer. Allerdings – und das ist ein wichtiger Punkt – ist das je nach Fach extrem unterschiedlich, und das bildet dieser Gesetzentwurf oder der Code of Conduct nicht ab. Wahrscheinlich kann er das auch gar nicht, auch das will ich nicht als Vorwurf konstruieren. Aber wir müssen uns immer der Tatsache bewusst sein, dass sehr viel Flexibilität darin sein muss, den Einzelfall auch einzeln zu begutachten, egal ob es dem Code of Conduct jetzt widerspricht oder nicht.

Ich will fünf Einzelpunkte nennen und bin damit, glaube ich, bisher der Einzige, der überhaupt etwas zu den Teilpunkten sagt.

Erster Punkt: halbe Stellen mit einem Drittel Forschungsfreiraum. Ich will einmal davon absehen, dass man das in der Regeln nicht kontrollieren kann – das ist kein Argument gegen die Formulierung –, weil das eine Sache im konkreten Arbeitsverhältnis ist. Der Doktorand, der nicht ein Drittel Freiraum hat, wird das niemals feststellen und niemals einklagen können. Trotzdem ist das eine im Prinzip sinnvolle Regelung. Aber was ist denn zum Beispiel, wenn kein Geld da ist für eine halbe Stelle, sondern nur für eine Viertelstelle? Lassen wir das dann frei, weil im Code of Conduct steht, es müsse mindestens eine halbe Stelle sein? Nein, ganz sicher nicht. Das wäre absurd. Das heißt also: Es muss Möglichkeiten geben, im Einzelfall von dem Erfordernis der halben Stelle abzuweichen. Das ist für viele Leute ein sehr wichtiger Punkt, um Zeiten zu überbrücken. Ich kenne eine Menge Fälle, wo das die Leute gewissermaßen vor dem Absturz ihrer wissenschaftlichen Karriere gerettet hat, auch wenn Sie vielleicht sagen, eine Viertelstelle über eine bestimmte Zeit sei unakzeptabel.

Zweiter Punkt, die Mindestlaufzeiten: zwei Jahre vor der Promotion, zwei Jahre nach der Promotion für die Habilitation. Ich würde immer sagen: Das ist gut, prima – als Normalfall, insbesondere für Anfänger. Später kann es völlig anders sein. Später kann es sein, dass nur noch eine Restlaufzeit gebraucht wird, bis die Habilitation fertig ist oder ein Projekt zu Ende geht. Dann müssen auch kürzere Laufzeiten möglich sein, dann kann man nicht sagen: Im Code of Conduct steht, es müssen immer zwei Jahre sein, deshalb machen wir keinen Vertrag über ein Jahr. Das ist unmöglich. Damit würde man viele Wissenschaftler ganz furchtbar schädigen – und auch die Universitäten –, wenn man eine solche Regel durchsetzen würde.

Dritter Punkt: Drittmittelbefristung nach der Dauer der Laufzeit. Das war bei meinen Vorrednern ein Punkt, den sie mit stolzgeschwellter Brust formuliert haben. Nein, das ist nicht immer sinnvoll. Bei langlebigen Projekten, also zum Beispiel bei achtjährigen oder fünfjährigen Projekten, macht es keinen Sinn, einen Doktoranden mit mehr als zwei oder drei Jahren zu beschäftigen. Das wäre einfach nicht anreizkompatibel. Für einen Doktoranden ist wichtig, dass es eine bestimmte Zeitphase gibt, in der er zeigen muss, dass er hinreichend geeignet ist, und es muss dann Überprüfungen geben. Das ist das, was bei der Habilitation auch vorgesehen ist nach dem, was im Code of Conduct steht. Das ist übrigens kalter Kaffee, das war schon zu meiner Zeit so, als ich habilitiert habe. Aber egal, das macht es ja nicht schlechter. Auch da ist es also nicht sinnvoll, generell zu sagen, das muss der Projektlaufzeit entsprechen. Das würde ich allenfalls akzeptieren bei kurzen Projektlaufzeiten, muss allerdings zugeben, dass die meisten Projekte relativ kurz sind, weil die Geldgeber in der

(Dr. Jörn Kruse)

Regel schnell Ergebnisse sehen wollen. Aber es kann auch anders sein.

Vierter Punkt: Lehraufträge. Das ist ein dramatisches Thema. Lehraufträge sind in der Regel pure Ausbeutung, das sage ich in aller Deutlichkeit. Es ist pure Ausbeutung der Leute, die das machen. Das ist miserabel bezahlt. Häufig wird die Prüfung gar nicht bezahlt, und da wir jetzt Bachelor und Master haben – was ich übrigens für eine katastrophal schlechte Entwicklung für die Wissenschaft halte –,

(Beifall bei *Richard Seelmaecker CDU*)

wird es noch schlimmer, weil wir dann nämlich so gut wie immer Prüfungsleistungen haben, die quasi unbezahlt erbracht werden müssen. Ich finde, Universitäten sollten sich schämen, wenn sie viele Lehraufträge vergeben, denn Lehraufträge sind schlecht von der Lehrqualität – im Normalfall, wenn es Normallehre ist – und sollten sich auf den Ersatz von kurzfristig Erkrankten oder die Fälle beschränken, wo zum Beispiel ein juristisches Spezialgebiet nur von einem entsprechend spezialisierten Anwalt unterrichtet werden kann. Das wäre vielleicht eine Einzelsituation, in der das möglich ist. Aber im Regelfall sollte das nicht der Fall sein. Das ist es aber häufig, insbesondere bei privaten Universitäten. Ich habe es Ihnen hier schon einmal gesagt: Es ist ein Grund für die meistens sehr schlechte Lehrqualität an privaten Universitäten, dass sie überwiegend mit Lehraufträgen arbeiten, weil die billig sind. Der Staat sollte dem auf keinen Fall folgen.

Ich will einmal ein Beispiel nennen, das ich schon häufig erlebt habe. Es gibt Leute, die habilitiert sind, aber noch keinen Ruf haben. In bestimmten Fächern dauert es manchmal ziemlich lange, bis Sie einen Ruf bekommen, und das hat nichts mit der Qualifikation zu tun. In manchen Fächern bekommt man sofort einen Ruf – ich will sie nicht aufzählen, einige von Ihnen wissen es –, und in anderen Fächern braucht man sehr lange, ehe man, obwohl man gut ist und habilitiert ist, eine Stelle als Professor hat. Diese Leute sind häufig gezwungen, sich mit Lehraufträgen über Wasser zu halten. Ich kenne Fälle, wo Leute für eine Stunde Vorlesung aus Freiburg nach Hamburg angereist sind, für diesen mickrigen Betrag eines Lehrauftrags. Da würde ich sagen, es ist eine moralische Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die ordentlich bezahlt werden.

Letzter Punkt: Daueraufgaben gleich Dauerbeschäftigung. Das scheint hier auch Konsens zu sein. Mein Konsens ist es nicht. Angenommen, Sie würden alles das, was man als Daueraufgabe definieren könnte, auch dauerbeschäftigen, dann laufen alle Stellen voll. Dann haben Sie nachher 60-jährige Leute, die irgendetwas machen, und diese Stellen fehlen den Leuten, die sich qualifizieren sollen in der Wissenschaft. Viel besser wäre es,

die Leute machen diese Aufgabe zwei, drei oder vier Jahre, scheiden aus und machen etwas anderes und der Nächste kommt herein.

(Zuruf von *Dr. Sven Tode SPD*)

Das ist der entscheidende Punkt. Wir brauchen ganz viele Stellenwechsel. Das ist in der Wissenschaft das Normale. Es gibt nur einen einzigen Grund, den ich akzeptieren würde, warum wir Dauerstellen auch mit Dauerbeschäftigung machen sollten, nämlich dann, wenn ein großer Lerneffekt da sein muss. Bestimmte Maschinen sind so speziell, dass man zwei Jahre braucht, ehe man das kann. Das würde ich akzeptieren. Aber im Normalfall sollte man an Universitäten eben gerade keine Dauerbeschäftigung haben, jedenfalls nicht in der Phase, bevor man eine richtige bestellte Professur hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN aus Drucksache 21/4680 folgen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahlen bekannt.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 92 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren drei Stimmzettel ungültig, somit sind 89 Stimmen gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 33 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen, zehn Enthaltungen. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden und wir werden diese Wahl in unserer nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 90 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren vier Stimmzettel ungültig, somit sind 86 Stimmen gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt 31 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen. Damit ist Herr Walczak nicht gewählt worden. Auch diese Wahl werden wir in unserer nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Ich rufe jetzt Punkt 46 der Tagesordnung auf, Drucksache 21/4679, Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN: Ganztagsangebote in Hamburg.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:****Ganztagsangebote in Hamburg****– Drs 21/4679 –]****[Antrag der CDU-Fraktion:****Guter Ganzttag an Hamburgs GBS – Externe Evaluation erforderlich****– Drs 21/4846 –]****[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:****Maßnahmen zur Verbesserung des Ganztages an Hamburgs Schulen – Konsens mit den Initiatoren der Volksinitiative "Guter Ganzttag"!****– Drs 21/4866 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 21/4846 ein Antrag der CDU-Fraktion sowie als Drucksache 21/4866 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN vor.

Die CDU-Fraktion möchte alle drei Drucksachen an den Schulausschuss überweisen, die AfD-Fraktion nur die Drucksache 21/4679.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Duden von der SPD-Fraktion wünscht das Wort und erhält sie erhält es.

Barbara Duden SPD:* Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! 4. Januar 2016 bis 14. Juni 2016 – eine Strecke, die dokumentiert, wie lang der Weg war, den wir und die Initiative Guter Ganzttag gemeinsam gegangen sind; 55 Stunden Verhandlungen und unzählige Tassen Kaffee und Brötchen. Wir haben in diesen Verhandlungen aber auch festgestellt, dass wir gar nicht so weit auseinanderliegen. Als Ergebnis steht seit gestern fest: Wir setzen ein großes Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung von Ganztagschulen um. Der Kompromiss beinhaltet zusätzliche 25 Millionen Euro in einem Sonderfonds Guter Ganzttag, gedacht für Schulkantinen und bauliche Verbesserungen im Ganztagsbereich, der nach dem Verbrauch dieser 25 Millionen Euro mit immerhin 1,3 Millionen Euro jährlich fortgeführt wird. Damit können in Schulen Aufenthaltssituationen ausgebaut und verbessert werden, die jede Schule individuell für sich entscheidet. Zusätzlich werden bis 2020 die Personalmittel von 17 Millionen Euro erhöht. Das ist immerhin eine schrittweise Erhöhung um 17,5 Prozent; das sind 350 Erzieherstellen mehr.

Wir haben in den Verhandlungen auch festgestellt, dass es uns darum gehen muss, die Arbeitsplätze der Erzieherinnen und Erzieher im Ganztagsbereich attraktiver zu machen. Wir haben aber gemerkt, wie unendlich kompliziert das ist und dass man nicht einfach sagen kann, die dürfen auch vormittags arbeiten; es gibt dann andere Arbeitge-

ber und vieles andere. Ich habe als Nichtjuristin festgestellt, dass dies eine sehr einfache Forderung ist, wenn wir sagen, die Arbeitsplätze müssen attraktiver werden und so, dass man davon leben kann, aber wir werden diesen Weg, das Ziel zu erreichen, weiterhin beschreiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Alles das, was wir in diesem Maßnahmenpaket zusammengepackt haben, dient nicht nur dem besseren Angebot in den Klassen 1 bis 4, sondern auch in den Klassen 5 und 6 der Stadtteilschulen.

Es wird ein Qualitätsmanagement an Schulen geben, das dazu dient, die Verbesserung des Ganztagsangebots zu verstetigen. Es ist deutlich geworden, in den Verhandlungen, aber auch in der Entwicklung, die wir in der Diskussion genommen haben, dass Ganzttag sich nicht teilt in den Unterricht morgens, dem Angebot am Nachmittag und die Zeit dazwischen. Ganzttag ist eine Verzahnung von Angeboten am Vormittag, von Angeboten am Nachmittag und ist selbstverständlich auch die Mittagspause, die dazu dient, dass man ein anständiges, unter guten Bedingungen zubereitetes Essen zu sich nimmt und dann den Anforderungen des Nachmittags gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden einen Ganztagsausschuss einrichten, der auch Eltern und die Kooperationspartner des Ganztags und des Nachmittags beteiligt. Dieser entscheidet über Baumaßnahmen, über Raumkonzepte, aber auch über Ernährungskonzepte.

Das sind die Kernpunkte der Einigung. Sie machen sehr eindrücklich deutlich, inwieweit wir alle als Verhandlungspartner uns aufeinander zubewegt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine persönliche Bemerkung dazu: Ich habe das nicht immer geglaubt und bin deshalb umso glücklicher, dass wir das gemeinsam hinbekommen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hamburgs Eltern haben seit der Einführung des Ganztags 2012 sozusagen mit den Füßen abgestimmt und zu 80 Prozent den Ganzttag für ihre Kinder gewählt. Das spricht eine deutliche Sprache. Der Ganzttag ist wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und – das ist für mich persönlich der wichtigste Punkt – er ist wichtig für die Chancengleichheit von Schülerinnen und Schülern in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Einigung mit der Initiative festigt das und verstärkt die Qualitäten. Das macht die Verbesserung im Ganzttag schneller, macht ihn noch attraktiver.

(Barbara Duden)

Ich denke, das ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist aber auch die konsequente Weiterführung unserer Politik, von der Beitragsfreiheit von Krippe und Kita und Ganztagsangebot. All das sind wichtige Bildungsangebote für Hamburgs Schülerinnen und Schüler und wird dazu beitragen, dass man erkennt, dass Bildungspolitik einer unserer großen Bausteine ist.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein*
FDP: Baustelle ist gut!)

– Bausteine ist gut.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein*
FDP: Baustelle!)

– Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe schon darauf gewartet, dass jemand aus den Reihen des Hauses mich absichtlich missversteht. Herzlichen Glückwunsch dazu.

Nun noch ein paar Worte zur Opposition. Es ist eine seltene Einigkeit der CDU-Fraktion und der Links-Fraktion in den Presseerklärungen zu erkennen gewesen, die beide eigentlich nur der Initiative große Glückwünsche übermitteln. Das kann man natürlich verstehen; Sie haben vielleicht gehofft, dass wir uns nicht einig werden, und jetzt fehlt ein bisschen die Munition.

Die CDU hat angekündigt, sie wolle der Regierung in dieser Frage auf die Finger schauen, um zu sehen, ob all das auch wirklich durchgesetzt wird. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist in unseren Augen überhaupt keine Drohung, sondern das ist die Kernaufgabe der Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser besonderer Dank, das kann ich für die SPD-Fraktion sagen, geht auch an Herrn Weinberg. Was er gestern Abend auf Hamburg 1 sehr richtig gesagt und sehr klar formuliert hat, dient uns allen und macht deutlich, dass es auch in den Reihen der CDU Akzeptanz dafür gibt. Danke schön.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Und Dank natürlich auch an die Initiative. Mit dem Kompromiss ist viel erreicht worden. Nun geht es an die große Aufgabe an Hamburgs Schulen, mit den Lehrerinnen und Lehrern. Wann bemerkt man in einer Schuldebatte schon einmal erst zu so einem späten Zeitpunkt das Wort Lehrerin oder Lehrer? Das zeigt natürlich auch, für wen dieser Kompromiss gemacht worden ist. Also auch die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, die Schüler und das pädagogische Personal, sie alle müssen die Aufgaben anpacken, damit wir alle sagen können: Wir machen Gutes noch besser. – Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält Richard Seelmaecker von der CDU-Fraktion das Wort.

Richard Seelmaecker CDU:* Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal: Herzlichen Glückwunsch an die Initiative, an die 15 000 Eltern, die sich eingesetzt haben zur Verbesserung des Ganztags. Ein wirklich gutes Ergebnis,

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Dann kannst du uns auch gratulieren!)

ein sehr guter Kompromiss. Ich will auch gern allen Beteiligten gratulieren, dass dieses Ergebnis zustande gekommen ist. Allerdings kommt noch eine Einschränkung. Die will ich gleich zum Besten geben,

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Wir wollten gerade klatschen!)

aber vorher die Dinge hervorheben, die das Wesentliche sind, nämlich das Ergebnis: 40 Millionen Euro mehr in diesem Bereich, eine bessere Ausstattung, bessere Räumlichkeiten, eine bessere Verpflegung, eine bessere Kooperation. Das ist ein sehr guter Anfang.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Nun kurz zu unserem Zusatzantrag. Im Oktober 2014 hat uns der Senat auf die Große Anfrage 20/13192 mitgeteilt, dass die meisten GBS-Standorte erst zum Schuljahr 2013/2014 gestartet seien, im Verlauf des ersten Umsetzungsjahres von GBS noch Änderungen an ihrer Nachmittagskonzeption vorgenommen hätten und mit den Verbänden der freien Jugendhilfe in der Vertragskommission zum Landesrahmenvertrag GBS abgestimmt worden sei, dass eine externe Evaluation erst nachfolgend vorbereitet werden solle. Mittlerweile steht das Schuljahr 2016/2017 vor der Tür. Die Änderungen an der Nachmittagskonzeption sollten stehen. Und deswegen meinen wir, dass eine wissenschaftliche Evaluation, gerade auch vor dem Hintergrund des jetzt geschlossenen Kompromisses, unbedingt angezeigt ist, es steht ihr nichts mehr im Wege – für unsere Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt komme ich zu meinem dritten Punkt. Der dritte Punkt ist das mit dem Abfeiern. Sie haben das politisch wirklich sehr geschickt gemacht, da kann ich nur höchste Anerkennung zollen. Als ich den ersten Antrag sah, dachte ich: Was soll das denn? Und dann wurde das Thema kurzfristig komplett abgeräumt – politisch abgeräumt, wohlgeachtet. Es wurde in der Außenwirkung abgeräumt und sozusagen durch diesen großen Zusatzantrag ersetzt. Das ist geschickt gemacht. Aber alle Mitglieder dieses Hauses sollten sich doch eines ehr-

(Richard Seelmaecker)

lich fragen – in erster Linie natürlich die Regierungsfraktionen, weil sie nun einmal die Verantwortung an erster Stelle derzeit tragen.

(Dirk Kienscherf SPD: Gott sei Dank!)

Wenn Sie, Herr Dressel, gestern in der Pressekonferenz sagten, Sie hätten selbst Kinder, die am Ganzttag teilnahmen, und Sie stellten fest, dass bei der Qualität noch Luft nach oben sei, dann frage ich mich: Warum muss es immer so weit kommen, dass wir Volksinitiativen und Bürgerinitiativen an allen Ecken und Enden haben? Wenn wir die Probleme sehen, dann müssen wir sie doch von uns aus angehen und nicht immer darauf warten, zu etwas getrieben zu werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Deswegen können wir auch nicht so tun, als sei das jetzt der tolle Kompromiss, den wir uns ausgedacht haben, sondern wir müssen ehrlich sagen: Es gab eine Initiative aus dem Volk heraus, die gesagt hat, so könne es nicht bleiben. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Damit einhergehend mein Appell in der zweiten Linie. Das haben Sie jetzt politisch abgeräumt mit dem Guten Ganzttag. Ich habe heute gelesen, dass es auch einen Bürgervertrag in Neugraben-Fischbek gibt.

(Barbara Duden SPD: Aber nicht zum Thema Ganzttag!)

– Nein. Aber wieder in eine ähnliche Richtung gehend. Wieder wird etwas mit großem Kraftaufwand kurzfristig politisch kassiert und man sagt, das scheine ein gutes Ergebnis zu sein.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das sagen die Bürgerinnen und Bürger auch!)

Aber das passiert auch immer nur da, wo letztlich großer Druck herrscht und viel Masse dahinter ist, und wo das nicht der Fall ist, wird anders verfahren. Das müssen Sie unbedingt ändern. Bei den Bürgerinitiativen in den Bezirken sind Sie nicht so freundlich. Da ist das Problembewusstsein offenbar nicht so groß, da ist der Druck nicht so groß, da wird kassiert. Da sagt der Senat: Wir brauchen gar nicht groß verhandeln mit den Bürgern – das sind nämlich so wenige –, wir machen eine Weisung. Und dann macht er das mit dem Schwimmbad Ohlsdorf und mit Langenhorn 73 und mit dem Pergolenviertel. Das sind drei Stück – und die sind auch noch alle in Hamburg-Nord, die sind alle bei mir im Wahlkreis. Stellen Sie sich das einmal vor.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn ich mich dafür nicht verwenden würde, dann würde ich hier aber völlig verfehlt stehen. Und das gilt selbstverständlich für jeden Bezirk, ich greife nur einmal diese drei bei mir heraus, das reicht doch schon.

Wir haben diesen umfassenden Antrag in Ultrakürze bekommen und ihn so weit bewertet, wie es eben möglich war. Dem Grundsatz nach – ich habe es schon gesagt – ist ihm absolut zuzustimmen. Das ist gut so. Wir haben allerdings ein paar Details, über die wir noch reden müssen. Insofern ist das, was Frau Duden angesprochen hat, völlig richtig: Unsere originäre Oppositionsarbeit ist letztlich, Ihnen auf die Finger zu schauen. Das ist nicht böse gemeint, sondern das ist unsere verfassungsrechtliche Aufgabe. Und dazu gehört es, dass wir die Dinge, die beschlossen wurden und auf die sich die Initiatoren und die Eltern verlassen, ehrlich zu Ende bringen.

Ich habe mich ein wenig gewundert – aber das kann natürlich dem Eifer des Gefechts geschuldet sein –, dass zum Beispiel ausdrücklich hervorgehoben wurde, dies komme auch den Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf zugute. Das ist unbestritten und das ist auch richtig. Aber wenn man diese Kinder nun als kleine Teilmenge gesondert hervorgehoben sieht, dann fragt man sich als geneigter Jurist natürlich: Warum werden die hier noch einmal gesondert erwähnt? Ein Schelm, wer Böses denkt. Bitte nicht irgendwelche Mittel umwidmen deswegen, die jetzt aus einem anderen Topf genommen werden und nicht zusätzlich zu den 25 Millionen Euro beziehungsweise letztlich tatsächlich 40 Millionen Euro bewilligt werden. Bitte da keine Umwidmung. Dann sind wir auf einem guten Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Seelmaecker. – Als Nächstes erhält das Wort Dr. Stefanie von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat habe auch ich seit Montag ein leichtes Dauergrinsen im Gesicht. Ich muss wirklich sagen, ich bin sehr froh und sehr erleichtert über die Einigung, die wir erzielen konnten. Es ist ein Sieg für die Initiative. Ich finde, man muss auch gönnen können; herzlichen Glückwunsch von dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU, den LINKEN und der FDP)

Aber ich finde, es ist auch ein Sieg für das Parlament. Und es ist vor allen Dingen ein Sieg für Hamburgs Kinder, und darüber bin ich wirklich froh.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir konnten uns – und deswegen grinse ich ganz besonders als grüne Schulpolitikerin – auf Dinge einigen, die wir GRÜNEN schon lange im Programm haben. Allem voran ist es das frische, gesunde Essen in unseren Schulen, es ist die demo-

(Dr. Stefanie von Berg)

kratische Schule, für die wir uns immer eingesetzt haben, es ist eine bessere Flächennutzung der Schulen, und nicht zuletzt ist es auch eine finanzielle Angleichung der rhythmisierten gebundenen Ganztagschulen an die sogenannten GBS-Schulen. Wir als Verhandlungsteam haben immer gesagt: Für uns ist die Ganztagschule vor allen Dingen ein Bildungsort, sie soll dazu dienen, Bildungsgerechtigkeit zu erlangen, und nicht so sehr primär ein Betreuungsangebot für Kinder schaffen. Deswegen ist Schule ein Lebens- und vor allen Dingen Bildungsort, der den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden muss. Wir sind hier alle gemeinsam, das Verhandlungsteam ebenso wie die Initiative, einen großen Schritt vorangekommen, und das ist sehr schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Für uns war dabei handlungsleitend, dass wir gesagt haben: Wir wollen Geld nicht einfach mit der Gießkanne ausgeben, sondern wir wollen genau hinschauen. Wir nehmen bis 2014 – als Vergleichsmarke zu Olympia – viel Geld in die Hand. Wir wollen aber klare Vergaberichtlinien und wir wollen Geld in weiten Teilen erst ausgeben, wenn Konzepte der Schulen vorgelegt werden. Das ist kluge Bildungsfinanzierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Außerdem ist uns wichtig, dass wir Qualität messbar machen. Wir werden Qualitätskriterien für den Guten Ganztags haben – was wir bislang nicht haben – und Qualitätsmanagement an den Schulen verpflichtend einführen. Damit hat sich im Übrigen auch der CDU-Antrag erledigt. Wir werden messen können, dass der Ganztags besser geworden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden auch das Essen besser machen. Die Schulen werden Unterstützung erhalten für den Bau und die Planung von Schulküchen und für die Kantinen. Es wird einen Qualitätszirkel Schulverpflegung geben und wir werden einen Leitfaden Schulverpflegung erstellen. Das Essen wird frischer, gesünder, und die Kinder werden es uns mit Sicherheit danken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ferner haben wir es geschafft, dass die gebundenen Ganztagschulen im Bereich der Kooperationspauschale den GBS-Schulen gleichgestellt werden und sich auch der Personalschlüssel gleichmäßig erhöht, sodass wir hier eine Anpassung vorgenommen haben. Das ist eine wirklich gute Nachricht für die 75 GTS-Schulen, die lange darauf gewartet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz wichtig ist auch die demokratische Schule. Wir haben gemeinsam dafür gesorgt, dass die Be-

teiligung breit aufgestellt ist; das wird durch eine Schulgesetzänderung wahr werden, wenn der Antrag heute Zustimmung findet. Es wird ein Ganztagsausschuss gebildet. Es werden gemeinsam Raumkonzepte erstellt, es werden Ernährungskonzepte erstellt. Wir haben gesagt: Wir wollen, dass alle Beteiligten gehört und mitgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nicht zuletzt haben wir auch an die Stadtteilschulen gedacht. Und hier muss ich noch einmal den Dank an die Initiative geben, die klar gesagt hat: Wir wollen, dass auch diese etwas vom Kuchen abbekommen. Die Stadtteilschulen werden in den fünften und sechsten Klassen ab 2019/2020 tatsächlich einen besseren Stellenschlüssel erhalten. Das ist auch eine gute Nachricht für die Stadtteilschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Grundprinzip bei alledem war die selbstverantwortete Schule. Das heißt, die Entscheidungen werden dort getroffen, wo sie ihre Auswirkungen haben. Alle Maßnahmen, die ich beschrieben habe, sind flankierende Maßnahmen für die Entscheidungen in den Schulen. Ich muss hier einmal in Richtung FDP sagen: Diese Pressemitteilung gestern hat mir gezeigt, dass Sie die selbstverantwortete Schule nicht verstanden haben. Das ist traurig, denn die selbstverantwortete Schule ist ein großer Erfolg. Die Schulen werden die Entscheidungen selbst treffen können. Dass Sie sagen, wir würden die Verantwortung weiterschieben, ist politisch eigentlich ein Armutszeugnis, das muss ich einfach in dieser Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren! Diese 13 Seiten, die Sie vorliegen haben, sind ein dickes Paket, die Maßnahmen sind alle miteinander verzahnt. Ich bin mir sicher, in fünf Jahren wird die Schullandschaft im Ganztagsbereich eine völlig andere sein, und ich freue mich darauf, in fünf Jahren wieder einmal darüber sprechen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Sabine Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2004 stand ich hier vorn und habe meine erste Rede in diesem Parlament gehalten, damals noch als Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das waren noch Zeiten, Sabine! – Dirk Kienscherf SPD: Nicht alles hat sich positiv entwickelt!)

(Sabine Boeddinghaus)

Diese Rede hatte den Titel "Qualität vor Quantität in der Ganztagschulentwicklung". Ich finde das heute noch richtig. Leider hat sich die SPD in Regierungszeiten davon verabschiedet, wollte davon nichts mehr wissen, und auch zahlreiche Anträge der Opposition – übrigens mit demselben Inhalt, wie ihn Bärbel Duden und Stefanie von Berg richtig skizziert haben, dass Schule sich weiterentwickeln muss – und die Koalitionsverhandlungen der GRÜNEN konnten daran nichts ändern. Von daher ist mein Respekt vor der Volksinitiative, die sich angesichts dieser Arroganz gegründet hat, wirklich sehr, sehr groß.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Ist es schwer zu ertragen, dass ich das sage? Dass sich angesichts dieser Arroganz von SPD und GRÜNEN, die immer nur gesagt haben, im Ganztags stimme alles, sie machten alles richtig, sie hätten alles im Griff, es gebe keine Probleme, Eltern und Erzieherinnen und Erzieher zusammengefunden und all ihren Mut, all ihre Kompetenzen und all ihre Freizeit – was man einmal ehrlicher Weise sagen muss – zusammengenommen und den Schritt gewagt haben, eine Volksinitiative zu gründen? Ich finde, dem gebührt wirklich großer Dank und großer Respekt.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der FDP und bei *Franziska Grunwaldt CDU*)

Ich weiß, dass es eine große Verantwortung ist, wenn man eine solche Volksinitiative gründet, weil man natürlich Hoffnung in der Stadt weckt. Und gerade weil es so viele Probleme an den Standorten gab, war die Hoffnung natürlich entsprechend groß, dass diese Volksinitiative glückt und es zu einem Ergebnis kommt, wie wir es in Teilen jetzt erleben. Ich glaube, dass die Volksinitiative diese Hoffnungen nicht enttäuscht hat. Ich finde, dass die Ergebnisse ein wichtiger und richtiger Schritt sind, und ich glaube, wenn wir das jetzt gemeinsam – und dabei hat die Opposition natürlich auch ihre Aufgabe – auf den Weg bringen, dann ist das wirklich ein tolles Ergebnis für Hamburgs Schulen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Uwe Giffel SPD*)

Ich finde es eine tolle Leistung der Volksinitiative, dass sie es überhaupt geschafft hat, den Aspekt der Qualität auf die Tagesordnung zu setzen, den Blick darauf zu wenden, dass man auch feststellen muss, dass Schule nicht einfach plötzlich zu einem Ganztagschulbetrieb werden kann, ohne dass man überdenkt, wie Schule sich weiterentwickeln muss. Der Senat hat die Schule im Grunde bis 13 Uhr mittags so gelassen und einfach die Nachmittagsbetreuung ziemlich rüde und mit wenig Ressourcen angeklatscht und sogar bei der Einführung noch die offene Kinder- und Jugendarbeit um 3,5 Millionen Euro gekürzt, weil er davon aus-

gegangen ist, die bräuchte man nicht mehr. Das waren alles schwere Fehler, und das alles zusammen hat dazu geführt, dass es diese Bewegung der Volksinitiative gegeben hat.

Ich finde, dass wir jetzt feststellen müssen, dass die hohe Akzeptanz der Eltern für die Ganztagschule Respekt bekommt durch den Senat. Die 80 Prozent zeigen ja nicht, dass das eine tolle Qualität war, sondern dass erst einmal die Bedürfnisse da sind, dass Kinder ganztägig untergebracht werden.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Deswegen erst Ausbau, dann Qualität!)

Deswegen erst recht die Herausforderung, jetzt auch die Qualität gut zu machen. Von daher sollte sich Rot-Grün ein bisschen bescheiden und zugeben, dass sie durch den wahnsinnigen Druck, der entstanden ist, natürlich reagieren mussten.

(*Juliane Timmermann SPD*: Nie verstanden das Ganze! Furchtbar!)

Dass Sie reagiert haben und dass Sie jetzt zusammen mit der Volksinitiative zu einem guten Ergebnis gekommen sind, dafür gebührt Ihnen auch Respekt, aber Sie mussten erst einmal auf die richtige Fährte gesetzt werden. Das habe ich von Ihnen noch nicht gehört.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Franziska Grunwaldt CDU*)

Ich möchte noch eine Bemerkung machen. Es ist schon erheblich, was Sie im Zeitablauf vom 5. Januar bis zum 13. Juni an Lernzuwachs hatten. Respekt auch dafür. Bei der öffentlichen Anhörung im Schulausschuss hatte ich überhaupt nicht den Eindruck, dass auf Ihrer Seite ein Einsehen vorhanden war, dass die Volksinitiative Anlass hat zu sagen, das müsse besser werden. Da gab es immer nur Einwände: Das ist alles zu teuer. Wie stellen Sie sich das vor? Haben Sie sich das alles überhaupt gut überlegt? Die Kassen sind leer. Und so weiter und so weiter. Es gab dann wirklich eine Lernkurve. Ich fand es sehr erfreulich von Bärbel Duden, wie sie auf der Pressekonferenz sagte, dass auch sie viel gelernt habe. Die Volksinitiative wirkt offensichtlich, weil sie dem Senat ehrenamtlich auch Nachhilfe gegeben hat. Das ist ebenfalls ein gutes Ergebnis.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Franziska Grunwaldt CDU*)

In der Bewertung der Ergebnisse bin ich ganz bei Rot-Grün. Ich finde, es ist wirklich ein Riesenschritt gemacht worden. Ich finde, es ist sehr, sehr wichtig, dass das Personal aufgestockt wird. Es ist unerlässlich, dass die Raumfrage überarbeitet wird. Ich möchte dazu in Klammern sagen, dass das Musterflächenprogramm überarbeitet werden muss. Eine Anfrage von uns hat gerade gezeigt, dass eine wirklich hohe Quadratmeterzahl an Ab-

(Sabine Boeddinghaus)

vermietung geplant ist, auch in ganztägig arbeitenden Schulen. Das geht natürlich nicht. Es ist sehr, sehr wichtig, dass das Mitbestimmungsrecht, dass die Kooperation, die Verzahnung von Vor- und Nachmittag in den Blick genommen worden sind.

Wir fragen uns natürlich, mit welcher Wirkung das passiert. Das werden wir beobachten. Deswegen ist es wichtig, dass Sie in den Antrag geschrieben haben, es solle einen jährlichen Bericht geben. Das finde ich sehr, sehr gut.

Ich glaube, jetzt ist es Aufgabe des Senats, die Schulen zu beraten. Natürlich, Stefanie von Berg, sind die Schulen selbstverantwortete Schulen. Natürlich müssen sie den Prozess jetzt mitgestalten.

(Zuruf)

– Ich weiß, ganz ruhig.

Aber die Schulen brauchen auch die Beratung, sie brauchen auch die Unterstützung.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP –
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Steht auch überall drin!)

– Darf ich es trotzdem noch einmal sagen, auch wenn es drinsteht? Sie haben auch viel gesagt, was hier schon drinsteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn es ist schulische Realität, dass die selbstverantworteten Schulen unglaublich viele Aufgaben haben, und das ist erst einmal eine zusätzliche Aufgabe. Das ist zwar erfreulich, wenn sie zu einem guten Ergebnis kommt, aber erst einmal ist es eine zusätzliche Aufgabe. Und deswegen brauchen sie wirklich die Unterstützung, sie brauchen die Beratung. Ich hoffe, dass die Gelder dann auch abgerufen werden und es nicht am Ende heißt, die Schulen hätten keine Anträge gestellt. Von daher ist es sehr wichtig, eine hohe Kompetenz dareinzusetzen, die Schulen entsprechend zu beraten.

Und ich sage noch darüber hinaus: Wir werden den Faden da aufnehmen, wo er jetzt durch diese Kompromisslage abgerissen ist. Es geht in den Haushaltsberatungen weiter. Inklusion muss am Nachmittag bedarfsgerecht ausgestattet werden. Es müssen die Kooperationen zwischen Vormittag und Nachmittag so ausfinanziert sein, dass es nicht mehr zu Kündigungen kommt.

Und zum Schluss: Ich freue mich darüber, dass Sie das Geld aus dem Titel nehmen, aus dem wir unser Sofortprogramm für eine sozialere Infrastruktur gemacht haben. Da haben wir uns wieder getroffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Nachdem der Applaus verklungen ist, hat als Nächstes das Wort Daniel Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren! Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt schien bis gestern ein heißer Kandidat für eine Streichung noch vor 17 Uhr gewesen zu sein angesichts der doch überschaubaren Durchschlagskraft der Antrag gewordenen Schriftlichen Kleinen Anfrage, die die SPD ursprünglich zur Debatte angemeldet hatte. Das stellt sich nun etwas anders dar, nachdem die Regierungsfractionen diesen Tagesordnungspunkt geentert haben, um die gestern erzielte Einigung mit der Initiative Guter Ganzttag pflichtschuldig durch die Bürgerschaft zu peitschen.

(*Barbara Duden SPD*: Was heißt denn peitschen?)

Konsequenterweise haben Frau Duden und Frau Berg auch beide den Ursprungsantrag, der eigentlich angemeldet wurde, mit keinem Wort erwähnt. Die Debatte mögen Sie so vielleicht gerettet haben, für den Umgang mit dem Parlament ist es aber ein Tiefschlag, denn Sie degradieren die Bürgerschaft zum Erfüllungsgehilfen, wie es gerade passt. Und das, liebe Kollegen von Rot-Grün, ist unabhängig von den Inhalten, auf die ich gleich zu sprechen komme.

(Beifall bei der FDP und bei *Detlef Ehlebracht AfD*)

Kommen wir also zum angemeldeten Zusatzantrag, der erzielten Einigung mit der Volksinitiative. An dieser Stelle zunächst den Damen und Herren von der Initiative herzlichen Glückwunsch auch von der FDP-Fraktion. Wir möchten Ihnen unseren Dank aussprechen für die Arbeit, die Sie in den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten geleistet haben. Sie können zu Recht stolz auf das sein, was Sie erreicht haben. Ihr größter Erfolg lässt sich nicht nur in Kennzahlen, Euro oder Gesetzen abbilden, sondern darin, dass Sie es geschafft haben, bei Rot-Grün, das bisher den Eindruck vermittelt hat, im Bereich Ganzttag hätten wir einen paradiesischen Endzustand erreicht, dieses sehr dicke Brett zu bohren und diese Geisteshaltung "Quantität statt Qualität" bei den Regierungsfractionen aufzubrechen. Dafür gebührt Ihnen schon jetzt der Dank aller Schüler und Eltern in unserer Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Denn eines lässt sich wohl zweifelsfrei festhalten – meine Vorredner haben es teilweise auch schon gesagt –: Hätte die Qualität in der Ganztagsbetreuung Rot-Grün bislang am Herzen gelegen, dann hätten Sie jederzeit ein Programm auflegen können, welches in diesem Bereich für Verbesserungen sorgt. Deshalb mutet es etwas seltsam an, wenn Frau Berg

(*Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*: von Berg!)

– von Berg, bitte verzeihen Sie – aufzählt, was Sie alles geschafft haben. Dazu muss man ehrlicher-

(Daniel Oetzel)

weise sagen, dass Sie von der Initiative zum Jagen getragen werden mussten. Wir freuen uns, wenn sich jetzt doch etwas bewegt. Allerdings haben Sie das nicht aus eigenem Antrieb gemacht. Erst der öffentliche Druck und die nackte Angst vor einem Volksentscheid haben bei den Regierungsfractionen Bewegung ausgelöst. Insofern teile ich die Einschätzung des Landeselternausschusses, der sagt, dass es eigentlich beschämend für Senator Rabe und die Regierungsfractionen sei, dass es dieser Volksinitiative überhaupt erst bedurfte.

(Beifall bei der FDP und bei *Dennis Thering CDU* – Zuruf von *Wolfgang Rose SPD*)

Schauen wir also einmal hinein in den Zusatzantrag. Es fällt auf, dass von Ihren 28 Petita, die Sie vorlegen, lediglich zwei konkret mit Geldmitteln hinterlegt sind. So schön es auch ist – und wir begrüßen das ausdrücklich –, dass es in den Bereichen Raumausstattung und Mittagessen nun Verbesserungen geben soll, so sehr sticht doch gleichzeitig ins Auge, dass die allermeisten Elemente Ihres Antrags

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Haben Sie Alternativvorschläge?)

Arbeitsaufträge an sich selbst, die Schulen und die Träger darstellen, die gute Ziele formulieren, für sich selbst genommen aber erst einmal noch nichts verbessern. Frau von Berg, Sie sagten eben, es sei ein Armutszeugnis für die FDP, dass wir sagten, hier werde Verantwortung an die Schulen abgeschoben. Das ist es natürlich nicht. Wir stehen selbstverständlich zur selbstverantworteten Schule und wir stehen selbstverständlich zur Schulautonomie. Aber was ist Autonomie wert, wenn man – das ist übrigens eine allgemeine Krankheit im gesamten Bildungssektor, bei den Universitäten haben wir ein ähnliches Problem – immer nur Aufgaben verteilt, und mögen sie auch noch so selbstverantwortlich gelöst werden können, aber das nicht mit Geldmitteln hinterlegt? Dann ist der Autonomie überhaupt kein Stück geholfen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Eine weitere Auffälligkeit, wenn man sich Ihren Antrag durchliest, ist der Verweis auf die kommenden Doppelhaushalte. Wenn man sich die Finanzierungspläne für die Umsetzung der Einigung anschaut, dann wird deutlich, dass sich die Regierungsfractionen im Wesentlichen an kurzfristig zur Verfügung stehenden Steuermehreinnahmen bedienen und die mittel- und langfristige Gegenfinanzierung auf die kommenden Jahre vertagen. Das geht sogar so weit, dass Rot-Grün offenbar keinerlei Probleme damit hatte, für den Kompromiss Gelder zuzusagen, über die eine Bürgerschaft im Jahr 2020 zu entscheiden hat, also eine Bürgerschaft, die derzeit noch nicht einmal gewählt ist. Gleichzei-

tig – etwas abseits vom Thema – lehnen die Regierungsfractionen in der Bürgerschaft Anträge der Opposition regelmäßig ab, weil diese teilweise Auswirkungen auf den direkt folgenden Doppelhaushalt haben. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen und das rundet das Bild nicht gerade auf zufriedenstellende Art und Weise ab.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was wäre der Vorschlag?)

– Mein Vorschlag wäre gewesen, Herr Dr. Dressel, dass Sie in diesem Kompromiss deutlich sagen, woher Sie das Geld für diesen Fonds genau nehmen wollen, und nicht einfach sagen ...

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

– Sie haben von 28 Punkten zwei mit einer Gegenfinanzierung hinterlegt. Für die anderen Punkte hätten Sie genauso gut sagen können, wie viel Geld dafür in die Hand genommen wird.

(Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Sie machen etwas anderes. Sie sagen, der Doppelhaushalt 2020/2021 solle bemüht werden, damit dieser Fonds, den Sie jetzt aus Steuermehreinnahmen einmalig gefüllt haben, dann wieder nachträglich befüllt wird. Das heißt, Sie nehmen jetzt das Geld, dass Sie aufgrund der Steuermehreinnahmen haben, lassen aber völlig offen, aus welchen anderen Quellen nachher die anderen Punkte Ihres Antrags finanziert werden sollen.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wie würden Sie es denn aus 2021 finanzieren?)

Abschließend noch zu einem Element der Einigung, dem wir inhaltlich ablehnend gegenüberstehen. Wenn ich auch mahnend klingen mag, wir finden grundsätzlich gut, dass sich etwas bewegt hat; das habe ich eingangs gesagt. Aber an einer Stelle stehen wir der Einigung auch inhaltlich ablehnend gegenüber. Statt eine bessere Einbindung der Ganztagschulkooperationspartner durch eine Einbindung in die Schulkonferenzen zu realisieren, wird nun extra diese Änderung des Schulgesetzes angestoßen, um an jeder einzelnen Schule in Hamburg ein neues Gremium, diesen sogenannten Ganztagsausschuss, zu schaffen. Hier wurde nicht nur das Ziel verfehlt, eine Einbindung auf Augenhöhe umzusetzen, es werden auch noch zusätzliche Prozesse, Bürokratie und Gremien geschaffen, die gar nicht notwendig gewesen wären.

Dennoch, alles in allem hat die Initiative es geschafft, Rot-Grün in die richtige Richtung zu bewegen, auch wenn wir nun nicht am Ende – auch das haben meine Vorredner schon gesagt –,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Rednerinnen waren das!)

sondern am Anfang eines langen Prozesses für mehr Qualität im Hamburger Ganztags stehen. Wir

(Daniel Oetzel)

werden als Freie Demokraten diesen Prozess begleiten und uns dafür einsetzen, dass aus den vielen Absichtserklärungen des Kompromisses auch Taten folgen.

(Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Sie kritisieren die ganze Zeit!)

In der Konsequenz – Frau von Berg, Sie haben es gleich geschafft – werden wir den wesentlichen Punkten Ihrer Einigung, also römisch I und II, zustimmen. Die Gesetzesänderung zur Einführung des Ganztagsausschusses tragen wir nicht mit, weil wir uns hier eine echte Einbindung auf Augenhöhe gewünscht hätten.

(Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Das ist das, was die Initiative wollte! Das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen!)

Noch einen Nachtrag zu dem Überweisungsbegehren der CDU, das uns vorgelegt wurde. Das mutet dann doch etwas seltsam an. In der Presse hat Frau Prien, hat auch Herr Weinberg gejubelt, wie toll dieser Kompromiss sei, dass er gar ein Beispiel für ganz Deutschland sein solle und man das überall machen solle. Das kann man inhaltlich gern so sehen. Aber dann die Überweisung an den Schulausschuss zu beantragen, um diesen guten Kompromiss mit der Initiative über die Sommerferien im Schulausschuss zu parken, das erschließt sich mir nicht. Ich würde sogar sagen, das ist erklärungsbedürftig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächstes erhält das Wort Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Nun haben sich Initiative und Senat verständigt und fünf Redner vor mir haben sich mit einer ganzen Reihe der Details auseinandergesetzt. Auch wir begrüßen eine Reihe von Punkten des Konsenses, auch wenn wir die Schaffung eines neuen Gremiums – da schließe ich mich Herrn Oetzel an – für überflüssig halten. Auf diese Details möchte ich jetzt allerdings nicht noch einmal eingehen. Ich erlaube mir vielmehr, hier einen Kontrapunkt zu setzen, um dem Eindruck entgegenzuwirken, Ganztags sei der alleinige Weg in die Zukunft

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gut so! Zurück an den Herd!)

und der Weg zu immer mehr Verschulung, hin zu immer mehr staatlich beaufsichtigter Erziehung sei das allein Seligmachende, sei der Fortschritt. Das klingt mir zu sehr nach Zwangsbeglückung.

(Beifall bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos – Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Flocken ist auch dafür!)

Ich möchte eine Lanze brechen für diejenigen Eltern, die ihre Kinder auch weiterhin gern intensiv selbst erziehen wollen und dafür auch Opfer bringen, und denen man ganz gewiss nicht absprechen kann, dass sie ihre Kinder nicht weniger liebevoll und engagiert oder nicht weniger erfolgreich erziehen.

(Gerhard Lein SPD: Das ist kein Zwangssystem!)

– Das ergibt sich aus dem Ausgangsantrag der SPD, in dem der gesamte Grundtenor die Ganztagschule als das allein Seligmachende und den Weg in die Zukunft erscheinen lässt.

(Zuruf von Gerhard Lein SPD)

Ich verstehe gut – und auch wir als AfD stehen dahinter, das sage ich in aller Deutlichkeit –

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Stimmen Sie zu?)

dass es Ganztagskonzepte als Angebot geben muss und – was man macht, das muss man gut machen – dass diese dann auch unterfüttert werden und qualitativ hochwertig sein müssen. Wie schon gesagt, eine ganze Reihe der Punkte, die von der Initiative erreicht wurden, sind sinnvoll und wir stehen hinter ihnen. Aber es gibt eben auch die anderen Eltern, und für deren Wahlfreiheit stehen wir als AfD. Daher an dieser Stelle ein paar kritische Anmerkungen zum Ganztagskonzept.

Erstens: Der Staat mischt sich allzu oft in die Erziehung ein. Der erzieherische Einfluss der Eltern auf ihr Kind nimmt damit zwangsläufig ab.

Zweitens: Die Kinder haben weniger Freizeit. Es bleibt weniger Zeit für Familie, Musikschule, Sportvereine et cetera, schon im Grundschulalter.

Drittens: Ganztagsangebote sind zumeist Gruppenangebote und weisen damit die gleichen Probleme wie Schulunterricht auf. Eine individualisierte Beschäftigung und Förderung ist oft kaum möglich. Genau dafür bedarf es aber Zeit zur wirklich freien Verfügung, also mehr Freizeit, in der die Kinder sich autark mit sich selbst und ihren Interessen beschäftigen können.

Viertens – auch das wird oft kaum gesehen –: Die zeitliche Ausdehnung der Anwesenheitspflicht von Lehrern schränkt die intensive und kreative Vorbereitung auf den Unterricht ein. Auch wenn den Lehrern die Stunden aus der Ganztagsbetreuung angerechnet werden, verschiebt sich für sie der Arbeitstag in den Abend hinein und die Vorbereitungszeit für den regulären Unterricht leidet.

Und schließlich ein fünfter Punkt: Als Nebeneffekt verabschieden sich immer mehr Eltern von der Erziehungstätigkeit und der Erziehungsverantwortung. Gerade dieses Problem kann durch staatliche Erziehungsangebote nicht kompensiert werden.

(Dr. Alexander Wolf)

Daher sollte – und das ist unser Ansatz – neben der Förderung des Ganztags die Erziehung der Kinder durch die Eltern durch attraktive und staatlich geförderte Teilzeitmodelle ebenso gefördert und erleichtert werden, auch für Alleinerziehende. Nicht statt der Ganztagschule, aber als zumindest gleichwertige Alternative dazu. – Vielen Dank.

(Beifall der der AfD und bei *Dr. Ludwig Flocken* fraktionslos)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächstes erhält das Wort Herr Senator Ties Rabe.

Senator Ties Rabe:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es war nicht einfach, sich einander anzunähern; das ist dargestellt worden. Es war ein langes Gespräch zwischen den Regierungsfractionen und der Initiative. Wir haben am Ende einen wirklich guten Kompromiss erzielt, einen Weg gewiesen, wie der Ganztags deutlich verbessert werden kann. Deswegen sage ich in Richtung Opposition: Ich kann verstehen, dass Sie sich darüber ärgern,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP: Wieso ärgern?)

dass wir ein neues Feld ordentlich bestellt haben, aber heute ist ein Tag der Freude und kein Tag von Grantigkeit und Meckern. Ich glaube, das dürfen wir auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn die Opposition nicht müde wird zu sagen, mit welcher angeblichen – ich zitiere Sabine Boeddinghaus – Arroganz der Senat die Ganztagschule eingeführt hat, dann möchte ich doch die frühere Parteikollegin Sabine daran erinnern: Die Ganztagsplanung, die du damals kritisiert hast, ist von uns nicht eingeführt worden. Es wird vielleicht in diesem Parlament etwas zügig übersehen, dass die alte Planung, die unter der Regierungszeit von Beust entstand, von der SPD genommen und erheblich verbessert wurde. In Worten und Zahlen: Statt 85 Millionen Euro für den GBS-Bereich haben wir 120 Millionen Euro investiert und damit die pädagogische Versorgung, die Betreuung und die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher deutlich verbessert. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass wir sehr wohl von Anfang an Wert auf eine gute Qualität im Ganztags gelegt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es fällt auch dem Schulsenator nicht schwer einzuräumen, dass diese gewaltige Aufbauarbeit kein Pappenstiel war. Wir erinnern uns, zu Beginn meiner Amtszeit hatten 50 Grundschulen Ganztagsangebote. 25 Jahre haben Regierungen aller Farben

– rote, grüne, gelbe und schwarze – gebraucht, um diese 50 Grundschulen zu Ganztagschulen zu entwickeln. Nur drei Jahre danach waren aus diesen 50 Schulen 200 Schulen geworden. Und drei Jahre später waren 160 zusätzliche Kantinen gebaut worden. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung und sie war notwendig. Ich sage deshalb an dieser Stelle auch noch einmal einen ausdrücklichen Dank an die Schulwelt, an die vielen Beteiligten auch bei Schulbau Hamburg, die dazu beigetragen haben, diesen enormen Schritt nach vorn zu gehen. Er war richtig, er war anstrengend, aber er war erfolgreich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man kann an dieser Stelle auch daran erinnern – meine Kollegin Bärbel Duden hat es ausgeführt –, dass 80 Prozent der Eltern gesagt haben, wir machen mit. Und anders, Herr Wolf, als Sie in Ihrer Rede suggeriert haben, ist das eine freiwillige Entscheidung gewesen. Wir zwingen niemandem mitzumachen. Wenn das 80 Prozent tun, dann hat das einerseits eine Aussage, dass tatsächlich Betreuungsangebote dringend nötig sind, aber andererseits ist das auch ein großer Vertrauensbeweis von Eltern und Kindern dafür, dass dieses Angebot offensichtlich auch in der Qualität gut ist und die Eltern und Kinder sich dort gern anmelden. Das gilt es auch festzuhalten nach fünf Jahren Aufbauarbeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber ich sage klar, der Feind des Guten ist das Bessere. Wir können das in der Tat besser machen und da kann man auch noch mehr machen. Deswegen darf man an dieser Stelle auch als Regierung, ohne rot zu werden, sagen: Danke an die Eltern, die mit großer Energie dazu beigetragen haben, dass wir uns alle dieses Thema noch einmal genau angeschaut haben und auch gemeinsam mit der Initiative einen, wie ich finde, sehr vernünftigen Weg ausgelotet haben, wie wir jetzt mit weiterem Schwung diese bereits schwungvolle Aufbauarbeit zu einem großen Erfolg weiterführen können. Das darf man an dieser Stelle auch sagen: Danke an die engagierten Eltern, das war richtig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass es trotzdem nicht einfach ist. Wir wollen die 25 Millionen Euro Investitionen gut investieren und dafür brauchen wir die Schulwelt, die selbst auch Vorschläge machen soll. Wir wollen hier kein Geld versickern lassen, sondern es soll zielgenau zu einer wirklichen Qualitätsverbesserung beitragen. Deswegen war es richtig, dass viele Maßnahmen darauf gründen, dass die Schule eigenverantwortlich Vorschläge entwickelt und wir diese Vorschläge sorgfältig überprüfen werden und auf der Grundlage dann realisieren.

(Senator Ties Rabe)

An der Stelle sei auch noch einmal in Richtung FDP gesagt, es war immer Ihre eigene Tradition, dass Sie den Schulen eine Gestaltungsmöglichkeit eröffnet haben, und das war etwas, das uns über alle Fraktionen seit Jahrzehnten verbunden hat. Hamburg ist hier weiter als jedes andere Bundesland, und jetzt wäre es schon gut, wenn Sie diese selbstverantwortete Schule nicht plötzlich schlechtreden in dem Sinne, dass Sie sagen, der Senat entziehe sich seiner Verantwortung. Im Gegenteil ist es ein Qualitätstreiber und eine gute Idee, wenn Schulen selbstständig diese Mittel verplanen. Wir wollen ihnen dabei beistehen und wir werden sie dabei begleiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Schluss bleibt aber auch ein bisschen Nachdenklichkeit, denn ein Teil der Diskussion ist gegründet in einer Seltsamkeit, die dem Parlament manchmal entgangen ist. Wir haben dadurch, dass wir den Ganztags gewaltig ausgebaut haben, und auch dadurch, dass immer mehr Kinder unter sechs Jahren die Kitas nutzen, plötzlich zwei Systeme, die sich begegnen, die Jugendhilfe und die Schule. Wir stellen bei diesen Bruch- und Übergangsstellen auch fest, dass der spätere Ausbau der Kindertagesstätten mit höchstem Qualitätsmaßstab dazu geführt hat, dass im Vergleich zur Schulwelt Kindertagesstätten und auch die früheren Horte viel besser mit Personal ausgestattet sind als jede Schule. Und wo sich das begegnet, da merken das die Eltern und stellen Fragen. Auch das ist ein Punkt, der uns vermutlich weiter begleiten wird. Sehen Sie sich die sogenannten Schülerjahreskosten und die Jahreskosten von Kindern in der Kita an. Wir glauben immer alle, die Schule sei teurer, weil Lehrer mehr Geld verdienen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Personalschlüssel an der Kita sind mittlerweile so hoch, dass dort, wo beide Systeme sich begegnen, die Eltern viele Fragen haben. Auf diese Fragen müssen wir sicherlich mittelfristig weitere Antworten finden.

Dennoch sage ich an dieser Stelle, dass wir an einem guten Wegpunkt angelangt sind. Wir haben viel Arbeit vor uns, aber ich habe den Eindruck, das Engagement auf allen Seiten ist sehr konstruktiv, und ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, den guten Ganztags jetzt noch besser zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der SPD-Fraktion bekommt nun Herr Dr. Dressel das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde schon viel gesagt, aber noch nicht alles, und natürlich sind noch einige Punkte von der Opposition angesprochen worden in dieser Debatte, in deren Rahmen wir jetzt logischerweise nicht noch eine Ausschuss-

überweisung machen können – da war ein Satz, wo ich Herrn Oetzel unzweifelhaft zustimmen konnte. Denn es muss heute entschieden werden, damit klar ist, dass es zu diesem Verfahren kein Volksbegehren und keinen Volksentscheid gibt. Deswegen müssen wir uns heute hier entscheiden und ich finde, dann müssen die Punkte auch ausgetragen werden.

Zu dem Stichwort, wir seien nur noch Erfüllungsgelhilfe: Das ist ein absurder Hinweis, denn wenn eine Volksinitiative vorliegt, ist es nun einmal so, dass man diese in den Ausschuss einlädt und es eine Anhörung und eine Diskussion gibt. Und es ist das normale Verfahren, dass man als Bürgerschaft am Schluss prüfen muss, ob man das einfach eins zu eins übernehmen kann oder ob Bürgerschaft und Initiative einen Kompromiss finden. Das ist das normale Verfahren, genau das haben wir gemacht, und ich finde, es ist ein ordentliches Ergebnis, das wir mit dem richtigen Verfahren erzielt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass man dann als Opposition immer ein bisschen zu spät kommt, liegt irgendwie in der Natur der Sache.

(André Trepoll CDU: Wir haben auf Sie gewartet!)

– Natürlich, die Opposition wusste das alles schon vorher.

Aber am Schluss muss es eben auch alles miteinander funktionieren, es muss für den Haushalt einen Weg geben und da ist vielleicht das Stichwort Lernkurve. Natürlich haben wir sehr viel gelernt, aber die Initiative natürlich auch und es war ein gemeinsamer Lernprozess, der, glaube ich, für alle Seiten sehr wichtig gewesen ist und natürlich gerade dann – und in diesem Punkt ist es vielleicht auch anders als bei anderen Volksinitiativen –, wenn das Anliegen, dass der Ganztags besser wird, schon von Anfang an unser gemeinsames war. Die Frage ist, wie man in so einer Situation das Wünschbare mit dem Machbaren zusammenführt. Und da haben sich diese Wochen und Monate, diese vielen, vielen Stunden wirklich gelohnt, weil wir genau das in Deckung bekommen haben und für das gemeinsame Anliegen einen machbaren Weg aufgezeigt haben. Das hat sich gelohnt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dieses Stichwort mit der Arroganz hat den Schulsenator auch schon auf den Plan gerufen. Auch da muss man einfach noch einmal schauen, wie denn die Fakten sind, und es ist doch gut, dass wir das auch noch einmal mit dem Krippen- und Kitabereich abgleichen können. Da ist doch klar und egal, wer in der letzten Zeit regiert hat – es hat einen massiven Ausbau der Plätze bei Krippe, Kita und Ganztags gegeben.

(Dr. Andreas Dressel)

Dann ging es um Gebührenfreiheit. Da gab es hier im Haus nicht nur Einvernehmen, sondern einige haben gesagt, man kümmere sich jetzt erst einmal nur um die Qualität, und die Gebührenfreiheit sei nicht so wichtig. Weil das aber auch etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun hat, war das Thema Gebührenfreiheit für uns als SPD ein zentrales Anliegen. Die Eltern haben entsprechend abgestimmt, da es auch ihnen ein wichtiges Anliegen war. Deshalb sind wir in dieser Reihenfolge vorgegangen: Ausbau der Quantität im Bereich Krippe, Kita und Ganztags sowie die Gebührenfreiheit. Das waren die richtigen Schritte, die wir eingeleitet haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben in diesen Systemen dann überlegt, wie wir im Bereich der Qualität noch nachlegen können, denn natürlich – der Senator hat es gesagt – war es ein sehr dynamischer Prozess an den Schulen, und dass das vielleicht an einigen Stellen noch kein High-End-Standard gewesen ist, sondern noch Nachholbedarf besteht, war nicht strittig. Das ist im Bereich Krippe und Kita passiert, hier haben wir einen Verbesserungsschritt im Bereich der Betreuungsrelation beschlossen, und jetzt haben wir gemeinsam einen Weg gewählt, sowohl was die Ausrüstung als auch was die Personalstellen angeht im Bereich des Ganztags. Das ist wirklich ein Schritt, der sich sehen lassen kann, eine Steigerung bis zu 17,5 Prozent. Das ist ein großer, starker Schritt nach vorn zusätzlich zu den Budgets, die es schon gibt, und eine sehr große qualitative Verbesserung, die wir erreichen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu der Kritik, das seien alles nur Absichtserklärungen, haben wir noch einmal geschaut, wie wir das im Bereich Kita gemacht haben. Bei Kita kennen Sie das: Jedes Mal, wenn im August das neue Kita-Jahr beginnt, gibt es einen Fortschrittsbericht, aus dem man genau ersehen kann, was in dem Jahr erreicht worden ist und was noch zu tun ist. Und genau denselben Fortschrittsbericht wird es jetzt auch zu jedem Schuljahresbeginn geben, wo wir und der Senat uns gern kontrollieren lassen, was erreicht wurde und was noch zu tun ist, denn es wird ein langer gemeinsamer Weg werden, das jetzt umzusetzen. Da nehmen wir Sie gern mit und da können Sie gern alles nachfragen und nachgucken. Wir wollen diesen Weg gemeinsam mit Ihnen gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich muss das solide finanziert werden. Da fand ich jetzt nicht alle Kritik, die dazu geäußert worden ist, überzeugend. Immerhin ist der eine Hinweis der LINKEN gut. Wir hatten da jetzt auch diese Drucksache entdeckt mit dem Nachtrag, den die LINKE schon komplett wahrscheinlich mehrfach ausgegeben hat.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Lernkurve!)

– Super Lernkurve, genau.

Aber wir ergreifen an der Stelle die Gelegenheit beim Schopfe und nutzen einen Teil der Mittel – denn da sind noch andere Bedarfe drin, die auch finanziert werden müssen, etwa die Flüchtlinge, deren ausreichende finanzielle Unterstützung der LINKEN auch immer wichtig ist, und ein paar andere Themen, die noch angegangen werden müssen –, um jetzt diesen Fonds auszustatten. Natürlich können wir heute nicht genau sagen, Herr Oetzel, wie im Jahr 2019 der Haushalt aufgestellt ist. Aber es ist normal, dass man in der Haushaltsberatung für die mittelfristige Finanzplanung der nächsten Haushaltsjahre sagt, hier, da und dort sind Sachen in die Haushaltsplanung einzuarbeiten. Dass das nicht auf Kosten von anderen Sachen passiert und ob der Senat das so umsetzt, können wir dann auch gemeinsam feststellen. Ich glaube, das ist ein sehr transparenter, finanziell solider Weg, genau im Rahmen des Machbaren, den wir miteinander gehen können, und deshalb hoffe ich, dass es nachher auch von der Opposition breite Zustimmung geben wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch einmal den Dank an die Initiative richten, an all die Mitstreiterinnen und Mitstreiter, mit denen wir so viele Wochen nebenan hier unten im Raum A bei vor allem Brötchen getagt haben – also das waren jetzt nicht unbedingt Ergebnisse der Vitalküche, die uns da vorgelegen haben, was unsere Verpflegung angeht. Das Thema Vitalküche in der Bürgerschaft können wir uns auch noch einmal vornehmen.

(Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Mit Biofleisch!)

– Mit Biofleisch, genau.

Also ein sehr großer Dank und Respekt für das Engagement an Ihre Seite, aber auch ein großer Dank an die Schulbehörde, die diesen Prozess immer wieder auch mit Experten begleitet hat. Das war eine wirklich gute Gemeinschaftsproduktion von Initiative, Regierungsfractionen und begleitender Schulbehörde. Schönen Dank für ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der CDU-Fraktion bekommt nun Herr Seelmaecker das Wort.

Richard Seelmaecker CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich habe schon gehört, ich solle es kurzfassen; das mache ich gern. Aber ich wurde eben noch einmal darauf angesprochen, warum wir hier noch zu einer Überweisung kommen wollen, und

(Richard Seelmaecker)

sei es eine nachträgliche. Das wollen wir natürlich deshalb, weil zum einen die Frage der Finanzierung da drin ist, auch wenn wir eine Vorwegfinanzierung mit 25 Millionen Euro aus diesem Sonderfonds haben über eine Drucksache, die hier noch gar nicht beschlossen wurde. Darüber müssen wir uns auch einmal im Klaren sein. Zum Zweiten haben wir dort noch Fragen des Arbeitsrechts und zum Dritten hatte ich gesagt, dass wir diese Drucksache gestern erst bekommen haben. Das haben Sie jetzt so ausgehandelt und das Ergebnis ist auch gut, aber schließlich und endlich müssen wir es am Ende hier verantworten. Wir sind diejenigen Abgeordneten, die hier alle unsere Hand dafür heben, und wenn ich in so kurzer Zeit solche Gesetze hier beschließen soll, dann möchte ich mich gern intensiv damit befassen, sei es auch in letzter Minute und sei es auch im Nachhinein, um gegebenenfalls noch nachzusteuern oder um noch weitere Dinge hinzuzunehmen, was in der Zukunft durchaus möglich wäre. Das ist das eine.

Das Zweite zur AfD. Herr Wolf, ich habe es ehrlich gesagt nicht verstanden. Sie haben viel Allgemeines gesagt, aber wenn Ihnen das wirklich wichtig gewesen wäre, dann hätte ich jetzt gedacht, dass es einen AfD-Antrag dazu gäbe, aber den habe ich bislang nicht entdeckt. Also insofern war ich da etwas verwundert.

(Dr. Alexander Wolf AfD: Kommt noch!)

– Wunderbar.

Und verwundert – das muss ich leider auch sagen, Herr Senator Rabe, da haben Sie hier den Ball völlig verspielt, wie ich meine – hat mich Ihr Kommentar, es herrsche Grantigkeit und Meckern bei dem Thema. Da habe ich hier eine ganz andere Debatte miterlebt. Ich fand, es gab überhaupt keine Grantigkeit und überhaupt kein Meckern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gab fraktionsübergreifendes Lob.

(Michael Kruse FDP: Er hat zu viel mit dem A-Team geredet!)

– Zu viel A-Team-Gerede, das mag so sein.

Zweitens sprachen Sie von einer Seltsamkeit in der Parlamentsdebatte. Seltsamkeit klingt immer so nach dem Motto, na ja, ihr habt es offenbar nicht ganz verstanden. Das fand ich auch nicht so freundlich.

Und zu guter Letzt, das muss ich ehrlich sagen, interessiert mich am wenigsten, ob der Ties nun findet, was die Sabine früher gesagt habe, sei doof. Also das ist fast schon Kindergarten gewesen und nicht mehr Grundschule.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Besonders gefreut habe ich mich natürlich, Herr Dressel, dass Sie am Ende die Initiative zu Recht

nun zu Mitstreitern erklärt haben. Bis vor Kurzem hieß es noch: Wenn das hier nicht klappt, gehen wir vors Verfassungsgericht. Da war das also noch anders. Schön, dass insofern auch ein Sinneswandel eingetreten ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Kruse FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dieser Debatte, ich bin noch nicht der letzte Redner, da kommt noch jemand, bleibt festzuhalten – auch wenn es durchaus ab und zu ein bisschen Grantigkeit gab, aber ich glaube, Herr Seelmaecker, das kann man jetzt auch noch mit lösen; nur ob der Ties die Sabine in Zukunft mögen würde, weiß ich nicht genau, das ist vielleicht auch ein bisschen zu viel verlangt an dieser Stelle –, dass im Prinzip alle gesagt haben, eigentlich sei das Ergebnis gut. Es gibt eine Ausnahme: Herr Oetzel hat gesagt, dem Punkt III möchte er nicht zustimmen; dazu komme ich gleich. Aber weil das Ergebnis gut ist, Herr Seelmaecker, und weil jetzt auch die Fristen ablaufen, ist es gut, dass wir Nägel mit Köpfen machen und das heute hier auch beschließen.

Sie haben ein hartes Controlling angekündigt und wir haben ja in Wahrheit das Controlling auch schon unter Punkt 30 in den Antrag hineingeschrieben, weil wir natürlich auch darüber einen Bericht bekommen wollen, wie das weiterhin abläuft. Und wir haben auch, das steht im Vortext des Antrags, mit der Volksinitiative vereinbart, dass wir weiter mit ihr darüber reden wollen, wie die Umsetzung ist, denn das gehört zu einem guten und fairen Verfahren dazu, dass wir uns alle gemeinsam damit beschäftigen, wie das gut weitergehen kann, und dann auch schauen, ob die Ziele, die wir hier aufgeschrieben haben, erreicht werden. Ich glaube, dann kommen wir auch in eine gute parlamentarische Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die zweite Frage, die hier auch so ein bisschen diskutiert wird, ist die Frage, wie man es denn jetzt mit der Bürgerbeteiligung hält. Es gab am Anfang dieser Legislaturperiode, das vergessen die meisten immer, noch so eine kleine, aber doch auch wirksame Volksinitiative zum Thema Busbeschleunigung. Da gab es damals eine Einigung. Jetzt haben wir die zweite Volksinitiative, mit der sich Rot-Grün geeinigt hat, und wenn ich jetzt einmal ehrlich bin, dann ist genau das eigentlich das Ziel von Volksgesetzgebungsverfahren, dass sich Menschen auf den Weg machen können, die sagen: Ich habe hier ein Anliegen und ich sammle auch die Unterschriften, damit dieses Anliegen eine gewisse Legitimität bekommt. Dann geht es in das

(Dr. Anjes Tjarks)

parlamentarische Verfahren und es gibt die Anhörung. Aber klar ist, wenn man jetzt nicht sagt, man macht einen Haken dran und übernimmt alles sofort, dann kann man das nicht in einer Ausschusssitzung und einer Senatsanhörung klären, sondern man muss dann natürlich weiter reden mit dem Ziel, nach Möglichkeit auch gemeinsame Ziele auszuloten und zu einer Einigung zu kommen. Und wenn wir dieses Ziel jetzt hier als Kultur etablieren können, dann finde ich das eigentlich eine relevante Frage. Wenn Sie heute dann noch schauen, was mit Neugraben-Fischbek passiert ist, dann sind wir hier auf einem sehr guten Weg. Wir nehmen diese Kultur des miteinander Redens sehr ernst und kommen auch zu Ergebnissen im Sinne der Menschen in Hamburg, denn dafür machen wir die ganze Veranstaltung hier. Demokratie lebt davon, dass wir die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, und insofern finde ich das einen sehr guten und hochdemokratischen Prozess.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Oetzel, das beantwortet auch so ein bisschen die Frage, wie ich finde, es gibt ein normales Verfahren, Herr Dressel hat es schon gesagt, ob das Parlament jetzt hier zum Erfüllungsgehilfen degradiert wird. Also das Verfahren im Parlament ist ja genau wie vorgeschrieben abgelaufen. Das Verfahren wird darüber hinaus noch durch die Berichtersuchen weitergehen. Es ist natürlich wichtig, dass man zwischenzeitlich sondiert und auslötet. Man hätte natürlich, wenn man sich jetzt noch stärker vonseiten der Opposition einbringen möchte, eigene Vorschläge auf den Weg bringen können, aber die haben wir jetzt auch nicht gehört. Insofern finde ich es legitim, dass wir einen Vorschlag vorlegen, den wir dann heute hier auch abstimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage ganz offen und es ist hier durch die verschiedenen Redner, auch der Regierungsfractionen, deutlich gemacht worden, dass dieser Verhandlungsprozess, insgesamt 55 Stunden, ein Lernprozess auf allen Seiten war – auch für mich persönlich, und ich bin nicht nur ein vom Ganztage betroffener Vater, sondern auch noch Lehrer, also quasi überqualifiziert für solche Verhandlungen. Dennoch muss man sagen, dass wir viele Sachen über die Frage der Schulpolitik gelernt haben. Es ging so weit, dass wir bis in die Details der Küchenplanung und der Planung von Esseneinnahmehereichen gegangen sind und versucht haben, hier vernünftige Lösungen auszuloten.

Mein Dank gilt dabei der anderen Seite der Beteiligten, weil wir es nämlich geschafft haben, uns beide von gewissen Vorstellungen zu lösen und zu sagen, wir definieren Ziele. Was ist das, was wir eigentlich wollen? Wir haben das Ziel, dass sich die Kinder in Hamburgs Schulen im Ganztage wohler

fühlen und wir diesen Bedürfnissen nach Ruhe, Toben und Spiel besser gerecht werden können. Gleichzeitig wollen wir, dass die Qualität des Essens und die Betreuungsqualität steigen, und wir wollen mehr Kooperation auf Augenhöhe ermöglichen. Wie können wir diese Ziele vielleicht auch im Rahmen des Machbaren, so würde ich jetzt einmal behaupten gegenüber der LINKEN, erreichen? Wenn man das hinbekommt, ist man einen großen Schritt weiter und dann kann man auch ins Detail gehen. Und das ist letztlich das, diese gemeinsame Sacharbeit, die Frage, wie kann man auch Ziele, die man vielleicht einmal öffentlich gehört hat, anders verstehen, weil sie dann doch in dem eigenen Gespräch gar nicht so sehr nur GBS, sondern auch Ganztagesschule betreffen, es geht auch um Stadtteilschulen, und wie kann man sich da gemeinsam verständigen. Dann kommt man am Ende auch zu guten Lösungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Oetzel, Sie sind der Einzige, der gesagt hat, er traue sich, auch gegen etwas zu stimmen – wenn ich jetzt einmal die AfD ausnehme, da weiß ich nicht genau, wie sie abstimmt.

(Juliane Timmermann SPD: Das weiß man nie!)

– Vielleicht ist das auch teils, teils, das werden wir dann gleich sehen.

Aber Sie haben als Einziger gesagt, Petitionspunkt III, dem wollen wir so nicht folgen. Wir haben in der Tat in den Gesprächen auch sehr intensiv darüber nachgedacht, ob wir das direkt in die Schulkonferenz eingliedern sollen. Das ist ja sozusagen Ihr Vorschlag. Wir haben von dieser Vorstellung Abstand genommen, und zwar letztlich aus Verfassungsgründen, weil die Eltern Träger des Erziehungsauftrags sind, dieser sozusagen übertragen wird auf den Staat und deswegen die Argumentation in dieser Frage ist, dass diese Vertreter, die den Erziehungsauftrag haben, auch die Mehrheit in diesem Gremium stellen können. Und das ist eben etwas anderes, weil der Träger der Jugendhilfe dann doch etwas weiter weg von diesem Erziehungsauftrag ist. Deswegen gibt es da aus unserer Sicht durchschlagende Verfassungsbedenken.

Daher haben wir uns gemeinsam mit der Initiative dafür entschieden, und das war übrigens der Punkt, der als allererstes in den Verhandlungen konsentiert war, einen Ganztageausschuss zu machen, der, wenn man jetzt einmal in die Faktizität der Situation geht, in vielen Punkten wahrscheinlich auch personell deckungsgleich sein wird zu dem der Schulkonferenz. Einen Ganztageausschuss, dessen Votum eine Schulkonferenz nur mit Begründung wegwischen kann, und das ist schon eine ziemlich hohe Hürde. Wir sind da sehr weit gegangen und ich glaube, dass das deswe-

(Dr. Anjes Tjarks)

gen an dieser Stelle ein guter Weg ist. Dem anderen Weg, den Sie beschreiten, begegnen aus unserer Sicht erhebliche Verfassungsbedenken. Deswegen würde ich Sie bitten, vielleicht an dieser Stelle noch einmal zu überlegen, ob Sie da nicht doch noch umschwenken wollen, weil ich glaube, auch wenn Sie die Gedanken der Volksinitiative da teilen, ist das in der Realität kein gangbarer Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Abschließend möchte ich als Vertreter einer Partei, die durchaus Erfahrung mit Volksentscheiden im Schulbereich hat, sagen, ich bin sehr froh, dass wir das dieses Mal in einem guten, hinsichtlich direkter Demokratie vielleicht mustergültigen Verfahren hinkommen haben. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass wir alle gemeinsam die Schulen und auch den Nachmittag, den Ganzttag auf diesem Weg begleiten, dass wir gucken, wie können wir Hamburgs Ganzttag noch besser machen, und dass wir das als Aufgabe begreifen auch über den Ganztagsfonds und diese Legislaturperiode hinaus. Ich bin sehr froh, dass wir zu einer gemeinsamen Einigung gekommen sind und wir alle inklusive der Initiative damit der Verantwortung für diese Stadt und für die Kinder gerecht geworden sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Mir fällt noch viel ein, aber ich habe keine Zeit mehr, deswegen nur eine Frage

(Zurufe von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP: Oh!)

und ein Gedanke. Ich kann als Oppositionspolitikerin wirklich neidlos anerkennen, dass der Senat sich auf den letzten Metern deutlich bewegt und etwas zur Qualitätsverbesserung beigetragen hat und auch richtig Geld investiert. Warum können Sie eigentlich im Umkehrschluss nicht einmal sagen, dass ohne die Initiative dieser Antrag heute hier nicht vorliegen würde?

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie freuen sich wie die Schneekönige über dieses Ergebnis. Das ist in Ordnung, aber auch Sie könnten sich eigentlich bedanken für diese Initiative.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Haben wir doch! – *Dirk Kienscherf SPD:* Ihr seid so verbohrt!)

– Nein.

Ich werde auch nachdenklich, denn welchen Schluss ziehen Sie eigentlich aus diesem ganzen

Prozess? Werden Sie in Zukunft sich immer nur in Richtung Qualitätsverbesserung für die Menschen in Hamburg bewegen, wenn es wieder eine Initiative gibt, oder lernen Sie vielleicht daraus, sich auch einmal aus sich selbst heraus auf den Weg zu machen, eine sozialere und bessere Politik für die Menschen in der Stadt zu machen?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Das macht mich auch deshalb so nachdenklich, weil es viele Gruppen und Menschen in der Stadt gibt, die nicht die Kompetenz und die Ressourcen haben, eine Initiative zu gründen und ihre Interessen so auch auf die Straßen und ins Parlament zu bringen. Ich denke zum Beispiel an die Eltern der vielen Tausend Kinder mit LSE-Förderbedarf. Die haben diese Möglichkeiten gar nicht. Ich bin froh, dass es die LINKE gibt, die sich für diese Gruppen einsetzt.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD: Oh!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der FDP-Fraktion bekommt nun Herr Oetzel das Wort.

(Dr. Andreas Dressel: Wir freuen uns über die FDP!)

Daniel Oetzel FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Boeddinghaus, ich bin auch froh, dass es die FDP gibt.

(Beifall bei der FDP und bei *Uwe Lohmann SPD* und *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Das werden Sie anders sehen, aber das wollte ich hier doch noch einmal festhalten.

Sowohl Herr Dressel als auch Herr Tjarks sind eben noch einmal auf meinen Vorwurf eingegangen, die Bürgerschaft würde hier zum Erfüllungshelfen degradiert werden. Das haben wir gesagt, das stimmt auch, es war aber explizit nicht auf den Prozess mit der Initiative bezogen, sondern auf die Art und Weise, wie Sie diesen Antrag hier heute auf die Tagesordnung gehievt haben.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel: Wie sollte das denn sonst gehen?)

– Ich kann Ihnen genau sagen, wie das sonst hätte gehen sollen.

Sie hätten einfach bei den anderen Fraktionen anrufen und fragen können – das ist laut Geschäftsordnung meines Erachtens möglich –, ob man einvernehmlich, und offenbar gibt es eine breite Zustimmung, diesen Punkt auf die Tagesordnung setzt. Dann hätte man ihn gemeinsam heute beschließen können. Das wäre ganz normal möglich gewesen. Dagegen haben Sie sich entschieden, das haben wir kritisiert, und dann müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass wir uns auch einen anderen Weg hätten vorstellen können, wie man hier

(Daniel Oetzel)

noch konsensueller heute zu einer Einigung und auch zu einer Debatte hätte kommen können.

(Beifall bei der FDP)

Herr Tjarks, Sie hatten gerade noch ausgeführt, warum Sie das mit der Beteiligung an den Schulkonferenzen anders sehen als wir. Aber wenn man Ihr Argument zu Ende denkt, ist es nicht ganz stichhaltig. Wenn Sie verfassungsgemäße Bedenken haben, dass der Einfluss der Träger in der Schulkonferenz zu groß werden könnte, wenn sie dort direkt drinsitzen, dann könnte man das vielleicht als Argument erst einmal noch so stehen lassen. Wenn Sie aber dann gleichzeitig diesen Ganztagsausschuss einführen, dessen Beschluss nur mit einer Mehrheit aus der Schulkonferenz wieder gekippt werden könnte, ist der Einfluss der Träger faktisch genauso groß, als wenn sie selbst mit einer Person in diesem Ausschuss gesessen hätten, nur dass der Sonderweg noch über diesen neuen Ausschuss möglich gewesen wäre.

Jetzt können Sie gern gegenargumentieren, der Einfluss wäre dann nur halb so groß oder nur ein Drittel so groß, aber Ihr grundsätzliches Argument, dass das ein Eingriff in die Elternautonomie oder Selbstbestimmung wäre, bleibt auf jeden Fall bestehen. Egal ob es jetzt ein halb oder ein Drittel oder ein drei Viertel so großer Eingriff ist, das ist bei beiden Lösungsvarianten der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Gerade habe ich mir noch einmal Ihren Zusatzantrag angeschaut, weil der Vorwurf laut wurde, wir würden uns hier von der selbstverantworteten Schule verabschieden. Ich finde es wirklich schwierig, das zu sagen. Die FDP steht schon immer für die Bildungsautonomie, nicht nur der Schulen, aber auch ganz besonders der Schulen, und immer wenn es ernst wird und die Schulen irgendetwas umsetzen sollen, dann denkt der Senat auch daran, dann wissen plötzlich auch die Regierungsfractionen, ja, Schulautonomie ist wichtig, dann macht doch einmal etwas. Ich habe noch einmal in den Antrag geschaut, und Sie können ja selbst noch einmal reinschauen, vielleicht hatten auch noch nicht alle Mitglieder der Regierungsfractionen Gelegenheit, innerhalb der letzten 24 Stunden diesen doch etwas langen Antrag zu lesen. Vielleicht hatten Sie ihn auch schon 48 Stunden, das will ich gar nicht ausschließen. Da heißt es in Petitum 3, dass die Schulen aufgefordert werden, im Bestand nach Flächen zu suchen, die nicht vordringlich genutzt werden, und diese sollen dann zukünftig möglichst für den Ganztag zur Verfügung gestellt werden. Dann konkretisieren Sie weiter in Petitum 4, dass diese Flächen, wenn sie erst einmal identifiziert worden sind, auch bitte schön nur für den Ganztag eingesetzt werden dürfen. Das ist ja wohl das Gegenteil von Schulautonomie und deshalb müssen wir uns das von Ihnen auch nicht vorwerfen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Ganz im Gegenteil, Frau von Berg, bin ich der Meinung, dass es kein Armutszeugnis für uns ist, dass wir uns weiter für Schulautonomie einsetzen, sondern es ist ein Armutszeugnis für die GRÜNEN, dass Sie erst diese Volksinitiative gebraucht haben, um Ihr Programm im Bereich Ganztag überhaupt etwas in diesem Senat umsetzen zu können. Wir freuen uns natürlich trotzdem, dass jetzt ein Weg angefangen wurde, den wir auch begleiten werden. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Jetzt sehe ich keinen weiteren Debattenbedarf mehr zu diesem Thema. Damit kommen wir zu den Abstimmungen und beginnen zunächst mit den Überweisungswünschen.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/4679 an den Schulausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/4846 an den Schulausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Überweisungswunsch ist abgelehnt.

Wer möchte dann die Drucksache 21/4866 an den Schulausschuss überweisen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Überweisungswunsch ist ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache und beginnen mit dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 21/4866. Die FDP-Fraktion möchte diesen gern ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte sich hier zunächst der Ziffer I des Antrags anschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer I einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen.

Wer möchte den Beschluss auch für Ziffer II fassen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer II wurde einstimmig mit Enthaltungen zugestimmt.

Wer möchte sodann der Ziffer III folgen und das darin enthaltene 22. Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer III beschlossen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es dazu Widerspruch aus dem Haus? – Das ist nicht der Fall.

Wer will nun das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung be-

(Vizepräsidentin Antje Möller)

schließen? – Hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen nun zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/4679.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Schließlich stimmen wir noch ab über den CDU-Antrag aus Drucksache 21/4846.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 21/4664, Antrag der CDU-Fraktion: Erhalt der besonders geschützten Wohngebiete in Hamburg – Keine Teiländerung der Baustufenpläne.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Plenarsaal verlassen wollen, dann tun Sie das doch bitte ohne Lärm.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Erhalt der besonders geschützten Wohngebiete in Hamburg – Keine Teiländerung der Baustufenpläne
– Drs 21/4664 –]**

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 21/4664), Erhalt der besonders geschützten Wohngebiete in Hamburg (zweiter Halbsatz entfällt)
– Drs 21/4853 –]**

**[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:
Zeitgemäßes Planrecht schaffen, Bürgerbeteiligung sicherstellen
– Drs 21/4854 –]**

Zu diesem Antrag liegen Ihnen als Drucksachen 21/4853 und 21/4854 ein Antrag der AfD-Fraktion sowie ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD vor.

Die Drucksache 21/4664 möchten die Fraktionen der CDU, LINKEN, FDP und AfD an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Stöver von der CDU-Fraktion, Sie bekommen es.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! The-

menwechsel von der Schulpolitik zur Stadtentwicklungspolitik.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Dabei würde ich Ihnen gern helfen. – Meine Damen und Herren, ich weise noch einmal darauf hin, dass Sie den Plenarsaal verlassen können, um sich draußen zu unterhalten. – Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Birgit Stöver CDU (fortfahrend): Der Senat hat im Verfügungswege still und nahezu unbemerkt die Änderung von 17 Stufenplänen beschlossen. Das ist keine Kleinigkeit, das ist ein massiver Eingriff in die städtebauliche Struktur Hamburgs, und da gehen wir nicht mit. Daher fordern wir in unserem Antrag den Erhalt der besonders geschützten Wohngebiete in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Die Absicht des Senats, besonders geschützte Wohngebiete in Hamburg nicht länger zuzulassen, stößt bei den Bezirken, aber auch bei der Politik übergreifend auf Kritik. Die SPD und die GRÜNEN machen einmal wieder Politik am Bürger vorbei, wieder einmal Politik nach Gutsherrenart. Das finden wir nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat beruft sich bei seinen Plänen auf die Charta von Leipzig, die Multifunktionalität als erklärtes Leitbild der Stadtentwicklung ausgerufen hat. Der Senat erreicht aber mit seinen Plänen das genaue Gegenteil: Durch eine beliebige Bauweise ist mittelfristig der Verlust des besonderen Charakters der betroffenen Quartiere zu befürchten. Das ist nicht im Geiste der Charta von Leipzig, das ist rücksichtslos.

(Beifall bei der CDU)

In 17 Stadtvierteln gilt seit Jahrzehnten ein besonderer Schutz für einzelne ausgewählte Wohngebiete, um deren städtebaulichen Charakter zu bewahren. Hebt der Senat diesen Schutz auf, sind in diesen Vierteln künftig größere Kindertageseinrichtungen

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das ist ja schlimm, größere Kita-Einrichtungen!)

genauso wie auch Flüchtlingsunterkünfte,

(*Dirk Kienscherf* SPD: Auch das noch, Flüchtlinge!)

Handwerksbetriebe, Gewerbebetriebe, kleinere Hotels und Sportanlagen erlaubt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Stöver, einen Moment bitte. Ich versuche Ihnen gerade ein bisschen mehr Raum und Interesse für Ihre Debatte zu verschaffen.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU*)

Es gibt sehr viele Murren hier und vielleicht können wir das einmal einstellen.

Birgit Stöver CDU (fortfahrend): Also Herr Kienscherf ist da sehr massiv. Offensichtlich kennt er die Pläne des Senats und er begrüßt sie auch.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ich kenne nur Kitas und Sporteinrichtungen!)

Die Koalitionsfraktionen haben einen Zusatzantrag gestellt und daraus wird dieses auch sehr deutlich. Aber es ist nicht immer richtig, vermeintlich alte Zöpfe abzuschneiden. Der damalige Plangeber der Baustufenpläne hat aus gutem Grund die besonders geschützten Wohngebiete vom Wohnen nach Polizeiverordnung abgegrenzt. – Nun geht Herr Kienscherf, das ist aber schade. – Dieses heute auch noch sinnvolle Anliegen sollte der Senat respektieren. Stadtplanerische Ziele auf Biegen und Brechen durchzusetzen, ist kein Umgang mit diesen wertvollen Quartieren.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Absicht, das bewährte Baustufenplanrecht zu verändern, übergeht der rot-grüne Senat zudem ganz klar die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Bezirke. Die Regierungsfractionen benennen es in ihrem eilends zurechtgezimmerten Zusatzantrag auch selbst: Das Wissen um die lokalen Eigenarten und den Bürgerwillen haben die Bezirke. Richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und GRÜNEN, das sehen wir genauso.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Da haben wir schon etwas gemeinsam!)

Aber im selben Atemzug sagen Sie, sobald es allgemein gesprochen um das gesamtstädtische Interesse gehe, könne man die Bezirke einfach entmündigen. Mit solchen hohlen Floskeln geht es natürlich immer und nach Belieben. Das nennt man wiederum Regieren nach Gutsherrenart und das sogar an den eigenen Genossen vorbei.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das hatten wir schon!)

Scheinheilig ist auch die Begründung im Zusatzantrag der Regierungsfractionen: Demzufolge wolle man mit dem Verfahren zur Änderung des Planrechts die Bezirke entlasten, damit sie sich mehr auf Wohnungsbaupläne konzentrieren können. Scheinheilig ist das.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Nein!)

Erst wird sich standhaft geweigert, die Bezirke personell besser auszustatten,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das machen wir doch!)

damit sie dem verstärkten Wohnungsbau Herr werden, und dann heißt es in Ihrem Antrag, man wolle den Bezirken die Kompetenzen wegnehmen, da bei diesen die Ressourcen nicht ausreichen würden. Scheinheilig hoch drei nenne ich das.

(Beifall bei der CDU)

Entscheidungen müssen dort gefällt werden, wo die Kompetenzen und das Wissen um die Eigenarten sind; das nennt man Subsidiarität. Ich kann Sie nur dazu aufrufen, lieber die Bezirke personell besser auszustatten, statt sie in ihren Kompetenzen zu beschneiden.

Eine Teiländerung der Baustufenpläne in reines Wohnen berührt aber auch das Eigentum der Bürger. Es berührt auch ihr Vertrauen. Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind das, was sich der Bürger von der Regierung wünscht. Tiefgreifende Veränderungen in die Eigentumsrechte sollten sehr gut begründet werden. Fragt man den Senat jedoch nach dem Anlass und nach der Begründung für diese geplanten Änderungen, weicht er erst einmal aus. Dazu kam erst keine Aussage und dann sagte er, die Baustufenpläne sollten effizienter und moderner gestaltet werden, eben alte Zöpfe abschneiden. Aber nachdem der Senat nicht so richtig mit der Sprache herausrücken wollte, ist der Zusatzantrag der Koalition nun wirklich entlarvend. Flüchtlingsunterkünfte sollen dort gebaut werden, und jeder Hamburger, der eins und eins zusammenrechnen kann, dachte sofort an den vor Gericht gescheiterten Plan des Senats, an den Sophienterrassen ein Flüchtlingsheim zu errichten. Grund für das Scheitern: Es handelt sich hierbei um ein besonders geschütztes Wohngebiet.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU* – *Uwe Lohmann SPD*: Genau!)

Koalition und Senat akzeptieren Gerichtsurteile nicht und suchen Wege, diese zu umgehen. Damit verlieren Senat und Koalitionsfraktion massiv an Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Ein Schuft, wer Böses dabei denkt. Der Senat will sich die notwendige Beifreiheit für seine rücksichtslose und visionslose Stadtplanung verschaffen und dabei steht der Bürger halt nur im Wege. Die Abkehr vom Bürger versuchen die Regierungsfractionen wieder mit einem welken Feigenblatt zu versehen. In Ihrem Zusatzantrag fordern Sie, dass in dem Verfahren zur Änderung des Planrechts der Baustufenpläne eine öffentliche Plandiskussion pro Bezirk veranstaltet wird. Das war nicht immer so, denn der rot-grüne Senat wollte diese Bürgerbeteiligung in einer zentralen Veranstaltung durchführen, obwohl offensichtlich bezirkliche Belange betroffen waren. Die traurige Bilanz von rot-grüner

(Birgit Stöver)

Bürgernähe: In jedem Bezirk darf jetzt noch einmal diskutiert werden, bevor der Senat die besonders geschützten Wohngebiete plattmacht. Ich kann Sie nur auffordern – auch Frau Senatorin, vielleicht erklären Sie sich noch einmal dazu –, Ihren Ansatz noch einmal zu überdenken. Regieren nach Guts-herrenart will in Hamburg niemand. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der SPD-Fraktion bekommt nun Herr Lohmann das Wort.

Uwe Lohmann SPD: Tja, tja.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Ja, tja, genau!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Stöver, Sie haben das mit den alten Zöpfen angesprochen. Man muss schon ganz schön tief in die Historie gehen, denn die Baupolizeiverordnung wurde im Jahr 1938 erlassen. Dann kann man ein Stück weitergehen, erst oder vielleicht schon 1960 wurde das Planrecht bundesweit einheitlich geregelt, 1962 folgte die erste Baunutzungsverordnung. Seither wurden nur noch reine Wohngebiete oder allgemeine Wohngebiete nach Paragraph 4 Baubenutzungsverordnung ausgewiesen.

Ziel der Senatsinitiative ist es, das alte Baustufenplanrecht, und das ist ja nun wirklich sehr alt, an die aktuelle Baunutzungsverordnung anzupassen. Dabei geht es lediglich um eine Änderung der zusätzlichen Nutzungen in den Wohngebieten. Alle übrigen Regelungen, insbesondere der baulichen Nutzung und zur Bauweise, bleiben unverändert. Wer sich an den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts orientiert und die Ermöglichung von zum Beispiel Kitas, auch größeren Kitas, kleineren Läden, Handwerksbetrieben, die immerhin Arbeitsplätze bringen, und Sportanlagen, die dem Bedarf der Anwohner in dem Gebiet dienen müssen, sowie Pflegeheimen und natürlich auch Flüchtlingsunterkünften als nicht vertretbare tiefgreifende Veränderung der betroffenen Wohngebiete betrachtet, der verkennt die Notwendigkeiten einer modernen Stadtgesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist eine Millionenmetropole und eine stetig wachsende Stadt. Stadtteile ändern sich in ihrer Altersstruktur und da wird dann einmal zusätzlich eine auch größere Kita benötigt oder die Menschen werden älter und benötigen eine Senioreneinrichtung. Lange Planverfahren in Othmarschen zur Genehmigung einer Kita oder die Flüchtlingsunterkunft an der Sophienterrasse – Sie haben es angesprochen – sind Beispiele, wie zäh derartige Nutzungsänderungen innerhalb eines dicht besiedelten Gebietes einer Millionenmetropole im 21. Jahrhundert sein können.

Sie behaupten in Ihrem Antrag, und das haben Sie eben auch so schön dargestellt, dass der Senat die Beteiligung der Bezirke aushebelt. Natürlich sind die Bezirke auch weiterhin für die Aufstellung von Bebauungsplänen zuständig. Das ist auch richtig so, denn die Bezirke wissen am besten, wie es lokal aussieht, und sie stellen den lokalen Bezug zum Bürgerwillen dar. Nur Bauvorhaben von gesamtstädtischem Interesse und stadtweiter Bedeutung können von der BSW angegangen werden. Alle sieben Bezirksämter hatten ausreichend Zeit, sich zu den geplanten Änderungen zu äußern. Keines der sieben Bezirksämter hat Einwände gegen das vorgeschlagene Verfahren erhoben.

(*Jörg Hamann CDU:* Das ist keine Überraschung!)

Das haben Sie eben ein bisschen anders dargestellt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen hat vor der Einleitung der Änderungsverfahren mit allen Stadtplanungsabteilungen der Bezirksämter die Verfahren erörtert und natürlich wird alles gemäß den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuches durchgeführt. Das Bebauungsplanverfahren erfolgt unter Beteiligung der Fachbehörden, der Bezirksämter, der Kommission für Stadtentwicklung, der bezirklichen Gremien und der Öffentlichkeit. Alle Beteiligungsinstrumente werden also in vollem Umfang umgesetzt.

Lassen Sie mich zum Thema Bürgerbeteiligung noch etwas sagen. Sie kommen in Ihrem Antrag einmal wieder schön damit um die Ecke, der Senat möchte den Bürgerwillen umgehen und versucht die Bürgerbeteiligung auszuschalten.

(*Jörg Hamann CDU:* So ist das!)

Einfach zwei Punkte zum Thema Bürgerbeteiligung. An vielen Stellen in dieser Stadt ist man kurz davor oder hat sich schon mit Initiativen wie in Neugraben darüber geeinigt, wie es mit den Wohnungen für Flüchtlinge in den Stadtteilen aussehen soll. Gestern, das haben wir eben in der Debatte gehört, wurde sich mit der Initiative Guter Ganztag geeinigt. Bürgerbeteiligung wird von SPD und GRÜNEN sehr ernst genommen und ist bei SPD und GRÜNEN in sehr guten Händen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke* und *Farid Müller*, beide GRÜNE)

Und dann wird es schon geradezu lächerlich, wenn Sie in Ihrem Antrag von Aushebeln sprechen.

(*Birgit Stöver CDU* und *Dennis Thering CDU:* Das ist lächerlich!)

Ich zitiere, weil es so schön passt, zu einem wesentlichen Teilbereich, warum man das eigentlich ändern muss, aus dem "Alster-Anzeiger" – Zitatangfang –:

"Die besonders geschützten Wohngebiete machen gerade einmal 1,6 Prozent des

(Uwe Lohmann)

Hamburger Stadtgebietes aus. Aber auch diese Gebiete, in denen Bürger mit hohem Bildungsgrad leben, müssen ihren Beitrag leisten."

Ich bin immer noch im Zitat.

"Alle fordern vom Senat die Etablierung von kleinen Einrichtungen, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sein sollen, damit Integration gelingen kann. Wer diese Forderung stellt, kann die besonders geschützten Wohngebiete nicht ausnehmen. Und da wäre man wieder bei dem Thema der Rechtsangleichung."

– Zitatende.

Ich finde, das trifft es verdammt gut.

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU*: Ist ja schön, dass Sie das so deutlich sagen!)

Das war das Zitat des "Alster-Anzeigers".

(Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

– Daraus kann ich noch mehr zitieren, Herr Thering, wenn Sie das wollen, aber ich glaube nicht, dass Sie das hören möchten.

Lassen Sie uns ein Planrecht für die Menschen von heute schaffen und bitte nicht an Regelungen festhalten, die aus der Lebenswirklichkeit des vergangenen Jahrtausends stammen. Stimmen Sie deshalb für unseren Zusatzantrag. Den Antrag der CDU werden wir weder überweisen noch werden wir dem Antrag zustimmen. Den Zusatzantrag der AfD lehnen wir ebenfalls ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun Herr Duge das Wort.

Olaf Duge GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich mir einmal ansehe, welche Politik die CDU im Bereich der Stadtentwicklung betreibt, über 80 Jahre alte Regelungen weiter aufrechterhalten zu wollen, zu ignorieren, dass sich die Stadtgesellschaft verändert hat, und daran festzuhalten, dann muss ich sagen, die CDU ist genauso fossil wie diese alten Regelungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Uwe Lohmann SPD*: Genau!)

Es handelt sich hier um monostrukturierte Gebiete, die allein nur die Wohnnutzung zulassen und jegliche andere Nutzung nicht ermöglichen. Das entspricht in der Tat nicht mehr der Wirklichkeit unserer Stadtgesellschaft und führt sogar dazu, dass diese Gebiete in vielen Dingen, die dort notwendig wären, qualitativ an Wert verlieren, weil eine Nahversorgung nicht möglich ist, weil Pflegeeinrich-

tungen vor Ort nicht möglich sind und auch örtliche Dienstleistungen dort nicht eingerichtet werden dürfen.

Es ist doch ein Wahnwitz, Frau Stöver, wenn wir auf der einen Seite der Straße ein geschütztes Wohngebiet haben, aber auf der anderen Seite nicht und auf der einen Seite eine Sozialeinrichtung rein darf und auf der anderen Seite nicht. Das ist doch keinem verständlich zu machen.

(*Jörg Hamann CDU*: Das ist Bauplanungsrecht!)

Ich habe eine ganze Reihe solcher Gebiete gesehen – Herr Hamann, ich zeige Sie Ihnen gern –, wo Sie in diese Situation hineinkommen. Wo Sie größere Gebiete haben, kommen Sie eben in die Situation eines Mangels an Versorgung, die wir heute in einer älter werdenden Gesellschaft aber brauchen.

(*Jörg Hamann CDU*: Ja genau, in Hamburg, das sind richtige Elendsviertel!)

– Herr Hamann, ich möchte Ihnen ganz persönlich einmal aus einem Originalton des NDR von 2012 etwas vortragen. Das betrifft Sasel, ein besonders geschütztes Wohngebiet, die Straße Heideknick. In der Straße Heideknick sollte eine Jugendwohnung für bis zu zehn Jugendliche von der Großstadtmision eingerichtet werden. Es haben sich dann Nachbarn empört, die gesagt haben,

(*Dennis Thering CDU*: Weil da keine Bürgerbeteiligung war!)

ich lese vor aus dem Originalton von NDR 90,3 vom 13. April 2012 – Zitat –:

"Wir sind nicht dagegen, dass diese Jugendgruppe kommt oder dass Jugendliche bei uns im Wohngebiet leben. Wir sind dagegen, dass aus politischen Gründen die Bauordnung übergangen wird und dass bei uns in der Siedlung eine soziale Einrichtung installiert werden soll, die nach den Bauvorschriften im Baurecht verboten ist."

Das ist nämlich die Situation. Was Sie damit schaffen, ist, dass Sie den Bezirken eine unheimliche Belastung aufdrücken,

(*Dennis Thering CDU*: 1 Prozent! Machen Sie sich nicht lächerlich!)

denn wir brauchen auch gerade in diesen Gebieten Einrichtungen, die dieser Entwicklung, die wir in der Stadt haben, Rechnung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, das sind so die letzten Zuckungen bei Ihnen, wo Sie merken, dass die bürgerlichen Bereiche Ihnen von der Stange springen und Ihr nächstes Wahlergebnis noch schlechter sein wird als das letzte.

(Olaf Duge)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Sie können sich gern aufregen, aber das nützt Ihnen in dem Zusammenhang auch nicht.

Ich ende einmal, wo wir gerade Fußball-Europameisterschaft haben, mit einem Zitat in Trapattoni-Deutsch: Ihre Stadtentwicklungspolitik ist wie "Flasche leer".

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der Fraktion DIE LINKE bekommt nun Frau Sudmann das Wort.

(Dennis Thering CDU: Ein rhetorisches Schwergewicht!)

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Da ich schon immer Herrn Hamann dazwischenrufen höre, das sei Planrecht, will ich Ihnen einmal darstellen, welche Konsequenz Ihr Antrag generell hätte, wenn man so vorgehen würde, denn der Grundtenor heißt, dass es keine Veränderungen in den Gebieten gibt. Mit diesem Grundtenor könnten wir keinen einzigen neuen Bebauungsplan machen, wir hätten nie die Chance gehabt, irgendwelche Konversionsflächen von der Bahn, der Post oder der Bundeswehr mit einem neuen Bebauungsplan zu versehen, weil natürlich alle Leute sagen könnten, man habe Vertrauensschutz, dass hier ewig Bundeswehr und Post sei. Das, Herr Hamann, kann selbst die CDU nicht wollen. So konservativ können selbst Sie nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß nicht, ob Ihnen nicht doch ein kleines bisschen die Schamesröte ins Gesicht gestiegen ist, als Sie geschrieben haben, was diese Veränderung bedeutet:

"Damit sind in diesen Wohngebieten künftig beispielsweise größere Kindertageseinrichtungen genauso erlaubt wie Flüchtlingsunterkünfte, Handwerks- und Gewerbebetriebe, kleinere Hotels oder Sportanlagen."

Das sind Bestandteile des normalen Lebens in dieser Stadt und Sie tun so, als wenn das etwas ganz Schlechtes wäre. Also eigentlich müssten Sie sich nur noch schämen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Zurufe)

Sie berufen sich darauf, der damalige Plangeber, so schreiben Sie, habe aus gutem Grund die besonders geschützten Wohngebiete abgegrenzt.

(Dennis Thering CDU: Ganz genau!)

Das war 1938 und Sie erinnern sich vielleicht, dass es 1938 ...

(Jörg Hamann CDU: Das haben Sie auch alles nicht verstanden!)

– Sie können zwar lauter werden, aber dadurch wird Ihr Antrag kein Stück besser.

(Beifall bei der LINKEN)

1938 ist die Baupolizeiverordnung erlassen worden, in der die besonders geschützten Wohngebiete aufgeführt waren. Sie erinnern sich vielleicht, 1937 gab es das Groß-Hamburg-Gesetz. Und wenn Sie einmal nachschauen, dann liegen die meisten besonders geschützten Gebiete in den Bereichen, die damals erst zu Hamburg kamen, die teilweise kleinere Ortschaften waren – abgesehen von Altona und Wandsbek – und alle eher vielleicht sogar dörflichen Charakter hatten. Da ist völlig klar, dass damals niemand daran gedacht hat, dass das vielleicht ein bisschen mehr werden könnte als Wohnen.

Aber noch viel unerträglicher finde ich, dass Sie jetzt sagen, eine Teiländerung dieser Stufenpläne würde Eigentum und vor allen Dingen Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen beeinträchtigen.

(Jörg Hamann CDU: Ja, natürlich!)

Wo habe ich Sie an meiner Seite, wenn es zum Beispiel darum geht, vierspurige Straßen auszubauen oder irgendwelche lärmbelastenden Einrichtungen zu bauen? Da sagen Sie nie, auch die Mieter und Mieterinnen hätten einen Anspruch auf Vertrauen. Da ist Ihnen das egal. Sie machen hier Klientelpolitik, die wirklich unerträglich ist, und deswegen kann man Ihren Antrag nur ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der FDP-Fraktion bekommt nun Herr Meyer das Wort.

Jens Meyer FDP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Google-Suche bemüht und dort den Begriff Baupolizeiverordnung eingibt, trägt der erste Treffer die Überschrift: "Altes Planrecht – Hamburg". Das sagt eigentlich schon alles. Der knapp 80 Jahre alte Nutzungskatalog der Baupolizeiverordnung ist nicht mehr zeitgemäß. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert, die Leitbilder der Stadtplanung haben sich geändert, die Anforderungen an das Wohnen und Arbeiten haben sich geändert und somit auch die Organisation der Stadt. Darauf muss man reagieren und darauf wird auch schon reagiert. In ständiger Rechtsprechung und in der Verwaltungspraxis der letzten Jahrzehnte wurden Vorschriften der Baupolizeiverordnung aufgehoben, eingeschränkt oder auch neu ausgelegt. Dass der Senat nun den Schritt geht und die Baustufenpläne überarbeitet, ist daher konsequent

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

(Jens Meyer)

– ja, liebe SPD –, denn in diesen in den Baustufenplänen gekennzeichneten, besonders geschützten Wohngebieten können alle Arten von gewerblichen und handwerklichen Betrieben sowie Läden und Wirtschaften ausgeschlossen sein. Wir haben das nun hier schon vielfach gehört. Häufig sind aber auch soziale Einrichtungen ausgeschlossen wie Kindergärten, Sportanlagen und – auch das, liebe CDU – Flüchtlingsunterkünfte. Seit Monaten diskutieren wir über Möglichkeiten der Flüchtlingsunterbringung und auch Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, fordern doch kleinteilige dezentrale Unterbringungen. Diese können nur gelingen, wenn wir möglichst viele Potenziaflächen finden, auf denen kleinteilige Unterbringungen möglich sind.

(Beifall bei der FDP)

Bislang ist dies in den besonders geschützten Wohngebieten rechtlich nicht zulässig und somit fallen viele Quartiere bei der Suche schlicht durch das Raster. Die Teiländerungen der Baustufenpläne bieten somit auch hier eine Chance. Eine Chance, die wir nutzen sollten. Eines muss dabei aber völlig klar sein: Der Senat darf die Änderung nicht als Hintertür missbrauchen, um Großunterkünfte gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam und in großer Verantwortung die alten Zöpfe des Baurechts, von denen hier schon die Rede war, abschneiden und auch ohne aufwendige, langwierige B-Plan-Verfahren städtebauliche Veränderungen zulassen. Eine pauschale Ablehnung der Teiländerungen von Baustufenplänen, liebe CDU, bringt uns hier wirklich nicht weiter.

Stattdessen braucht es in der Verfahrensweise mehr Ehrlichkeit und Transparenz. Es kann nicht angehen, auch das wurde schon angesprochen, dass der Senat bereits am 7. April 2016 die Einleitung eines Verfahrens zur Änderung von insgesamt 17 Baustufenplänen bekannt gibt, ohne dass das Parlament, die Bezirksversammlung oder auch nur ein Bürger im Vorfeld von den bevorstehenden Änderungen erfahren hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich selbst habe es, wie sicherlich viele andere auch, erst Wochen später der Presse entnommen. Und selbst in der Kommission für Stadtentwicklung werden wir erst am 20. Juni 2016 über die Änderungen des alten Planrechts informiert. Formal mag dieses Vorgehen in Ordnung sein, frühzeitige und nachvollziehbare Informationspolitik sieht aber anders aus.

Um dieses und anderes noch einmal intensiver zu diskutieren, können wir den Antrag gern an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. In der Sache aber lehnen wir den CDU-Antrag wie auch den Zusatzantrag der AfD ab. Dem Antrag der Re-

gierungsfraktionen werden wir dagegen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Uwe Lohmann SPD*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Baustufenpläne wurden überwiegend in den Fünfzigerjahren erlassen und haben dazu das gesamte Stadtgebiet abgedeckt. Das ist lange her und zwischenzeitlich auch sehr oft überplant worden. Dennoch werden hinsichtlich der Bauvorgaben, auch wenn diese nicht unbedingt sehr detailliert ausfallen in diesen Baustufenplänen, immer noch große Gebiete der Hansestadt durch eben diese Baustufenpläne geregelt und haben daher eine hohe Relevanz.

Jetzt wurde mit dem "Amtlichen Anzeiger" vom 26. April 2016 die Aufhebung von Gebieten verkündet, die in diesen Baustufenplänen als besonders geschützte Wohngebiete ausgewiesen werden. Die Konsequenz: Der Bau von Handwerk und Gewerbebetrieben, von Asylantenheimen, von kleineren Hotels oder Sportanlagen in diesen Gebieten wäre dann zum Beispiel grundsätzlich möglich, was derzeit nicht der Fall ist.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Wen überrascht jetzt diese Änderung? Eigentlich hätte doch einem jeden klar sein müssen, dass SPD und GRÜNE genau das tun werden, hat doch auf entsprechenden öffentlichen Anhörungen zu der Causa Umwandlung der Sophienterrasse in ein Asylantenheim zum Beispiel der SPD-Bezirksamtsleiter, Herr Dr. Sevecke, unverhohlen mit der Änderung des Baustufenplans gedroht, wenn sich die Menschen dort nicht gefügig zeigen. Da kann man nur sagen: versprochen und gehalten.

Wo steckt dann der eigentliche Aufreger? Dass die Baustufenpläne geändert werden sollen? Nein, das ist nicht der Aufreger. Darüber kann man unserer Meinung nach reden, macht die alte Regelung doch aufgrund ihrer groben Vorgaben oft eine aufwendige Einzelfallprüfung notwendig, die das Verfahren – und das möchten wir alle nicht – unnötig in die Länge zieht. Bei der jetzigen Änderung aber bereiten uns die möglichen Hintertürchen, die damit der SPD und den GRÜNEN geöffnet werden, Kopfschmerzen. Wir wollen die Wohngebiete, die eine gewisse Einzigartigkeit besitzen, aber so erhalten, wie sie jetzt sind. Dies wird durch die Möglichkeit, die deren Paragraph 3 der Baunutzungsverordnung bietet, aber bedroht. Wir fordern daher, Läden und nicht störende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Gebietes

(Detlef Ehlebracht)

nützlich und notwendig sein können, zuzulassen, alle weiteren Ausnahmeregelungen nach Paragraph 3 allerdings auszuschließen, um diese über Jahrzehnte gewachsenen Gebiete in ihrer Substanz nicht zu gefährden und ihren Charakter nicht zu verändern.

Wir haben dazu einen Zusatzantrag gestellt, aber dieser Zusatzantrag ist nicht in Stein gehauen. Auch darüber kann man reden, wenn man ihn denn einmal überweisen würde, und vielleicht diesen Zuschnitt an Ausnahmen anders gestalten – entsprechende Diskussionsbereitschaft vorausgesetzt, die hier aber kategorisch abgelehnt wird.

Aber noch einmal: Wo ist jetzt eigentlich der Aufreger in diesem Skandal? Und das kann man durchaus einen Skandal nennen. Er steckt in der Art und Weise, wie hier vorbei an der öffentlichen Beteiligung entscheidende Veränderungen im Baurecht im Bereich der Stadtplanung vorgenommen werden. Diese Veränderungen haben weitreichende Auswirkungen auf die genannten 17 Stadtviertel mit den Zigtausenden von Menschen, die dort wohnen und leben. Die Diskrepanz, die hier offenkundig wird, ist frappierend, und zwar zwischen dem, was SPD und GRÜNE hinsichtlich Bürgerbeteiligung immer wieder predigen, und dem, was jetzt hier gemacht wurde. Man könnte oft den Eindruck bekommen, dass Sie der Erfinder der Bürgerbeteiligung sind, und jetzt liefern Sie auf der anderen Seite ein Lehrstück ab, wie man genau diese Bürgerbeteiligung aushebelt und hintergeht, aber schauen jeden Morgen immer noch frisch in den Spiegel.

Wie man es durch die kalte Küche schafft, die zu unbequemen Fragen bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern hätte führen können, wenn man daraus ein Verfahren mit Bürgerbeteiligung gemacht hätte. Da wir uns, wie dargestellt, die Änderungen an den Baustufenplänen zum Zwecke einer besseren Absicherung der geschützten Wohngebiete grundsätzlich vorstellen können – wir sind also nicht kategorisch gegen Veränderung und beharren auf dem Alten, wobei Altes nicht unbedingt immer schlecht ist, um das hier auch einmal festzuhalten –, werden wir Punkt 1 des CDU-Antrags nicht zustimmen, denn er lehnt eben kategorisch jedwede Veränderung ab. Punkt 2 werden wir jedoch umfänglich zustimmen.

Den SPD-Antrag können wir nur ablehnen. Hier muss es erst eine allgemeine, breite öffentliche Diskussion geben. Es muss ins Bewusstsein der Menschen eindringen, welche Änderung hier vonnöten ist und was geplant ist, um dann darüber abstimmen zu können. Den Antrag können Sie noch einmal in einem halben Jahr vorlegen, dann können wir ihm auch zustimmen. Aber hier wollen Sie auch wieder in einem Husarenstreich wahrscheinlich mit einer einzigen Vorstellung pro Bezirk das

Thema dort abhandeln. Das lassen wir, wenn es nach uns geht, nicht zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier faktisch um zwei unterschiedliche Rechtsgebiete in reinen Wohngebieten: um Altrechte, die vor 1962 entstanden sind, und um Neurechte, die später entstanden sind. Die besonders geschützten Wohngebiete, um die es hier geht, sind meiner Ansicht nach aus der Zeit gefallen.

(Dennis Thering CDU: Ihrer Ansicht nach! Das sehen die Bürger anders!)

Und da bin ich auch denjenigen Kolleginnen und Kollegen hier im Haus dankbar, die aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN, der LINKEN und FDP das genauso sehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Ausweisungen in den Baustufenplänen als besonders geschütztes Wohngebiet nach der Baupolizeiverordnung von 1938 sind größtenteils bereits um 1950, also unmittelbar nach Kriegsende entstanden. Ziel war es damals, die besondere Eigenart einiger damaliger Altbaugebiete zu schützen, indem dort zum Beispiel Läden oder Handwerksbetriebe ausgeschlossen wurden. Eine solche Nutzungsmischung mit Läden und Handwerk war seinerzeit sowohl mit störendem Lärm als auch mit gestalterischen Auswirkungen verbunden, und davor, das war die Intention, wollte man die Villengebiete schützen.

Auf der anderen Seite wurde in den Baustufenplänen überhaupt nicht geregelt, ob zum Beispiel soziale, kirchliche oder kulturelle Nutzungen in den Wohngebieten zulässig waren. In den besonders geschützten Wohngebieten, das wissen wir, kann daher nicht einmal der Bäcker an der Ecke ohne Weiteres genehmigt werden. Solche Baugebiete sind nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die in der Baupolizeiverordnung verwendeten veralteten Begrifflichkeiten führen auch zu großen Unsicherheiten. Auch darauf ist schon hingewiesen worden. Ein Beispiel: Gerichte haben entschieden, dass die in den besonders geschützten Wohngebieten zulässigen Kitas den Wohnbedürfnissen im Sinne der Baupolizeiverordnung dienen müssen oder jedenfalls damit verträglich sein müssen. Das träfe nur auf kleine Anlagen zu und das führt zu großen Rechtsunsicherheiten beispielsweise bei der Frage, was klein ist bei einer Kita.

(Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

Außerdem ist wirklich nicht mehr zu erklären, warum in Hamburg in den Gebieten, in denen Menschen wohnen, ein Durcheinander von historischem und aktuellem Baurecht zu finden ist. Deswegen haben wir ein Verfahren begonnen, veraltete und starre besonders geschützte Wohngebiete der alten Baustufenpläne zu reinen Wohngebieten nach der aktuellen Baunutzungsordnung umzuwandeln. Diese reinen Wohngebiete sind übrigens die am stärksten geschützten Wohngebiete, die das aktuelle Baurecht kennt.

Was bedeutet das jetzt? Diese Gebiete genießen in Zukunft den höchsten Schutz, den das Baugesetzbuch vorsieht, und diese Regelungen sind damit dann auch hamburgweit vereinheitlicht. Die einzige Ergänzung ist die, dass zukünftig auch ausnahmsweise zulässig ist, was Quartiere eben lebenswert macht: Läden und Geschäfte, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner für ihren täglichen Bedarf einkaufen können, Handwerksbetriebe, die nicht stören, kleine Hotels, Pensionen und auch Anlagen für soziale Zwecke und solche Einrichtungen, die für die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets da sind aus den Bereichen Kirche, Kultur, Gesundheit und Sport.

(Dennis Thering CDU: Das erzählen Sie den Bürgern mal!)

Dieser Prozess wird selbstverständlich gemeinsam mit den Hamburgerinnen und Hamburgern umgesetzt. Unsere Fachleute haben, auch das ist schon erwähnt worden, bereits in den Stadtplanungsausschüssen der Bezirke Altona, Eimsbüttel, Wandsbek, Harburg und Hamburg-Nord Rede und Antwort gestanden. Die GrobAbstimmung hat Ende Mai 2016 einvernehmlich mit den Bezirken stattgefunden.

Zusammengefasst geht es also um drei Dinge: Wir wollen das Hamburger Planrecht fit machen für erstens eine behutsame Stadtentwicklung der Zukunft, um die Quartiere lebenswert zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)

Wir wollen zweitens Einheitlichkeit schaffen, um die Flickenteppiche aus historischem Baupolizeirecht und modernem Planrecht zu beenden. Und wir wollen drittens den hohen Schutz dieser Gebiete erhalten, indem wir ihnen den höchsten Schutz zukommen lassen, den das moderne Baurecht vorsieht. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung. Und bei Ihnen, liebe CDU, sind die alten Zöpfe allerdings noch vorhanden, bei uns nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Senatorin. – Das Wort hat Herr Hamann von der CDU-Fraktion.

(Arno Münster SPD: Das stimmt doch alles nicht, was Sie erzählen!)

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es geht hier nicht um alte Zöpfe. Was Sie hier versuchen, ist im Grunde, kahl durch die Gegend zu laufen, um Ihre Nacht-und-Nebel-Aktion irgendwie durch diese Stadt zu bringen, denn das haben Sie ja bisher noch nicht erklärt. Wenn das alles so gut gemeint ist und wenn Sie glauben, das sei alles so richtig und wichtig, warum sind Sie dann nicht mit einem Ihrer vielen Anträge nach vorn gekommen und haben das in der Bürgerschaft verkauft und vorgestellt?

Wenn ich mir die Tagesordnung anschau, dann stellen Sie wegen jedem Kleinkram irgendwelche Anträge und melden Debatten an. Was war für morgen angemeldet? England don't go oder Ähnliches. Wunderbar. Um solche Sachen kümmern Sie sich,

(Beifall bei der CDU)

aber hier geht es immerhin um erhebliche Teile der Stadt.

(Uwe Lohmann SPD: Erhebliche? 1,6 Prozent!)

– Diese 1,6 Prozent sind Ihnen nicht wichtig, das haben Sie hinreichend deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Sie meinen also, dafür brauche es keine Anträge und keine Presseerklärung, das solle einfach so bei Nacht und Nebel im Verfügungswege und nebenbei passieren. Wenn wir als Opposition nicht aufgepasst und das angemeldet hätten, dann hätten wir es heute doch auch überhaupt nicht debattiert. Dann hätten Sie weiterhin versucht, es zu verschweigen.

(Dennis Thering CDU: An den Bürgern vorbei!)

Und weil Sie es weiterhin verschweigen wollen, überweisen Sie es auch nicht mehr an den Ausschuss. Was spricht denn dagegen, wenn all das so gut gemeint ist für die Bürger? Jetzt gucken Sie nicht weg, Herr Kienscherf, jetzt müssen Sie auch weiter hingucken.

(Dirk Kienscherf SPD: Ich gucke immer hin! Wir machen das mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort!)

– Wie heißt es so schön, Ihr Schweigen klagt Sie an. Dazu fallen Ihnen keine Worte ein.

Warum besprechen wir es nicht im Ausschuss? Es ist doch eine gute Sache. Es ist doch wichtig, das hat die Senatorin doch erzählt. Aber es soll nicht in die Öffentlichkeit, es soll auch nicht in den Aus-

(Jörg Hamann)

schuss und es soll möglichst niemand merken. Das glaubt Ihnen doch alles niemand.

(Beifall bei der CDU und bei *Detlef Ehlebracht* AfD)

Ihre ganzen Geschichten, die Sie dann hier bringen, es gebe Bereiche in der Stadt, da sei nicht vernünftig zu wohnen, glaubt Ihnen doch auch niemand. Dann versuchen Sie so konstruierte Beispiele wie: In dem einen Gebiet darf diese Jugendwohnung nicht angesiedelt werden, aber dann muss man über die Straße gehen und da ist dann die Jugendwohnung. Das ist doch an sich absurd.

Wir sind in einer Stadt. Das sind Gebiete, die haben manchmal einen Durchmesser von 1, 2, 3, 4 Quadratkilometern, da läuft man dann 3, 4 Minuten zum Bäcker. Und jetzt sagen Sie, aber da müsse unbedingt der Bäcker hin.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Wo muss das besonders geschützt sein?)

Da leben Menschen, die die Häuser und Wohnungen gekauft haben im Vertrauen darauf, dass sie in einem Gebiet wohnen, wo es bestimmte Sachen nicht gibt wie eben beispielsweise ein Hotel. Was Sie hier wollen, ist doch eindeutig und das ist auch nur vorgeschoben. Das ist alles angetrieben von Ihrer Angst und Befürchtung – die sich auch bewahrheitet hat –, dass Sie nicht zurechtkommen mit der ganzen Flüchtlingsproblematik. Dann haben Sie gedacht, dann müssten Sie das da auch machen. Bei der Sophienterrasse am Mittelweg haben Sie eins auf die Nase bekommen, das wissen wir auch alles. Jetzt wird wieder weggeguckt, natürlich, Herr Kienscherf. Aber sich damit auseinanderzusetzen, das machen Sie hier nicht, sondern es wird einfach vorgeschoben und es soll einfach durchgestimmt werden. Sie haben versucht, das hier mit Tricksen durch die Stadt zu bringen, und jetzt machen Sie mit Mauseln weiter, nachdem Sie beim Tricksen erwischt wurden. Das ist alles andere als ordentliches Regieren. Das ist eine miese Geschichte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen damit zu den Abstimmungen.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/4664, das ist der CDU-Antrag, an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann kommen wir zu der Abstimmung in der Sache und beginnen mit dem Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/4853.

Wer möchte diesem folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Nun zur Drucksache 21/4664, dem Antrag der CDU-Fraktion. Diesen möchte die AfD-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte zunächst der Ziffer 1 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte sich dann Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Schließlich zum Antrag der GRÜNEN und der SPD aus der Drucksache 21/4854.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 53, Drucksache 21/4696, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Lehrerbildung verankern.

**[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:
Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in der Lehrerbildung verankern
– Drs 21/4696 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, diese Debatte zu streichen. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus der Drucksache 21/4696 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 49, Drucksache 21/4692, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte absichern und verstetigen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte absichern und verstetigen!
– Drs 21/4692 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Quartiers- und Stadtteilbeiräte langfristig sichern und stärken!
– Drs 21/4855 –]**

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4855 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Bitte schön, Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben es.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute wollen wir über die Quartiers- und Stadtteilbeiräte reden, die wahrscheinlich die meisten von Ihnen sowohl kennen als auch schätzen gelernt haben. Wenn Sie als Abgeordnete vor Ort Informationen brauchen oder wenn Sie wissen wollen, wie die Stimmung ist, dann fragen Sie nicht nur Ihre Bezirksabgeordneten oder Regionalausschussvertreterinnen und -vertreter, sondern Sie werden sicherlich auch mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den Stadtteil- und Quartiersbeiräten reden. Dieses geballte Wissen hilft uns, und wir alle haben feststellen können, dass im letzten Jahr die Stadtteilbeiräte einen großen Anteil daran hatten, die Geflüchteten in dieser Stadt zu integrieren. Dafür gebührt ihnen großer Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dirk Kienscherf* SPD und *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Da die SPD gerade nicht klatscht – einer hat geklatscht, jetzt bringe ich euch alle zum Klatschen –, zitiere ich noch einmal aus dem SPD-Antrag:

"Die bestehenden Stadtteil- und Quartiersbeiräte sind eine wichtige Konstante in ihren Gebieten. Viele der Beteiligten engagieren sich hierbei über viele Jahre für ihr Quartier."

Das ist wirklich super und das verdient auch Ihren Applaus, wie ich doch sehr hoffe.

(Beifall bei der LINKEN)

– Klappt doch.

Aber die Anerkennung und die Wertschätzung allein reichen nicht, das wissen wir als Abgeordnete auch. Wir wissen sehr wohl, dass die Menschen, die sich dort engagieren, auch die Möglichkeit brauchen, sich zu engagieren, und dazu gehören oft solche Kleinigkeiten wie die Möglichkeiten, Einladungen zu verschicken oder Räume zu buchen und zu bezahlen. Dafür braucht es auch Geld. Für eine gute Arbeit in den Stadtteil- und Quartiersbeiräten wird Geld benötigt. Sie brauchen das Geld, um ihre Arbeit finanziell absichern zu können, und vor allen Dingen auch, um für die Zukunft planen zu können und nicht jedes Jahr neu zu bibbern, ob man auch Geld bekommt. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, denn wir wollen die Stadtteil- und Quartiersbeiräte absichern und finanziell auch gut ausstatten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einen kleinen Blick zurückwerfen. Vielleicht ist es vielen gar nicht bewusst, dass die Stadtteilbeiräte eines der ältesten Instrumente der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in Hamburg sind. Sie sind überwiegend in den Siebzigerjahren entstanden, als hier großflächig Sanierung stattfinden sollte. Es gab viel Anlass für Protest. Die Stadtteilbeiräte haben sich dann erkämpft, in den Sanierungsgebieten mitreden zu dürfen – es gibt da verschiedene Auffassungen, ob die Stadtteilbeiräte auch ein bisschen eingefangen wurden –, aber ich glaube, mittlerweile sind sich alle sehr sicher, dass sie gute Arbeit leisten. Und schon vor 40 Jahren gab es die Diskussion, die wahrscheinlich auch Herr Kienscherf gleich wieder führen wird: Ist das eigentlich in dem parlamentarischen System, das wir haben, in Ordnung? Ist das nicht ein bisschen verfassungswidrig und ein bisschen komisch, dass wir neben den gewählten Gremien auch Stadtteilbeiräte haben? Damals ist entschieden worden, das ein bisschen den gewählten Gremien anzupassen. Nicht indem die Parteien da proporzmäßig vertreten sind, sondern indem in den Stadtteilbeiräten paritätisch Bewohnerinnen und Bewohner, Gewerbetreibende, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, Vereine und soziale Einrichtungen sind, also die Expertinnen und Experten vor Ort.

Wir haben in dieser Bürgerschaft sehr oft beklagt, wie auch in Hamburg die Politikverdrossenheit wächst. Wir haben oft beklagt, dass die Wahlbeteiligung immer weiter sinkt. In Hamburg-Mitte lag bei der Bezirksversammlungswahl die Wahlbeteiligung bei 44 Prozent, in Harburg bei 49 Prozent. Wenn wir dann auch noch bedenken, dass viele Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Bezirken und Stadtteilen leben, kein Wahlrecht haben, dann sollten wir doch froh darüber sein, dass es Menschen gibt, die sich engagieren, und sie nicht gegeneinander ausspielen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Regionalausschüsse.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts – ich hoffe, da sind wir uns einig – braucht die Beteiligung und auch die Einflussnahme von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Wer der Meinung ist, es reiche, alle fünf Jahre eine Stimme abzugeben, der spricht definitiv nicht von Beteiligung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben unseren Antrag gesehen, er ist relativ kurz und knackig. Es geht uns vor allen Dingen darum, dass es einen eigenen Posten im Haushalt gibt, der dezidiert für die Quartiers- und Stadtteilbeiräte vorgesehen ist. Und wir sagen, wir fangen an mit 1 Million Euro. Wir haben über 50 Beiräte, die in ganz Hamburg arbeiten, und wir finden, es sollen auch noch mehr werden.

(Heike Sudmann)

Wenn ich jetzt den SPD-Antrag lese, stelle ich erst einmal das Positive heraus. Ich bin sehr froh, dass SPD und GRÜNE gemeinsam sagen, sie hätten eine hohe Anerkennung für die Arbeit, die die Stadtteil- und Quartiersbeiräte leisten. Das ist sehr gut und daran sollten wir auch festhalten. Ich finde auch Ihre Überlegung sehr gut, dass der Senat prüfen möge, ob die Stadtteilbeiräte als sogenannte Träger öffentlicher Belange im Planverfahren einbezogen werden sollen. Dafür haben Sie auch von unserer Seite Applaus verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

– Genau, klappt noch. Aber schwierig wird es genau bei dem Kernpunkt unseres Antrags. Ich habe es schon einmal gesagt, es geht um Geld. Jetzt schreiben Sie in Ihrem Antrag:

"Der Senat wird ersucht, der Bedeutung der bestehenden Beiräte dahin gehend Rechnung zu tragen, dass sie im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes [...] eine offizielle Erwähnung finden."

Ich weiß nicht, was Ihnen dazu einfällt, wenn Sie hören, im Haushaltsplan solle etwas eine offizielle Erwähnung finden.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Können Sie den zweiten Punkt auch noch vorlesen?)

– Nein, ich bin beim ersten Punkt, den wir heute abstimmen, und der heißt: eine offizielle Erwähnung.

Erwähnung kann ja schon heißen, dass zum Beispiel beim bezirklichen Quartiersfonds steht, daraus sollen auch die Stadtteilbeiräte finanziert werden. Herr Kienscherf, ich wäre sehr froh, wenn Sie sich hier gleich hinstellen und sagen, diese Erwähnung sei nicht so gemeint, dass die Stadtteilbeiräte irgendwo mit reingemuscht würden, sondern es gehe darum, dass die Stadtteilbeiräte einen verlässlichen Fonds haben, von dem sie wissen, dass genau dieses Geld ihnen zusteht, und zwar ausschließlich ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen auch sagen, warum das so wichtig ist, denn beim ersten Lesen Ihres Änderungsantrags werden viele gedacht haben: Klasse. Sie sprechen von einer langfristigen finanziellen Förderung der Beiräte. Dann wird es schon ein bisschen schwächer, Sie sagen, der Mittelumfang solle sich an dem von heute orientieren. Das würde heißen, neue Beiräte kommen nicht dazu. Und dann sagen Sie in Ihrem dritten Punkt:

"Die Finanzierung sollte insbesondere über den bezirklichen Quartiersfonds erfolgen."

Eigentlich müssten alle Abgeordneten, die vor Ort sind, wissen, dass diese bezirklichen Quartiersfonds völlig ausgelutscht sind. Daraus werden Bürgerhäuser finanziert, daraus werden gute Sachen

finanziert, aber es ist gar nicht mehr das Geld dafür da, noch mehr für die Stadtteilbeiratsarbeit zu finanzieren.

(*Farid Müller GRÜNE*: Das wissen Sie doch gar nicht! Wir haben die Haushaltsberatungen noch vor uns!)

– Herr Müller, wir wissen, wie es zurzeit aussieht.

Sie schreiben hier, die Finanzierung solle insbesondere über den bezirklichen Quartiersfonds erfolgen und dieser solle mindestens verstetigt werden. Da steht nichts von einer Erhöhung. Sie wissen heute, dass das Geld nicht reicht, und deswegen sollten Sie hier klipp und klar sagen, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt werden soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Sie an die Debatten erinnern, die wir heute schon geführt haben. Als wir uns über die Volksinitiative "Guter Ganztag!" unterhalten haben, habe ich sehr oft gehört, gerade auch aus dem Mund der rot-grünen Koalitionsvertreterinnen und –vertreter, wie wichtig Beteiligung sei. Das hat mich wirklich gefreut. Und ich denke, dass Sie Beteiligung nicht nur auf kleine Gruppierungen, die jetzt Interessen vertreten, beschränken wollen, sondern dass Sie auch sagen, die Beteiligung in den Stadtteilen sei Ihnen wichtig. In den Stadtteilen, wo das Herz dieser Stadt ist. In den Quartieren, wo die Menschen sich engagieren.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Deswegen wünsche ich mir sehr, dass Sie Ihren Antrag zusammen mit unserem Antrag an den Ausschuss überweisen, damit wir gemeinsam darüber diskutieren können, wie wir am besten Beteiligung sichern können und wie wir gegen Politikverdrossenheit in dieser Stadt etwas unternehmen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Das Wort hat Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Sudmann, einleitend können wir insgesamt für Hamburg feststellen, dass es ein so breites Spektrum an Bürgerbeteiligung und eine so enge Vernetzung in keiner anderen Stadt in Deutschland gibt. Die Bürgerbeteiligung in Hamburg ist spitze.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Ich will das einmal ein bisschen strukturieren, liebe Kollegin Sudmann, denn da sind so ein paar Punkte gefallen. Wir sind im Dialog mit dem Netzwerk. Und da ist merkwürdig: Wir haben über viele Dinge gesprochen und da geht es in der Tat um das The-

(Dirk Kienscherf)

ma Finanzierung. Aber worüber wir nicht einmal in den letzten vier Jahren gesprochen haben, ist, ob diese Stadtteilbeiräte irgendwie verfassungswidrig sind oder ob sie den Regionalausschüssen Konkurrenz machen. Also da muss ich einmal den Appell an DIE LINKE richten, nicht überall zu versuchen, irgendetwas zu skandalisieren, wo es keinen Skandal gibt.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Nicht irgendwo neue Fragen auftauchen zu lassen, wo es keine Fragen gibt. Wir bekennen uns klar zu den heutigen Stadtteilbeiräten und wir werden dafür sorgen, dass es diese langfristig geben wird.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE – Glocke*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Dirk Kienscherf SPD:* Ich habe nur noch wenig Redezeit, aber natürlich lasse ich eine Frage der Kollegin Sudmann zu.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:* Herr Kienscherf, wir haben schon öfter hier debattiert. Erinnern Sie sich daran, wer immer gesagt hat, wir müssten auf jeden Fall die Regionalausschüsse berücksichtigen, die quasi über den Stadtteilbeiräten stehen? Nach meiner Erinnerung waren Sie das. Insofern trifft der Punkt immer noch genau zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Dirk Kienscherf SPD (fortfahrend):* Nein, liebe Kollegin, da muss ich Sie enttäuschen. Wir haben bei den bestehenden Stadtteil- und Quartiersbeiräten nie infrage gestellt oder überhaupt nur prüfen wollen, ob sie verfassungsgemäß sind oder nicht.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das habe ich gar nicht gefragt!)

Das ist völliger Blödsinn und das wissen Sie auch.

(Beifall bei *Dr. Mathias Petersen SPD*)

– Da kann man ruhig applaudieren, das ist so.

Kommen wir noch einmal zum Anfang der Diskussion. Wir haben in Hamburg eine breite Bürgerbeteiligung und wir haben in der Tat die Situation, dass die Stadtteilentwicklung in den Bezirken stattfindet. Das finden wir alle gut so und da haben wir die Bezirke auch in den letzten Jahren gestärkt. Wir haben darüber hinaus, und das ist hier angesprochen worden, bei den Städtebaufördergebieten, wo wir festgestellt haben, dass es bauliche, aber auch soziale Probleme gibt, nachgesteuert. Dort haben wir Sanierungsgebiete entstehen lassen. Dort haben wir Gebiete der regionalen Stadt-

teilentwicklung entstehen lassen. Und hier haben wir auch eine Beiratsstruktur geschaffen. Ich glaube, wir können heute sagen, dass wir in Bezug auf diese Beiratsstruktur und diese besonderen Städtebauförderungsgebiete alle gemeinsam erfolgreiche Arbeit geleistet haben – Politik, Verwaltung, die Stadtteilbeiräte, wir alle gemeinsam, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Aber eines ist an vielen Orten eben nicht passiert: Man wusste, dass diese Gebiete zeitlich befristet sind und dass eigentlich überall vorgesehen war, eine Nachsorge zu betreiben. Denn eigentlich war überall das Ziel genannt worden, dass diese Gebiete sich langfristig selbst tragen sollen. Und auch die Strukturen, die man schafft, sollen sich langfristig selbst tragen. Das ist in vielen Gebieten ehrlich gesagt unterblieben. Als dann vor ein, zwei Jahren viele Gebiete aus der Förderung gefallen sind, haben wir natürlich mit den Stadtteilbeiräten zusammen das Problem gesehen, dass es nicht sein kann, dass diese Gebiete aus der Förderung fallen, bei denen wir weiterhin einen Unterstützungsbedarf sehen, aber diese Stadtteilbeiräte zukünftig finanziell nicht mehr unterstützt werden. Deswegen haben wir eine Lösung gefunden, diese Beiräte auch weiterhin finanziell zu unterstützen. Es ist gut, dass wir diese Lösung gefunden haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Diese Lösung – deshalb verstehe ich das auch wiederum nicht, Kollegin Sudmann – lag unter anderem darin, dass wir einen Quartiersfonds geschaffen haben. Wir als Bürgerschaft haben einen bezirklichen Quartiersfonds geschaffen, der für viele Dinge eingesetzt wird. Zuerst war es für das Thema Offene Kinder- und Jugendhilfe und die Umsteuerung. Aber wir haben ihn noch einmal aufgestockt und dann den Hinweis gegeben, die Bezirke müssten mit den zusätzlichen Mitteln dafür sorgen, dass wir diese Beiratsstrukturen erhalten. Das haben die Bezirke gemacht und das erwarten wir auch. Dazu dient auch dieser Antrag und er ist ein deutlicher Hinweis an die Bezirke, dass wir weiterhin mindestens dieses Niveau des Quartiersfonds halten werden. Vielleicht kann er irgendwann aufgestockt werden, aber wir werden ihn zumindest halten. Das ist ein deutlicher Appell an die Bezirke, dass die finanzielle Unterstützung der Quartiersbeiräte langfristig fortgeschrieben wird, und das ist ein klares Bekenntnis zur Arbeit der Stadtteil- und Quartiersbeiräte.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Darüber kann es gar keine zwei Meinungen geben und diese Mittel können auch nicht verplant sein,

(Dirk Kienscherf)

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Natürlich!)

sondern sie werden erst einmal wieder neu aufgestellt. Wir machen den Haushalt und Sie müssen sich an dieser Diskussion auch irgendwann einmal beteiligen, auch mit der Schuldenbremse letztendlich. Das müssen Sie einmal akzeptieren. Für uns ist aber wichtig, dass wir diese Verlässlichkeit erreichen. Wir wissen, es gibt den Wunsch von Stadtteilbeiräten, die sagen, sie möchten selbst einen eigenen Titel haben. Sie möchten einen Titel von 1 Million Euro Umfang haben. Da haben wir einen Dissens, weil wir sagen, wir statten den bezirklichen Quartiersfonds entsprechend üppig aus. Die Bezirke können am besten entscheiden. Es gibt auch unterschiedlichste Lösungen für diese Stadtteil- und Quartiersbeiräte. Ihr Mitarbeiter weiß es selbst, liebe Kollegin Sudmann, weil er bei diesen Gesprächen immer dabeisitzt, was ich sehr schön finde. Jetzt hat er einen Antrag daraus gemacht, aber er weiß auch aus eigener Erfahrung, dass es sehr unterschiedliche Strukturen in den Bezirken gibt. Ich sitze auch in einem Quartiersbeirat. Wir haben das, glaube ich, im südlichen Hamburg sehr gut hinbekommen. Im Bereich Nord sieht es wieder ganz anders aus, und ich glaube, wir sollten alle die Chance nutzen, den Bezirken den Gestaltungsspielraum auch weiterhin zu gewährleisten. Sie können am besten entscheiden, wie sie die Stadtteilbeiräte unterstützen. Das Einzige, was wir ihnen vorgeben sollten, ist, dass sie diese ausreichend unterstützen müssen, aber das tun wir mit unserem Antrag.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Tosen-der Applaus bei der SPD!)

– Kein tosender Applaus, Frau Boeddinghaus, nun bleiben Sie doch einmal ganz ruhig.

Also deswegen gibt es da den Unterschied. Wir wollen die Erwähnung im Haushaltsplan. Ich glaube, es ist in der Tat auch im Bezirksverwaltungsgesetz richtig, darauf hinzuweisen, dass Bürgerbeteiligung und die Stadtteilbeiräte wichtig sind. Daher die Aufführung. Wir wollen auch, dass letztendlich geprüft wird, dass sie als Träger öffentlicher Belange oder wie auch andere im Rahmen von Planungsprozessen berücksichtigt werden. Auch das ist aus unserer Sicht wichtig.

Darüber hinaus wollen wir noch andere Instrumente der Bürgerbeteiligung stärken, nämlich dort, wo sich Bürgerinnen und Bürger nur temporär einbringen wollen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben den Wunsch, sich für ein bis zwei Jahre bei wichtigen Projekten einzuklinken, aber danach nicht mehr. Das machen wir über die Stadtwerkstatt, das wollen wir ausbauen und auch dazu haben wir Anträge vorgelegt. Die Themen Bürgerbeteiligung und Absicherung von Stadtteil- und Quartiersbeiräten sind bei uns, bei der Regierungsfraktion, in guten Händen, und wir werden dafür sorgen,

dass beides langfristig abgesichert und auch noch ausgebaut wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kienscherf. – Das Wort hat Herr Wolf von der CDU-Fraktion.

Dr. Jens Wolf CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! An Bürgerbeteiligung mangelt es derzeit in dieser Stadt nicht. Wir sehen sehr viel Engagement der Menschen vor Ort. Ich nenne hier nur die Themen Busbeschleunigung, Parkplatzvernichtung und Flüchtlingsunterkünfte. All dies sind Themen, die die Menschen wirklich vor Ort dazu motivieren, sich zu engagieren, zu Versammlungen zu gehen, sich einzubringen. Allein die Flüchtlingshilfe in und um die Unterkünfte herum, die wir seit letztem Herbst in dieser Stadt gesehen haben, zeigt, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bereit sind, sich zu engagieren. Das ist allerdings ein kurzfristiges, ein Ad-hoc-Engagement. Es gibt auch längerfristiges Engagement und dieses Engagement zeigt sich in den verschiedenen Formen in den Stadtteilbeiräten, in Konferenzen vor Ort und Ähnlichem. Das verdient unsere Unterstützung, die wir auch geben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig ist auch, dass diese Einrichtungen eine zentrale Schlüsselfunktion haben, freiwilliges Engagement zu koordinieren. Denn es geht nicht nur darum, dass dort Menschen in Gremien zusammensitzen, sondern es geht darum, dass auch neue Menschen dazu gebracht werden, sich vor Ort sozial zu engagieren. Das ist Nachbarschaftshilfe, das ist freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, was diese Stadt eben besonders prägt. Natürlich bedarf dies auch einer finanziellen Unterstützung. Daher brauchen die Quartiers- und Stadtteilbeiräte Budgets, um beispielsweise einmal eine Honorarkraft zu finanzieren, die das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger organisiert: ein Straßenfest, ein Nachbarschaftsfrühstück, Tagesausflüge – all das, was diese Einrichtungen in verdienstvoller Weise erledigen. Mit geringem Aufwand kann hier ein sehr großer Effekt im Stadtteil erreicht werden. Es ist teilweise schwierig, Freiwillige zu finden. Diese Einrichtungen schaffen es und dafür gebührt ihnen der ausdrückliche Dank.

(Beifall bei der CDU)

Aber es geht hier nicht um eine immerwährende, fortdauernde Grundausstattung. Der Staat muss hier eine Anschubfinanzierung geben. Das tut er jeweils, wenn ein solcher Beirat eingerichtet wird. Er hilft quasi beim Laufenlernen, aber er hält nicht die Hand bis in alle Ewigkeit. Diese Einrichtungen müssen irgendwann auf eigenen Füßen stehen

(Dr. Jens Wolf)

und kreativ werden, wie man eben freiwilliges Engagement weiter fortführen kann. Das tun auch sehr viele, die sind sehr kreativ. Ich habe das über lange Jahre als Bezirksabgeordneter erlebt. Die sind sehr aktiv darin und sehr kreativ, diese Freiwilligen einzubinden und diese eigene Arbeit auch finanziell zu fördern, soweit sie es können.

Es geht aber nicht darum, hier Gelder dauerhaft an den Bezirken vorbei diesen Einrichtungen zukommen zu lassen. Entscheiden müssen weiterhin die Bezirke, denn die Bezirke wissen am besten, wo und wofür das Geld benötigt wird. Auch geht es nicht darum, diese außerparlamentarischen Gremien gesetzlich zu verankern. Die politische und die planerische Initiative und Gestaltung vor Ort ist weiterhin Sache der Bezirksversammlungen und der Regionalausschüsse, denn die sind demokratisch legitimiert und die müssen mit den Akteuren in den Stadtteilbeiräten zusammenarbeiten, aber es soll keine Parallelstrukturen geben.

Wenn Menschen sich einbringen wollen in Bebauungsplanverfahren, dann können sie dies über die bezirklichen Ausschüsse wunderbar tun, und das tun sie auch. Es stimmt nicht, dass das alles in der heutigen Struktur nicht möglich ist. Die Menschen vor Ort, die aktiv sind, sind dort auch vor Ort und bringen sich auch ein und das ist auch richtig so. Wir befürchten aber, wenn wir jetzt ein eigenes Recht in den Bebauungsplanverfahren implementieren, dass wir dann diese Verfahren noch weiter verlängern, und das kann bei der derzeitigen Situation am Wohnungsmarkt in Hamburg niemand wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir lehnen den Antrag der LINKEN damit ab und stimmen den Ziffern 1 bis 3 des Zusatzantrags von SPD und GRÜNEN zu. Den Ziffern 4 bis 7 werden wir allerdings nicht zustimmen. Nicht weil wir gegen eine Erwähnung der Stadtteilbeiräte im Haushaltsplan sind – das ist nett, das ist ein bisschen pittoresk, das kann man machen –, aber dies bedarf keines weiteren Antrags. Das ist eine Sache, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen ohne Weiteres machen können. Was wir aber auf keinen Fall wollen, ist das Recht zur Stellungnahme der Stadtteilbeiräte in Bebauungsplanverfahren aus den genannten Gründen. Daher werden wir den Punkten 4 bis 7 nicht zustimmen, 1 bis 3 schon. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Wolf. – Das Wort hat Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte, wie wir sie seit vielen Jahren kennen, sind Ein-

richtungen, die häufig im Zusammenhang mit Sanierungsprogrammen und Stadtentwicklungsprojekten im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung entstanden sind. Nach Beendigung dieser Projekte liefen die Einrichtungen aus und es zeigte sich, dass es wichtig ist, diese Einrichtungen weiterzuführen, weil sie gewachsene Strukturen waren, in denen sich Bürger für ihre Stadtteile engagiert haben. Ich bin sehr froh, dass es möglich gewesen ist, dort, wo es solche Quartiers- und Stadtteilbeiräte gab, diese weiterzuführen und auch mit finanziellen Mitteln auszustatten, sodass die Fortsetzung der Arbeit möglich gewesen ist.

Ich muss aber auf der anderen Seite sagen, dass ich nicht glücklich darüber bin, im Augenblick von der LINKEN diesen Antrag vorgelegt zu bekommen, wo wir mitten in Gesprächen mit dem Netzwerk der Stadtteilbeiräte sind – das weiß Frau Sudmann auch. Wir haben dort noch verschiedene Fragen zu klären, beispielsweise wie es mit der Beteiligung bei Bauprojekten sein soll, und finanzielle Fragen, die offen sind. Und wir hatten vereinbart, dass wir das im Gespräch mit dem Netzwerk der Quartiers- und Stadtteilbeiräte weiter fortführen. Insofern ist es nicht besonders glücklich, wenn jetzt DIE LINKE vorprescht und versucht, hier etwas vorwegzunehmen, was eigentlich Sache von Verhandlungen und Gesprächen ist. Das ist leider etwas schade.

Dennoch: Wir haben die Arbeit von Stadtteilbeiräten in vielerlei Hinsicht immer unterstützt, personell mitgearbeitet, aber auch die Fortsetzung dieser Stadtteilbeiräte nach Beendigung der Projekte unterstützt. Die Stadtteilbeiräte haben – es ist mehrfach schon gesagt worden, ich will das jetzt nicht vertiefen – eine wichtige Funktion, weil sie dauerhafte Einrichtungen sind und damit Brückenbauer. Sie sind Brückenbauer in den örtlichen Angelegenheiten, sie sind aber auch Brückenbauer bei der Verbindung zwischen der Landesebene und den jeweiligen Stadtteilen. Ihre Legitimation erwächst aus Fachkompetenz, Ortskenntnissen und aus der Beständigkeit. Sie sind sowohl Mittler, Mitgestalter, aber auch kritische Reflektoren vor Ort, die für Politik und gemeinschaftliche Gestaltung unverzichtbar sind. Die Stabilisierung dieser Stadtteil- und Quartiersbeiräte liegt deshalb insgesamt in unserem gesellschaftlichen Interesse und es ist wichtig, dass wir hier diese Brücken weiter fest stabilisieren. Es ist auch richtig, dass die Bezirke als diejenigen, die die Mittel dann zur Verfügung stellen, vor Ort mit den Kenntnissen die Entscheidungen dazu treffen.

Ich freue mich, dass wir in den Gesprächen sind, und ich hoffe, dass wir dort mit dem Netzwerk noch ein Stück weiterkommen. Im Übrigen freue ich mich auf die Ausstellung des Netzwerks der Stadtteil- und Quartiersbeiräte, die ab 22. Juni in der Diele des Rathauses stattfindet und bei der die Ar-

(Olaf Duge)

beit der Stadtteilbeiräte präsentiert werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Duge. – Das Wort hat Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und ewig grüßt das Murmeltier: ein neues Jahr, die Fraktion DIE LINKE, Stadtteil- und Quartiersbeiräte und wir wollen mehr Geld. Das ist im Prinzip der Inhalt Ihres Antrags und ich kann im Grunde genommen nur das wiederholen, was ich vor einem Jahr zu einem fast gleichlautenden Antrag gesagt habe. Wir befürworten die gute Arbeit der Quartiers- und Stadtteilbeiräte, wir sind aber nicht für eine unendliche Finanzierung durch den Staat, auch zeitlich nicht. Wir möchten gern, dass für die Quartiers- oder auch die Stadtteilbeiräte, wenn sie keine Gelder mehr bekommen, weil sie nicht mehr in einem Gebiet sind, das öffentlich gefördert ist, dann diese Förderung langsam auslaufen sollte, und dass sie sich ein Beispiel an Stadtteilbeiräten nehmen, die sich aktiv um Mitarbeit und auch um finanzielle Unterstützung bemühen, wie zum Beispiel der Stadtteilbeirat Heimfeld. Und dass sie dann auch Raum geben für andere Stadtteilbeiräte, die irgendwann in irgendeinem Stadtteil notwendig und dann auch gebraucht werden. Wir können es uns nicht leisten, in jedem Stadtteil solche Einrichtungen zu finanzieren. Das wäre auch nicht sinnvoll.

Diese Stadtteilbeiräte sind allerdings Beratungsorgane, sie sind Bürgerbeteiligungsorgane, aber sie sind keine Entscheidungsorgane. Das muss man klar und deutlich sagen. Sie sind sehr wünschenswert, sie geben sehr gute Tipps und sie können sehr viele Anregungen geben, aber die Verantwortung für Entscheidungen in Stadtteilen können sie nicht übernehmen. Das müssen eben diejenigen tun, die die Verantwortung irgendwann auch tragen müssen, und wenn es zu Entscheidungen kommt, müssen sie dieser Verantwortung auch gerecht werden.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken* fraktionslos)

Das Dritte, was sich jetzt auch wiederholen soll: Aus den Anträgen der LINKEN schimmert immer die alte Romantik der Räterepublik hervor.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Bürgerschafts-abgeordnete!)

Wir hätten dann so viele Räte, die nicht demokratisch legitimiert sind, nach dem Motto: Wir LINKEN finden das alles gut und irgendwann haben wir die Räterepublik aus irgendwelchen Beiräten, die von LINKEN unterwandert ist. Ich sage es einmal so: Ich möchte nicht wissen, wie viel von dieser 1 Milli-

on Euro an Förderung indirekt oder direkt dann an Mitarbeiter, Freunde und Bekannte aus diesem Raum weitergeleitet werden muss. Sie sind eine der wenigen Parteien, die noch ideologisch denken.

(*Sabine Boeddinghaus* DIE LINKE: Die FDP nicht!)

Das ist nicht einmal ein Vorwurf, da kann man Sie wenigstens ausrechnen. Bei anderen weiß man nie so genau, wo sie gerade stehen. Aber diese Ideologie steht im direkten Gegensatz zur Demokratie und zur Freiheit. Deshalb würden wir diesen Antrag auch ablehnen, wenn er von anderen Parteien gestellt werden würde. Dies ist einfach nur sinnlos. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Detlef Ehlebracht* AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Duwe. – Das Wort hat Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte absichern und verstetigen. Stadtteilgremien:

"Die Laufzeit dieser Gremien ist in der Regel an die Realisierung eines bestimmten Projekts, die Lösung bestimmter Probleme oder die Durchführung eines bestimmten Verfahrens gekoppelt",

so die Antwort des Senats auf eine Große Anfrage der LINKEN. Diesen Standpunkt unterstreichen wir, den teilen wir, dem stimmen wir vollständig zu. Den Stadtteilbeiräten wurde überwiegend attestiert, in der jeweiligen projektbezogenen Arbeit einen in der Vergangenheit sehr konstruktiven Beitrag geleistet zu haben. Wir unterstützen daher auch öffentlich finanzierte Maßnahmen der Bürgerbeteiligung in dieser Form, wenn diese zweckgebundenen Mittel der Erreichung eines festgelegten, klar definierten Zieles dienen und auch tatsächlich dann ein Ergebnis abliefern. Es ist nicht nur legitim, sondern sogar die Pflicht, dies einzufordern, wenn wir öffentliche Mittel einsetzen.

Dem Ruf nach dem Füllhorn folgend dann eine Verteilung von Geldern nach dem Gießkannenprinzip vorzunehmen, lehnen wir ab, und wie ich gehört habe, sind wir auch nicht die Einzigen, die das ablehnen. Ziel muss es sein, in Teilen Förderstrukturen zu schaffen, die aber letztendlich von sich aus funktionieren aufgrund des notwendigen Engagements und nicht immer nur, wenn ordentlich Finanzmittel bereitgestellt werden und das am besten natürlich auch noch regelmäßig. Darüber hinaus sei die Frage erlaubt, ob Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement unbedingt immer über finanzielle Zuwendung erfolgen muss. Es gibt

(Detlef Ehlebracht)

auch die Möglichkeit, dass man über Sachleistungen, kostenlose Räumlichkeiten und Know-how solche Beteiligungen auch unterstützen kann. Bürgerbeteiligung durch öffentliche Mittel zu fördern, ist grundsätzlich unbestritten eine richtige und wichtige Maßnahme, solange sie nicht zum reinen Selbstzweck, zur bloßen Beschäftigungstherapie für Leute, die zu wenig Termine haben, zur Pseudo-Beteiligungsveranstaltung verkommt oder lediglich der politischen Instrumentalisierung dienen soll. In dem Antrag der LINKEN zeigt sich auch eine bekannte Vorgehensweise, die Herr Duwe eben schon angesprochen hat: Wir rufen einfach einmal Gremien, Kreise, Runde Tische oder was auch immer ins Leben, denen wir dann einen möglichst sozialen Anstrich geben, verstetigen diese durch ein geringes Budget und steigern dieses im Laufe der Jahre, ohne zu hinterfragen, ob diese Gremien gewinnbringende Beiträge abliefern oder ob diese Mittel auch tatsächlich benötigt werden. Im Idealfall besetzen wir diese auch mit unseren eigenen Leuten. Wer dagegen ist, ist unsozial, reaktionär, Rechtspopulist oder Ähnliches. Auch diese Argumentationslinie ist uns allen bekannt und nutzt sich stetig mehr ab. Die Aussage aus dem Spektrum der LINKEN, die da lautet – ein Zitat –:

"Diese Gremien bestehen zum Teil seit Jahrzehnten. Das kann man nicht einfach auslaufen lassen",

zeigt genau das alles auf. Bloß nicht Ziele und Sinnhaftigkeit hinterfragen, sich womöglich sogar noch auf die Finger schauen lassen, um zu prüfen, wie Mittel eingesetzt werden. Das alles ist nicht gewünscht und so auch in diesem Fall. Wir halten die Mittelzuwendung im jetzigen Rahmen daher für völlig ausreichend. Wir unterstützen den Zusatzantrag der SPD und lehnen den Antrag der LINKEN daher auch ab. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Das Wort hat Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Das mit der Wahrnehmung ist eine sehr interessante Sache. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist: Herr Duge hat uns vorgeworfen, wir würden mit diesem Antrag vorpreschen. Herr Duwe sagt, wir würden ewig das Murmeltier grüßen. Ich mache jetzt einmal die Richtigstellung. Wir sind seit vier Jahren dabei, in dieser Bürgerschaft dafür zu kämpfen, dass die Stadtteil- und Quartiersbeiräte endlich einmal eine finanzielle Absicherung bekommen. Steter Tropfen höhlt den Stein und jetzt sind wir das erste Mal so weit, dass eine Regierungsfraktion und in diesem Fall sogar zwei Regierungsfractionen mit den Netzwerken sprechen. Das ist su-

per, das ist ein Erfolg, und ich wünsche diesen Gesprächen sehr gute Ergebnisse.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch einmal das Beispiel des bezirklichen Quartierfonds aufgreifen. Es klingt hier so, als wenn in den neuen Haushaltsberatungen alles besser werde. Sie sagen, wir könnten noch gar nicht wissen, was passiert sei. Ich glaube, Herr Kienscherf, dass Sie es genauso gut wissen wie Herr Müller.

(Dirk Kienscherf SPD: Nö!)

Meine Kollegin Boeddinghaus hat es gerade so schön beschrieben: Sowie das Geld für den bezirklichen Quartiersfonds auf dem Konto des Bezirksamts eingegangen ist, ist es schon komplett verteilt. Sie wissen, wie groß der Andrang ist und wie viele noch auf der Liste stehen, die sagen, wir wollen auch Geld haben. Sie wissen auch, dass die Stadtteilbeiräte dann nicht an allererster Stelle stehen, wenn es darum geht, zum Beispiel ein ebenso notwendiges Bürgerhaus zu finanzieren.

Nun habe ich von mehreren Seiten gehört, dass doch eigentlich alle wussten, die im Stadtteilbeirat sind, dass dieser Beirat nur befristet im Rahmen von RISE tätig sein solle, und wenn die Strukturen sich selbst tragen, brauche man die Beiräte nicht mehr. Ich frage mich, was Sie eigentlich damit meinen: wenn die Strukturen sich selbst tragen. Das kam auch von Herrn Kienscherf. Sie sagten, es sei bekannt, die Strukturen sollen sich selbst tragen. Das haben Sie gesagt, das habe ich hier notiert und das können Sie im Protokoll nachlesen. Wenn sich die Strukturen selbst tragen – was meinen Sie damit? Es heißt doch auf der einen Seite, ja, die Strukturen tragen sich. Es haben sich Menschen zusammengefunden, die sagen, sie wollen für diesen Stadtteil weiter etwas machen. Und die sagen durchaus, es gäbe weitere Themen. Sie alle werden doch zustimmen, dass eines der wichtigsten Themen die Geflüchteten waren, und da haben die Stadtteilbeiräte auch eine super Arbeit geleistet. Dafür sollen sie auch weiterarbeiten können. Das haben Sie ja immerhin noch gesagt, Sie wollen auch, dass sie weiterarbeiten können. Aber dass die Strukturen sich selbst tragen, also das Zusammenarbeiten sich selbst trägt, ist doch kein Argument zu sagen, sie bekommen kein Geld. Sie als Abgeordnete sagen doch auch nicht: Wir haben eine schöne Struktur, wir haben eine Bürgerschaftskanzlei und so weiter, wir brauchen kein Geld für eine Büropauschale. Wir brauchen kein Geld, um unseren Computer zu bezahlen. Wenn Sie das nicht sagen, warum sollen die Stadtteilbeiräte dann selbst ihr Geld mitbringen? Das, finde ich, geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wissen es doch alle und Sie sagen es doch selbst immer wieder: Beteiligung kostet auch Geld.

(Heike Sudmann)

Sie haben die Stadtwerkstatt angesprochen, die auch nicht gerade wenig Geld kostet. Sie haben einen großen Beteiligungsprozess zu Olympia gemacht, der zig Millionen Euro gekostet hat, aber jetzt, wenn es um 1 Million Euro pro Jahr für engagierte Bürger und Bürgerinnen geht, die zu Verbesserungen im Stadtteil beitragen, sagen Sie, das sei aber viel zu viel.

(Farid Müller GRÜNE: Das sagen wir doch überhaupt nicht!)

– Sie haben bisher gesagt, Sie wollen das verstetigen, aber Sie wollen nicht mehr Geld bereitstellen. Herr Müller, stellen Sie sich sofort hierhin. Ich kann es gern noch einmal laut sagen, Herr Müller meinte: Das sagen wir gar nicht. Herr Müller, wenn Sie der 1 Million Euro zustimmen, super, dann gehe ich sofort hier vom Mikro weg. Sagen Sie das? Schade, dann bleibe ich noch ein bisschen da. Aber Sie haben noch die Chance, sich das zu überlegen und das gleich zu sagen.

Ich will ausnahmsweise einmal etwas zur AfD sagen. Was Herr Ehlebracht hier gerade gemacht hat, war schon fast eine Meisterleistung. Er hat es geschafft, alle Positionen, die bisher geäußert wurden, als seine eigenen darzustellen, auch die völlig widersprüchlichen.

(Dirk Nockemann AfD: Das nennt sich Dialektik, Frau Sudmann!)

Ich weiß bisher überhaupt nicht, was die AfD will. Das ist leider das Grundproblem bei der AfD.

Zum Schluss will ich sagen – und ich glaube, da werden Sie mir auch zustimmen können –, dass eine offene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger total wichtig ist für eine Demokratie. Wenn das Einzelne als Ideologie empfinden, bitte, dann ist das ihr Problem. Ich finde, es ist ein wichtiger Baustein, den wir weiterhin gut hegen und pflegen sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Sudmann, Sie haben ein unheimliches Talent,

(Beifall bei der LINKEN)

im falschen Moment die Anträge zu stellen. Es ist doch völlig klar, wenn Verhandlungen und Gespräche mit dem Dachverband und dem Netzwerk geführt werden, dass wir dann noch nicht konkret sagen können, was letztlich dabei herauskommt.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Überweisen Sie es doch!)

Natürlich sind bestimmte Dinge offen. Ich habe letztes Mal schon das Bild vom Elefanten im Porzellanladen gebracht und heute haben Sie das wieder bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Duge. – Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion, bitte schön.

Dirk Kienscherf SPD:* Alle ganz ruhig bleiben, ich will es gar nicht lang machen. Liebe Kollegin Sudmann, wir müssen es doch noch einmal richtigstellen. Wir haben zumindest nicht gesagt, dass sich die Strukturen völlig selbst tragen sollen, sondern ich habe nur gesagt, dass im Rahmen der Nachsorge bei jedem Gebiet eigentlich vorgesehen ist, dass sich diese Strukturen nach Auslaufen selbst tragen sollen. Da sie das aber nicht tun und wir aus unserer Sicht zumindest meinen, dass diese Beiräte fortbestehen sollen, haben wir deswegen alles getan, um eine finanzielle Absicherung hinzubekommen. Das haben wir gemacht, und das haben wir nicht wegen der LINKEN gemacht, sondern weil wir überzeugt sind, dass dort gute Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kienscherf. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksachen 21/4692 und 21/4855, an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen dann in der Sache ab und beginnen mit dem Antrag der LINKEN aus der Drucksache 21/4692.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/4855. Die FDP möchte diesen Antrag ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte den Ziffern 1 bis 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist das so beschlossen worden.

Wer möchte den Ziffern 4 bis 7 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Sie sind bei einigen Enthaltungen und gegen die Stimmen der CDU beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 21/4627, An-

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

trag der FDP-Fraktion: Aufweichung des Meldewesens von Gewaltvorfällen in Schulen zurücknehmen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Aufweichung des Meldewesens von Gewaltvorfällen in Schulen zurücknehmen
– Drs 21/4627 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Meldepflicht von Gewaltvorfällen an Schulen
– Drs 21/4844 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4844 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Die CDU-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Schulausschuss überweisen, die FDP-Fraktion nur die Drucksache 21/4627. Vonseiten der AfD-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung der Drucksache 21/4627 federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Schulausschuss vor.

Die Fraktionen sind übereingekommen, diese Debatte zu streichen. Deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/4627 an den Schulausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte die Drucksache 21/4844 an den Schulausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/4627 federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen dann in der Sache ab und beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 21/4844.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann zum FDP-Antrag aus der Drucksache 21/4627.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 21/4691, Antrag der AfD-Fraktion: Gemeinsame Beflaggung des Rathauses mit der Landes- und Bundesflagge zu den Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Gemeinsame Beflaggung des Rathauses mit der Landes- und Bundesflagge zu den Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft
– Drs 21/4691 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion, bitte schön.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Wenn wir dieser Tage durch unsere Stadt gehen, dann sehen wir Schwarz, Rot und Gold, und die meisten von uns, von der linksgrünen Seite des Hauses abgesehen, freuen sich darüber. Dann sehen wir, womit sich die Hamburger nicht nur anlässlich der Fußball-Europameisterschaft identifizieren: mit unserem Land, mit Deutschland, und damit mit unserer Freiheit, mit unserer Demokratie, für die diese Flagge und deren Farben stehen. Die Hamburger, die Deutschen tun dies nicht auf eine aggressive, andere ausschließende oder gar andere Nationen verachtende Art und Weise, sondern in einem selbstbewussten und aufgeklärten patriotischen Gefühl.

(Beifall bei der AfD)

Und die Menschen haben recht damit, denn Schwarz-Rot-Gold ist das Symbol für das demokratische Deutschland. Dazu sollte sich gerade ein deutsches Landesparlament an seinen Sitzungstagen auch bekennen. Nebenbei: Alle anderen deutschen Landesparlamente tun das. Die Farben Schwarz, Rot und Gold sind in der deutschen Geschichte untrennbar mit unserem Streben nach Einigkeit und Recht und Freiheit verbunden. Ob beim Wartburgfest 1817, beim Hambacher Fest der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848, der Frankfurter Paulskirche, der demokratischen Weimarer Republik oder der friedlichen Revolution 1989 gegen die sozialistische Bevormundung und für ein geeintes und freies Deutschland, immer war Schwarz-Rot-Gold das einigende Banner. Zu Recht sind diese Farben daher auch nach unserem Grundgesetz die Farben der Bundesrepublik Deutschland. Die Hamburger Bürgerschaft als deutsches Landesparlament sollte da nicht ausseren. Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft setzt sich daher mit diesem Antrag dafür ein, dass die deutsche Flagge an Plenartagen der Bürgerschaft am Rathaus gesetzt wird.

(*Ksenija Bekeris* SPD: Eine ganz hervorragende Idee!)

Während vor anderen Landtagen wie zum Beispiel in Bayern sogar dauerhaft Schwarz-Rot-Gold geflaggt wird, sieht eine bisher geltende Vereinbarung zwischen Senat und Bürgerschaft vor, dass an Sitzungstagen der Bürgerschaft nur die hamburgische Staatsflagge einerseits und die EU-Flagge andererseits gesetzt werden. Das ist doch völlig unverständlich und entspricht weder den allgemei-

(Dr. Alexander Wolf)

nen deutschen Leitlinien zur Flaggenverordnung noch der hamburgischen Anordnung zum Setzen der Flaggen noch dem Lebensgefühl der Menschen dieser Stadt.

Der Dreiklang des Identitätsbekenntnisses aus Hamburg, Deutschland und Europa, wie ihn die übergroße Mehrheit der Hamburger in unterschiedlichen Abstufungen empfindet, wird durch diese Regelung zu den Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft gar nicht abgebildet. Stattdessen weht neben der hamburgischen Staatsflagge bisher einzig die Flagge der EU.

(Hansjörg Schmidt SPD: Das stört Sie doch am meisten!)

Das widerspricht geltendem Recht; auf die einschlägigen Bestimmungen haben wir schon hingewiesen und wir haben sie in unserem Antrag auch detailliert ausgeführt. Vor allem aber: Soll die EU den Hamburgern etwa näherstehen als ihr eigenes Land? Warum wird die EU-Flagge der deutschen Flagge vorgezogen? Zu Recht wird in jeder deutschen Flaggenverordnung der Vorrang der deutschen Flagge vor der des jeweiligen Bundeslandes betont. Wenn ein Mast vorhanden ist, ist die deutsche Flagge zu setzen, wenn zwei, dann die Bundesflagge und die Landesflagge, und zusätzlich kann die EU-Flagge gesetzt werden – genauso, wie wir es im Einklang mit dem geltenden Recht mit unserem Antrag vorschlagen.

Die AfD bekennt sich nicht nur während der EM oder der WM zu den deutschen Farben, sondern sie steht ganz grundsätzlich für einen aufgeklärten Patriotismus, einen gelassenen Nationalstolz. Im Gegensatz zur links-grünen Szene freuen wir uns mit allen anderen Fußballbegeisterten auf die Spiele unserer Nationalmannschaft und auf ein schwarz-rot-goldenes Fest.

(Beifall bei der AfD – Milan Pein SPD: Auch auf Boateng?)

Bekennen wir uns also gerade an unseren Sitzungstagen, an denen wir hier im Haus den Souverän und damit das deutsche Volk vertreten und die Demokratie des Grundgesetzes lebendig werden lassen, durch unsere Farben Schwarz, Rot und Gold zur demokratischen Geschichte unserer Nation.

Ein Wort zum Schluss. Eigentlich gehe ich davon aus, dass diesem Antrag alle demokratischen Fraktionen im Hause ohne große Debatte zustimmen müssten. Eigentlich. Vor dem Hintergrund allerdings, dass bislang kein einziger Antrag der AfD auch nur an einen Fachausschuss überwiesen wurde,

(Hansjörg Schmidt SPD: Aus Gründen!)

weiß man aber leider nie, was Ihnen, liebe Kollegen, nun wieder einfallen wird, um dem Selbstverständlichen nicht zuzustimmen. Möglicherweise

– lassen Sie mich da einmal ein bisschen spekulieren – werden die GRÜNEN die deutsche Fahne rassistisch finden, die SPD will, dass alles bleibt, wie es ist, die CDU wittert in unserem Flaggenantrag einen Angriff auf das große europäische Einigungswerk, und der FDP fehlt irgendwo ein Komma. Ich bin gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Michael Kruse FDP: Zum Glück beherrschen wir den Satzbau noch!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Das Wort hat Herr Steinbiß von der SPD-Fraktion.

Olaf Steinbiß SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Man muss erst einmal Luft holen nach dem, was eben zum Teil gesagt wurde. Ganz tief. Feststellen lässt sich: Ihr Antrag ist absoluter Murks.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Warum die Bürgerschaft auf etwas hinwirken soll, um es dann zu beschließen, erschließt sich mir nicht ganz. Entweder beschließen wir etwas gleich, aber darauf hinzuwirken ... Na ja, gut. Das ist eben Ihr Verständnis. Genauso ist es Ihr Verständnis, dass die Staatsflagge künftig hier gehisst werden soll. Die repräsentiert den Senat, aber nicht die Bürgerschaft. Warum soll die Senatsflagge während Bürgerschaftssitzungen gehisst werden? Vielleicht sollten Sie da noch einmal ein bisschen in sich gehen.

Ich habe den Eindruck, Sie wollten jetzt hier ein bisschen über Schwarz-Rot-Gold reden. Ich würde eigentlich an Tagen wie diesen eher über Europa reden, und ich glaube, wir sind ganz gut aufgestellt hier im Hamburger Rathaus. Das lassen Sie mal unsere Sache sein. – Danke.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und einzeln bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Steinbiß. – Das Wort hat Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! An die Kollegen von der AfD: In der Tat sehe ich in diesem Antrag einen Angriff auf das große europäische Einigungswerk.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das ist auch schon einer der Gründe, warum wir diesen Antrag natürlich ablehnen werden.

Sie haben versucht, mit diesem Flaggenantrag auf eine aktuelle Debatte aufzuspringen. Ich muss es Ihnen leider sagen: Der unreife Unsinn der GRÜ-

(Carsten Ovens)

NEN JUGEND, die Verwechslung von gesundem Patriotismus und ungesundem Nationalismus, macht Ihren Antrag kein Stück besser. Ihre Partei ist es doch, allen voran Herr Gauland, der gezeigt hat, wie wenig Patriotismus und wie viel Nationalismus in Ihnen steckt, wenn Sie einen ausgezeichneten Deutschen wie Boateng nicht als Nachbarn haben wollen. Das ist doch die AfD. Das ist doch das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP)

Ich wäre stolz, wenn Herr Boateng in Hamburg wohnen würde, wenn er unser Nachbar wäre, und ich denke, darin sind wir uns auch fast alle in diesem Haus einig.

Deswegen, meine Herren, meine Dame von der AfD, von der sogenannten Alternative für Deutschland: Etwas mehr Europa hat Hamburg über viele Jahre, über viele Jahrhunderte sehr, sehr gut getan. Und etwas mehr Europa würde auch Ihrer Partei sehr guttun, wenn Sie tatsächlich für irgendetwas eine Alternative sein sollen. Wir können diesen Antrag daher nur ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ovens. – Das Wort hat jetzt Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE sind in dieser Frage Traditionalisten. Wir finden das, wie es jetzt ist, gut, und wir sehen überhaupt keinen Anlass, das zu ändern. Wir sind auch Hamburg-Patrioten, deswegen sind wir froh, dass Hamburg vielleicht eine eigenwillige Beflaggung zur Bürgerschaft hat. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben sich daran überhaupt nicht gestört, sondern finden das auch klasse. Nur Sie möchten etwas ändern. Das ist Ihr gutes Recht. Wir GRÜNEN sind mit dem jetzigen Zustand der Beflaggung während der Bürgerschaft sehr zufrieden und sehen keinen Anlass, das zu ändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Müller. – Das Wort hat Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Man ist natürlich geneigt, sich zu fragen, ob die AfD keine anderen Probleme hat. Und die Antwort ist, nein, hat sie nicht.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP)

Das meine ich durchaus ernst. Was soll dieser Antrag? Was soll dieser – ich nenne es einmal so – schwarz-rot-goldene Coup von rechts? Das ist ein Zitat, und zwar von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die einen Artikel über den Höcke-Auftritt geschrieben hat, diesen Ganzrechtsaußen, der mit einem Deutschlandfähnchen bewehrt bei Günther Jauch auftrat. Da hatte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" geschrieben, das sei ein schwarz-rot-goldener Coup von rechts. Dem ging es nämlich damals um eine Provokation, und ich habe den Eindruck, Ihnen geht es heute auch um eine Provokation.

(Dirk Nockemann AfD: Die deutsche Flagge ist für Sie eine Provokation, das ist unglaublich!)

Ihnen geht es um Ab- und Ausgrenzung. Sie haben hier noch einmal bestätigt, was Sie schon in Ihrer Pressemitteilung – Sie haben sie im Wesentlichen verlesen – gesagt haben: Ist die EU den Menschen etwa näher als ihr eigenes Land? Darum geht es Ihnen. Es geht Ihnen wieder darum, einen antieuropäischen Akzent zu setzen. Deutschland zuerst, das ist Ihre Botschaft. Und es geht – das haben Sie eben auch gesagt und es steht in Ihrem Antrag, mit Verweis auf Bayern – um die Identifizierung der Bürger mit dem eigenen Land und ihrer Nation.

Dazu möchte ich etwas sagen. Unter deutsch versteht die AfD nicht die Staatsbürgerschaft. Sie haben einen völkischen Begriff von deutsch; deutsch im Sinne von Herkunft, Blut, Tradition und Kultur. Die Nationalmannschaft sei – ich zitiere – "schon lange nicht mehr deutsch", hat gerade erst Ihr stellvertretender AfD-Vorsitzende Gauland in einem Gespräch mit dem "Spiegel" gesagt. Klar, bei den ter Stegens, Özils, Khediras, Podolskis, Boatengs, Mustafis, Gomezens, Sanés, Cans – schon lange nicht mehr deutsch. Überhaupt Özil. Gauland provozierte weiter in diesem Gespräch: "Ist jemand, der nach Mekka geht, in einer deutschen Demokratie richtig aufgehoben?" Was wollen Sie eigentlich mit solchen Menschen machen, die nach Mekka gehen?

Für die AfD symbolisiert Schwarz-Rot-Gold ein Deutschland, das im Gegensatz steht zu einer offenen, pluralen, vielfältigen, interkulturellen Gesellschaft. Wie sagte nämlich unter dem Gejohle des Fußvolks Herr Meuthen, Bundessprecher der AfD, auf Ihrem Parteitag, als er von einem Fahrplan in ein anderes Deutschland sprach? Ich zitiere:

"[...] weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland,

(Beifall bei Dr. Bernd Baumann AfD)

(Christiane Schneider)

von dem wir die Nase voll haben, [...] hin zu einem [...] starken Nationalstaat."

Das links-rot-grün versiffte 68er-Deutschland meint eine Gesellschaft, die sich gegenüber der Adenauer-Republik in der Tat stark verändert hat – in der Adenauer-Republik galt zum Beispiel Willy Brandt als vaterlandsloser Geselle, er wurde oft so bezeichnet –, die offener, demokratischer, weniger autoritär, vielfältiger geworden ist. Diese Gesellschaft heute ist gespalten, aber das lässt sich mit Schwarz-Rot-Gold und der Beschwörung von Einheit nicht zudecken.

Dieses Weg-von/Hin-zu, das ist das Problem, das die AfD auf vielen Wegen und mit allen Mitteln angeht, auch mit ihrem heutigen Antrag. Und weil die AfD zur Begründung ihrer Forderung weit in die Geschichte ausschweift, zum Beispiel nach 1848, möchte ich ihr mit einem Gedicht von Heinrich Heine antworten, einem Aufklärer und lebenslangen Kämpfer für Freiheit und gegen die politische Restauration. Er schrieb in "Michel nach dem März", also nach der 1848er Revolution:

"Doch als die schwarz-rot-goldne Fahn,
Der altgermanische Plunder,
Aufs neu erschien, da schwand mein Wahn
Und die süßen Märchenwunder.

Ich kannte die Farben in diesem Panier
Und ihre Vorbedeutung:
Von deutscher Freiheit brachten sie mir
Die schlimmste Hiobszeitung."

In diesem Sinne: Wir verteidigen die offene, plurale, vielfältige, interkulturelle Gesellschaft und lehnen den AfD-Antrag ab. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Mareike Engels GRÜNE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP:* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht alle Beiträge zum Thema Patriotismus wiederholen. Ich rate uns allen in diesem Hause zu einem entspannteren Umgang mit dem ganzen Thema, mit der deutschen Flagge an sich, der deutschen Identität. Ich rate vor allem den Kollegen von rechts aus dem Hause – lustigerweise dem Vorsitzenden des Europa-Ausschusses, der dieses Anliegen vorgetragen hat –,

(*Sören Schumacher SPD:* Müssen wir mit leben!)

über die Relevanz dieses Antrags nachzudenken. Ich habe ihn nicht auf Kommafehler gelesen, vielleicht ist sogar einer drin. Ich halte ihn für nicht besonders wichtig, und ich glaube, wenn man der Logik der jetzigen Beflagung folgt, müssten Sie ei-

gentlich auch dabei sein. Denn was Sie bisher offensichtlich nicht bedacht haben, ist die Tatsache, dass die deutsche Flagge zu ganz besonderen Momenten gehisst wird. Das heißt, selbst wenn man ein bisschen gefühlig wird bei dem Thema deutsche Flagge, muss man eigentlich sagen, mit der jetzigen Logik steht sie an der höchsten Stelle – und das ist doch eigentlich das, was Sie wollen.

Bei uns ist das keine Glaubensfrage mit der deutschen Flagge. Wir haben ein System. Das hat sich bewährt. Wir werden den Antrag ablehnen, weil wir es für gut halten und ansonsten wichtigere Debatten führen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Erst einmal vielen Dank, Herr Kruse. – Jetzt habe ich zwei Wortmeldungen von der AfD-Fraktion. Sie einigen sich auf Herrn Nockemann? – Herr Nockemann, bitte schön.

(Zurufe)

Dirk Nockemann AfD:* Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrtes Präsidium! Jedermann die Antwort, die er verdient.

Sehr geehrter Herr Ovens, es verwundert mich doch ein bisschen, dass Sie meinen Kollegen kritisieren, weil er verlangt, dass bei Sitzungen die Deutschlandflagge gehisst wird. Wie ist das eigentlich mit Ihrer eigenen Partei? War es nicht die CDU, die gesagt hat, sie wolle, um den Integrationsgedanken zu fördern, vor Schulen die Deutschlandflagge aufstellen? Werden Sie mal ein bisschen konsistenter in Ihrer Argumentation, dann klappt es vielleicht auch wieder mit dem Wähler.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Frau Schneider, dass Sie die Schnappatmung bekommen, wenn Sie die deutsche Flagge sehen, war bekannt. Aber dass Sie es geradezu als Provokation ansehen, wenn mein Parteifreund diesen Antrag stellt, das ist für mich neu. Und ich muss Ihnen sagen: Das ist einzigartig, nicht nur in Europa, sondern wahrscheinlich auf diesem ganzen Planeten. Jeder wäre stolz auf seine eigene Flagge. Dass Sie es als Provokation empfinden, zeigt mir, welches Verhältnis Sie nicht nur zur Flagge, sondern auch zum deutschen Staat haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Nockemann. – Das Wort hat Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Eine kurze Entgegnung auf Herrn Ovens von der CDU. Allen Ernstes: Unser Antrag, mit dem wir die Anwendung des geltenden Rechts fordern, ein Angriff auf das europäische Einigungswerk? Ich hatte das vorhin ironisch gemeint. Dass Sie das womöglich tatsächlich ernst meinen, und das auch noch vor dem Hintergrund, dass Sie selbst, wie mein Parteifreund Nockemann eben ansprach, vor einiger Zeit gefordert hatten, Schwarz-Rot-Gold vor den Schulen zu flaggen, ist bemerkenswert. Ich halte fest: Wir als AfD sind die Einzigen, die sich hier für Schwarz-Rot-Gold einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/4691.

Wer möchte diesem folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimreise. Wir sehen uns morgen.

Ende: 20.18 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Martin Bill, Astrid Hennies, Brigitta Schulz, Ulrike Sparr und Michael Weinreich